



Sezession

Widerstand

Martin Lichtmesz
Marcel Lefebvre

Götz Kubitschek
Thymos-Regulierung

Thor v. Waldstein
Widerstandsrecht

Martin Sellner
Vorbild Ungarn

Felix Menzel
Nach Köln

70

Februar 2016
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Ellen Kositzka, Götz Kubitschek
(verantwortlich) und Erik Lehnert.

14. Jahrgang, Heft 70,
Februar 2016

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr. Wird das Abonne-
ment nicht bis zum 30. November ge-
kündigt, verlängert es sich um ein wei-
teres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Für Anzeigenkunden
gilt die Preisliste Nr. 11
vom Oktober 2012.

Manuskripte sind stets willkommen
und sollten als Kurzbeitrag 9000 und
als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen
(inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

VR-Bank Altenburger Land
IBAN: DE24 8306 5408 0104 8884 30
BIC: GENODEF1SLR

ISSN 1611-5910

Editorial

Bild und Text

- 2 **Ausnahmezustand und Machterhalt**
Felix Menzel

Thema

- 4 **Im Widerstand für das Sakrale –**
Marcel Lefebvre
Martin Lichtmesz
- 10 **Hygienefimmel und Thymos-Regulierung**
Götz Kubitschek
- 14 **»Feldkräfte« des Widerstands**
Michael Wiesberg
- 18 **Von Ungarn lernen**
Martin Sellner
- 24 **Befreiungsnationalismus oder:**
Mao in Deutschland
Arne Freiwald

Bildinnenteil

- 28 **A. Paul Weber und der »Widerstand«**
Arne Freiwald
- 30 **Zehn Thesen zum politischen**
Widerstandsrecht
Thor v. Waldstein
- 33 **Verfassungsbeschwerde**
Karl Albrecht Schachtschneider
- 36 **»Der Frieden ist eine fragile Sache ...«**
Im Gespräch mit Alain de Benoist
- 38 **Mit Slavoj Žižek in den Widerstand**
Benedikt Kaiser
- 40 **Widerstand und Sabotage**
Erik Lehnert

Bücher

- 42 **Vor dem Bücherschrank (XII):**
Literarischer Widerstand
Michael Rieger
- 46 **Rezensionen**

Vermischtes

- 56 *Tumult* – Zentrum für Kunst und
Medientechnologie (ZKM) – *Umwelt*
& *Aktiv* – Alain de Benoist – *Deutsche*
Lieder, neu betrachtet u.a.m.

Sich rechtfertigen müssen

von Götz Kubitschek

Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob man als Politiker im Radio oder im Fernsehen wohlwollend oder zum Zwecke einer Schlachtung interviewt wird. Wer von rechts kommt, muß trotz oder gerade wegen der chaotischen Lage davon ausgehen, daß in jede noch so kleine Wunde Salz gestreut und jede klare Formulierung ausgeschlachtet werde, selbst wenn sie nur von Böswilligen falsch verstanden, das heißt: ihres Sinns und Kontexts zum Zwecke einer Verleumdung beraubt werden kann, und daß, wo nichts zu finden ist, die Wunden und Worte derjenigen aufgerissen und ausgeleuchtet werden, die in derselben Schlachtreihe kämpfen.

Denjenigen hingegen, die den Mainstream vertreten und nichts Wesentliches oder Neues zur Debatte beizutragen haben, begegnen Moderatoren entlang der Gesprächsregeln des »herrschaftsfreien Diskurses«, den Jürgen Habermas zwar als Gebot für jedwedes erkenntnisorientierte Gespräch aufgestellt, letztlich aber bloß als Nebelgranate zwischen die Kontrahenten geworfen hat. Das recht klar abgesteckte Schlachtfeld der verbalen Auseinandersetzung ist dadurch nämlich nicht zu einer Gesprächsrunde unter Freunden geworden, sondern ein Schlachtfeld geblieben, aber eines mit erschwerten Bedingungen: Nur Naive, Trottel und Harmoniesüchtige halten die weichgezeichneten Gegner hinter den Theorieschwaden für waffenlose Gesprächspartner.

Welche Fehlwahrnehmung! Viel gefährlicher die Schläge und Hiebe, seit man nicht mehr mit ihnen rechnet, sondern die berühmte, vom Soziologen der BRD ausgebrütete Gesprächsfairneß für Ernst nimmt! Aber der Verständnisswille – diese Grundvoraussetzungen für das Gelingen des Habermasschen Gesprächs – ist nicht stärker geworden in den vergangenen Jahrzehnten, im Gegenteil: Sich rechtfertigen zu müssen für Selbstverständlichkeiten ist die Grunderfahrung jedes Konservativen in unserem Land, und diese demütigende Gesprächshaltung ist nun so ziemlich das Gegenteil von dem, was Habermas einst entwarf (und woran er sich selbst nie hielt, dieser hochschulpolitisch mit allen Wassern gewaschene Intrigant und Machtmensch).

Sich rechtfertigen müssen: Da tritt man also nach dem Laternenumzug mit den Kindern in die evangelische Stadtkirche, und nach dem Vaterunser werden Hörnchen gereicht, jeder soll

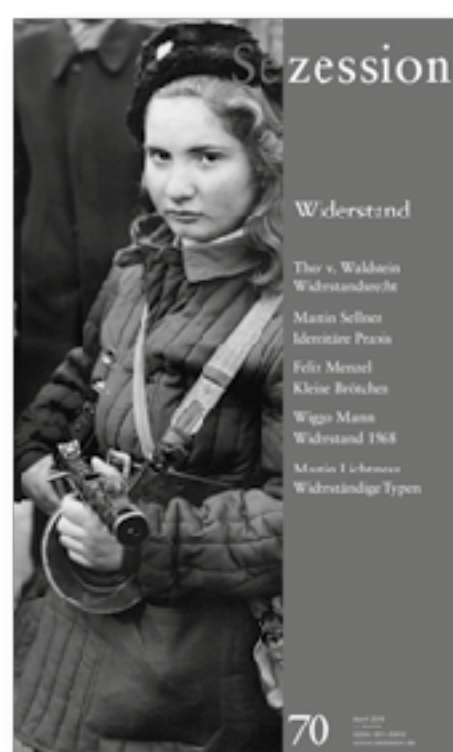
seines teilen, wie Martin einst den Mantel. Es baut sich vor einem auf die Gemeindepädagogin, reichlich forsch das halbe Hörnchen spendend mit den Worten: »Ich teile mit Ihnen, obwohl ich schrecklich finde, was Sie tun.« Und: »Ich hoffe, Sie haben vorhin bei der Kollekte auch für die Flüchtlinge gespendet.«

Endlich! Für derlei Situationen hat man doch monatelang an einer Antwort gebastelt, eine Laterne mit Wachlicht durch die Gassen getragen und in der Kirche das Angebot wahrgenommen, ein Gebet zu sprechen. Das Pulver ist trocken, und diese moralische Ortsinstanz muß zündeln?

»Danke der Nachfrage. Just als der Klingelbeutel an mir vorbeikam, platzte mir am Kragen der Knopf und sprang hinein. Ich nahm's als Zeichen und gebe außerdem ungern mehr als das, was mir der Staat Tag für Tag aus der Tasche zieht, um es gemeinsam mit den mir nicht willkommenen, den unerwünschten, illegal in unser schönes Land eingefallenen Ausländern zu verprassen. Ihr

halbes Hörnchen nehme ich nur an, wenn Sie sich bei mir entschuldigen und mir die Frage beantworten, woher Sie eigentlich den traurigen Mut nehmen, mir an diesem einst heiligen Ort in die Quere zu kommen. Woher nehmen Frauen Ihres Zuschnitts eigentlich das Selbstbewußtsein, jedem ständig eine Rechtfertigung für eine Ihren schmalen Wahrnehmungsausschnitt sprengende Sichtweise abzufordern? Rechtfertigen müssen nur Sie sich: dafür, daß Sie das große, katastrophale Gesellschaftsexperiment zuerst beklatscht haben und nun in Ihrem Sandkasten nachbauen wollen. Es muß hart für Sie sein, daß es in unserem Städtchen fast keine Flüchtlinge gibt, man wäre jetzt doch lieber an einem Brennpunkt, nicht wahr, hätte Schilder gebastelt und bunt ausgetupft, reichte jungen syrischen Deserteuren Teddybären und imaginierte, während sich der ICE entleert, entsetzliche Fluchtstrapazen in die hinter den Selfie-Stangen grinsenden Gesichter. Aber nichts da: Sie müssen leider mit uns vorlieb nehmen, und morgen wieder mit unseren Kindern in der Schule, und jetzt hören Sie endlich auf, mit diesem blöden Hörnchen herumzufuchteln, ich will es nicht mehr.«

Aber – nein, nein, es war so: »Danke, und guten Appetit! Und klar, ich hab was reingeworfen.« Manches ist den Streit nicht wert. ■



Ausnahmezustand und Machterhalt

von Felix Menzel

Im Spätsommer 2015 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Asylpolitik das Recht suspendiert, seither regiert sie im Modus des Ausnahmezustandes. Dies ist ein Zeichen besonderer Macht. Nicht jeder Regierungschef kann sich so etwas erlauben. Die Machtausübung im Ausnahmezustand funktioniert allerdings nur, wenn man die öffentliche Meinung im Griff hat. Aus diesem Grund sind die Vorfälle in Köln und anderen Städten so bedeutsam: Deutschland könnte nun »auf der Kippe« stehen, wie der *Spiegel* im Januar titelte.

An sich ist das Regieren im Ausnahmezustand für Angela Merkel und die Bundesrepublik Deutschland nichts Neues. Schon in der Weltfinanzkrise, nach Fukushima und in der Euro-Rettung herrschte der permanente Ausnahmezustand. Das Recht fungiert schon lange nicht mehr als Schranke, sondern als Taxi, und bringt die Kanzlerin ohne Rücksicht auf Gesetze an ihr Ziel.

Im Gegensatz zur Vorstellung von Carl Schmitt, wonach der Staat das Recht aus Selbsterhaltungsgründen suspendiert, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, verhält es sich bei Merkel andersherum: Sie hat mit ihrer einsamen Entscheidung Chaos angerichtet, das sie nun mit Hilfe eines Konjunkturprogrammes für die deutsche Sozial- und Integrationsindustrie beheben will. Was Merkel also mit ihrem Alleingang erhalten und schützen wollte, waren weder das eigene Volk noch der eigene Staat. Vielmehr ging es darum, die linksliberale Gutmenschenideologie der bundesrepublikanischen Elite zu retten.

Offene Grenzen, unkontrollierte Einwanderung, der Glaube an die Integration und die Möglichkeit einer europäischen Solidarität in allen Fragen zählen zu den Selbstverständlichkeiten des Establishments. Ihre Richtigkeit wird vorausgesetzt, weshalb alle Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele als legitim erscheinen. Da die Medien die politische Klasse nicht kontrollieren, sondern Teil des Establishments sind, wurde der permanente Ausnahmezustand auch bisher lediglich in den Nischen der Gesellschaft hinterfragt. Merkel fiel es deshalb wahrscheinlich sehr leicht, das Recht zu suspendieren, weil sie das Fernsehen und die großen Zeitungen auf ihrer Seite wußte. Hinzu kommt die Rolle des Bundesverfassungsgerichts, das in den letzten Jahrzehnten im entscheidenden Moment niemals den Mut hatte, der Exekutive Schranken aufzuzeigen.

Für die Machthaber besteht in einer solchen Situation nur eine große Gefahr. Sie sind extrem abhängig von der öffentlichen Meinung, weil sie sich nicht mehr auf die Legalität und Normalität ihres Handelns berufen können, sondern die Bürger anders – und zwar meist moralisch – überzeugen müssen. Solange es also gelingt, die öffentliche Meinung über die treuergebenen Medien unter Kontrolle zu halten und zu suggerieren, man müsse ja in einer Ausnahmesituation das Notwendige und Gute tun dürfen, befindet sich die Regierung auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Sobald jedoch das öffentliche Vertrauen zusammenbricht, ist sie am Ende.

Daß es dazu in Deutschland kommen werde, ist auch nach Köln noch äußerst unwahrscheinlich, denn alle – die Regierung, die Opposition im Bundestag, die Medien und die Gerichte – sitzen im selben Boot. Niemand kann daher die Frage, was nach Merkel kommen solle, überzeugend beantworten. Nirgends ist jemand in Sicht, dem das Volk zutraute, eine bessere, nämlich eine auf das Wohl des deutschen Volkes ausgerichtete Kanzlerschaft auszuüben.

Doch trotz dieses Vakuums steht seit den sexuellen Übergriffen durch Nordafrikaner, Araber und übrigens auch einige Syrer in der Silvesternacht etwas »auf der Kippe«. In der Titelgeschichte des *Spiegels* vom 9. Januar heißt es, Merkel werde mit ihrem Kurs nicht mehr »sehr weit kommen« und müsse endlich mit ihrer Phrasendrescherei aufhören. Dies schlußfolgert der *Spiegel* allerdings nicht etwa nach einer gründlichen Analyse der Lage. Die Bemerkung steht vielmehr mitten im Text, und sogar ziemlich am Anfang, als eine gefühlsmäßige Einsicht. Auffallend ist aber, daß die 21 Autoren, die an der Titelgeschichte mitgearbeitet haben, keine Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Geschehen in Köln und den Folgen für Deutschland anbieten können. Obwohl es überhaupt nichts mit dem eigentlichen Thema der erschütternden Ausländergewalt zu tun hat, begnügen sie sich damit, noch einmal aufzuzählen, wer definitiv »böse« sei und wem man keinesfalls vertrauen dürfe. Der *Spiegel* macht also auch diesmal (Negativ-)Werbung für PI News, die AfD, Björn Höcke, die *Sezession* und *Blaue Narzisse*.

Beschreiben läßt sich all dies als der hilflose Versuch, die eigene linksliberale Ideologie durch die Verfestigung eines Feindbildes zu kräftigen. Dies geschieht in einem Moment, in dem durch



den Einbruch der Realität die eigenen Überzeugungen widerlegt wurden – wie schon so oft übrigens. Sowohl der *Spiegel* als auch die Kanzlerin versuchen darauf nun außerdem mit einer Doppelstrategie zu reagieren: Einerseits ist auf einmal jeder der Ansicht, kriminelle Ausländer müßten schneller ausgewiesen und abgeschoben werden. Ein bißchen »Law and Order« will das Volk schließlich in solchen Situationen hören. Andererseits kommt das Establishment aus dem Gefängnis der eigenen Ideologie nicht heraus und will nun noch intensiver den Neuankömmlingen ihre Machokultur abtrainieren und sie integrieren.

Daß ein einfaches Feindbild, Merkels »Härte des Rechtsstaates« sowie einige weitere Milliarden Euro für die Integration ausreichen könnten, um den Machterhalt für die politisch-mediale Klasse zu sichern, ist dabei aufgrund der Lethargie der Massen nicht ausgeschlossen. Es darf aber gerade zum jetzigen Zeitpunkt auch einmal optimistisch bezweifelt werden, denn die Willkommensbegeisterung der Deutschen, die die Entscheidung für den Asyl-Ausnahmestand erst ermöglichte, ist mit Köln endgültig verflogen.

Das Establishment wird nun die Grenzen der Moral kennenlernen. »Das Moralische versteht sich von selbst«, schrieb 1879 der Philosoph Friedrich Theodor Vischer in einem Roman. Er meinte damit, daß wir intuitiv erkennen, welche Taten als »gut« und welche als »böse« anzusehen seien. Toleranz, freiwilliges Helfen und das eigene Bemühen um ein friedliches Zusammenleben stünden eindeutig auf der Seite des »Gu-

»Flüchtlinge«, also ganz klar: Frauen, Kinder und alte Leute, irgendwo in Slowenien, auf dem Weg zu uns. Im Hintergrund riecht es zweifelsohne nach Kanonendonner.

ten«. Etwas als »gut« zu empfinden, heiße aber noch lange nicht, daß wir in der Lage seien, es auch zu tun. Innere und äußere Umstände würden uns immer wieder davon abhalten.

Noch viel gravierender ist jedoch das Problem der Reichweite der Moral. Der Schriftsteller Bernhard Schlink betont dazu: »Gesellschaften werden ihre Mitglieder immer wieder dadurch aneinander binden, daß sie Aggressionen gegen die Fremden, die Anderen richten und dies durch eine Moral rechtfertigen, die Grenzen zieht.« Der Mensch sei zwar auf Koordination und Kooperation aus, »aber es sind Koordination und Kooperation im Verband«. Jeder trotzig Versuch, eine grenzenlose Moral zu etablieren, ende deshalb immer mit einem Sisyphos-Dasein.

Welche Schäden das Zurückrollen des Steines dabei anrichten wird, mag den meisten als die entscheidende Frage erscheinen, und *Sezession* hat das häufig genug beschrieben und prognostiziert. In bezug auf die öffentliche Meinung und den Machterhalt der politisch-medialen Klasse geht es dagegen zunächst um etwas anderes: Wenn für jeden wahrnehmbar ist, daß der Stein zurückrollt und alles hypermoralische Bemühen umsonst war, wird die Stimmung in einer Art und Weise kippen, die Umfragen absolut überflüssig macht. ■

Im Widerstand für das Sakrale – Marcel Lefebvre

von Martin Lichtmesz

Am 19. Juni 2011 veröffentlichte der österreichische Verein »Pfarrer-Initiative« unter der Führung des linkspolitisch umtriebigen Priesters Helmut Schüller einen »Aufruf zum Ungehorsam«. Darin wurde die »römische Verweigerung einer längst notwendigen Kirchenreform« angeprangert und unter anderem Folgendes gefordert: Die Pfarreien sollen künftig das Recht haben, im Bedarfsfall »einen Wortgottesdienst mit Kommunionsspendung als »priesterlose Eucharistiefeier« durchzuführen; »Geschiedenen-Wiederverheirateten«, »Mitgliedern anderer christlicher Kirchen« und »fallweise« auch »Ausgetretenen« die Eucharistie zu spenden; »das Predigtverbot für kompetent ausgebildete Laien und Religionslehrerinnen« zu mißachten; und man werde außerdem »jede Gelegenheit nützen«, sich »öffentlich für die Zulassung von Frauen und Verheirateten zum Priesteramt auszusprechen«.

Die Autoren des »Aufrufs«, die sich auf die Stimme ihres »Gewissens« beriefen, gehörten zum Genre »mündiger« Reformchristen im Stile der Gruppierung »Wir sind Kirche«, die unablässig gegen »hierarchische Strukturen« und für eine »Demokratisierung« der Kirche ins Feld ziehen, wobei eine Sprache gepflegt wird, die sich kaum mehr von dem Sound der handelsüblichen sozialdemokratisch-grün-linksliberalen Agenda unterscheidet. Hier wird offen eine »Käßmannisierung« der katholischen Kirche angestrebt, mit allen dazugehörigen Ingredienzen: Aufweichung der Dogmatik, Abbau der Liturgie, Entsakralisierung und Entmystifizierung des Habitus und der Ästhetik sowie Mitspracherecht für alle und jeden. Am Ende einer solchen Entwicklung stünde eine nivellierende Beliebigkeit, die allenfalls »gutmenschlichen« und »politisch korrekten« Vorgaben verpflichtet ist. Der Priester wird dabei zum Therapeuten und Sozialarbeiter degradiert.

Anhänger dieser Richtung bezeichnen sich zuweilen ganz offen als links: *Linker Jesus – rechte Kirche* lautete etwa der programmatische Buchtitel des österreichischen Paters Udo Fischer, der vor allem durch seine Auseinandersetzungen mit dem als »Panzerkatholiken« verschrieenen Bischof Krenn bekannt wurde. In Wahrheit ist der Widerstand der »Amtskirche« gegen offen häretische Tendenzen dieser Art in der Praxis eher milde und halbherzig und zeigt alle Anzeichen einer im Grunde bereits vollzogenen Kapitulation. Dennoch inszenieren sich die »Demokratisierer« der Kirche gerne als mutige Widerständler und schwelgen dabei im Pathos ihres »Ungehorsams«, als wäre er ein Wert an sich. Wie alle anderen linken Gruppierungen der heutigen Zeit, bis hinab zur Antifa, rennen sie offene Türen ein, und fordern lediglich »noch hartnäckiger, was alle anderen ebenfalls fordern« (Frank Böckelmann). Die Sympathie der medialen Öffentlichkeit ist ihnen dadurch jedenfalls gesichert.

Ganz anders ist es um die »rechten« Rebellen innerhalb der Kirche bestellt: Den Mitgliedern und Anhängern der Priesterbruderschaft

»Ich bin weder Demokrat noch Republikaner, nicht mehr ein Mann der Linken als der Rechten. Ich bin Christ.«

Georges Bernanos, 1935

»Nun bilde ich mir nicht ein, in theologischen Fragen mitreden zu können, aber ich lasse mir durch keinerlei Spitzfindigkeiten ausreden, daß Christus, wie er sich uns in den Evangelien darstellt, Anschauungen vertrat, die, um die heutigen Wendungen für ähnliche Anschauungen zu gebrauchen, pazifistisch und sozialistisch, wenn nicht sogar kommunistisch waren, und über jeden Zweifel erhaben wird die These, wenn man sie so faßt, daß Christus diesen Anschauungen unendlich näher stand wie der Lehre von der Notwendigkeit des Krieges und des persönlichen Eigentums.«

Georg Quabbe,
Tar a Ri (1927)



St. Pius X. etwa, die sich beharrlich weigern, das II. Vatikanische Konzil (1962–1965) und seine Reformen anzuerkennen, wurde die Rolle der dunkelsten aller Dunkelmänner zugeordnet. Als Papst Benedikt XVI. im Jahre 2009 das Exkommunikationsdekret gegen die von Lefebvre geweihten Bischöfe der Bruderschaft aufhob, gab es einen großen Aufschrei – befand sich unter der Viererbande doch der Brite Richard Williamson, der sich der Todsünde der »Holocaustrelativierung« schuldig gemacht hatte. Einer der schärfsten Kritiker dieser Entscheidung war Hans Küng, der aus seiner Glaubenslosigkeit und seinem Aufstand gegen die Kirchenhierarchie eine jahrzehntelange Karriere gemacht hat: Es sei bekannt, daß die Piusbischöfe »Antisemiten« seien, und ihre Wiederaufnahme in den Schoß der Kirche drohe diese (!) zu einer »Sekte« verkommen zu lassen. Die Empörung über Williamson, der inzwischen wegen Ungehorsams von der Piusbruderschaft ausgeschlossen wurde, zeigte indes nur allzu deutlich, in welche zivilreligiösen Bereiche die Häresien inzwischen abgewandert sind. Sie zeigte auch eine krasse Unkenntnis des Sinns der Exkommunikation sowie des Hintergrundes des andauernden Konflikts zwischen dem Vatikan und der Piusbruderschaft. Diese wurde im Jahre 1969 von dem französischen Erzbischof Marcel Lefebvre als Reaktion auf bestimmte Auswüchse des Konzils gegründet.

Lefebvre wurde 1905 im nordfranzösischen Tourcoing geboren, im selben Jahr, als der Laizismus in Frankreich gesetzlich verankert wurde. Er entstammte einer großbürgerlichen Familie, die mehrere Geistliche hervorgebracht hat. Auch die »Résistance« lag ihm im Blut: Sein Vater starb 1944 im KZ Sonnenburg bei Küstrin, wo er wegen Widerstandstätigkeiten gegen die deutschen Besatzer inhaftiert war. Seine Priesterweihe empfing Lefebvre im Jahre 1929. In den nächsten drei Jahrzehnten stieg er zu einem der bedeutendsten Missionare in Afrika auf, eine Tätigkeit, die 1955 in seiner Ernennung zum Bischof von Dakar gipfelte. Photographien aus seiner ersten Lebenshälfte zeigen einen vitalen, Kraft und Zuversicht ausstrahlenden jungen Mann, der seine Aufgaben mit Elan und Pragmatismus bewältigte. Der oft behauptete Einfluß des nationalistisch-monarchistischen Vordenkers Charles Maurras und seiner Bewegung *Action française*, deren Anhänger ihrerseits zwischen 1927 und 1939 dem Kirchenbann unterworfen wurden, dürfte in Wahrheit gering gewesen sein. Obwohl er später Etikette dieser Art ausdrücklich zurückwies und sich

»Der Gehorsam ist nichts Absolutes, er steht in der Relation zum Guten oder zum Bösen. Der Gehorsam ist eine relative Tugend. Und die Tugend ist da für das Gute. Wenn Ihre Eltern Ihnen etwas befehlen, was gegen Gottes Gesetz ist, dann haben Sie nicht das Recht zu gehorchen. Wenn man mir befiehlt, die Kirche zu zerstören, wenn man mir sagt: Sie müssen Schluß machen mit Ihrem Seminar, zerstören Sie das, man will das nicht mehr, – warum? Wenn ihr mir gültige Gründe gebt, bin ich bereit es zu tun.«

»Die Errichtung einer anderen Kirche ist für mich nicht möglich. Vor die Wahl gestellt zwischen der Religionsfreiheit des Konzils und den früheren Päpsten, wähle ich die früheren Päpste, weil ich die Tradition wähle. Man sagt: der Papst ist die Kirche. Ja wohl, in dem Maße, in dem er die immerwährende Kirche fortführt. In dem Maße, in dem er sich davon trennt, ist er es, der ein Schisma macht.«

Marcel Lefebvre, Antworten auf Interviews (1976), Sonderheft der Zeitschrift *Itinéraires*.

»In unserer Kirche in Stuttgart hatte das Zweite Vatikanische Konzil ganze Arbeit geleistet. Sie war weitgehend schmucklos. Der Hochaltar verschwunden, der Marmor-Messtisch ein archaischer Opferblock. Der Priester verrichtete die heiligen Handlungen der Gemeinde zugewandt. Die Predigten beschäftigten sich mit dem Krieg in Vietnam, sie waren vorsichtig pazifistisch, aber sicher nicht auf Seiten der Vietcong. Sie beschäftigten sich mit dem Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei. Die Misereor-Kollekten dienten den Landlosen in Brasilien und den Hungernden in Biafra. Die Kirche hatte sich weit geöffnet. Sie hatte sich den Armen und Entrechteten und Kämpfenden zugewandt. Sie war sozial, sie war politisiert, aber sie verlor auch ihr Geheimnis, ihre Gegenweltlichkeit.«

Matthias Matussek, *Das katholische Abenteuer: Eine Provokation* (2011)

»Wenn man bei der grundsätzlichen Absage gegenüber dem II. Vatikanum bleibt, so sehe ich keinerlei Zukunft für eine dann in sich unlogische Position. Ausgangspunkt für diese Richtung ist ja die strengste Treue zur Lehrverkündigung, besonders Pius IX. und Pius X. wie – noch grundlegender – des I. Vatikanums und seiner Definition des päpstlichen Primats. Aber warum nur die Päpste bis zu Pius XII. und nichts weiter? Ist etwa der Gehorsam gegenüber dem Heiligen Stuhl teilbar nach Jahren oder nach der Nähe einer Lehre zu vorgegebenen eigenen Überzeugungen?«

Joseph Kardinal Ratzinger im Gespräch mit Vittorio Messori, 1985

in erster Linie dogmatischen Fragen widmete, kann man jedoch auch Lefebvre getrost zur politischen Rechten zählen: Er vertrat einen vehementen Integralismus, der vom Staat forderte, Arm der »Königsherrschaft Unseres Herrn Jesus Christus« zu sein, zumindest dort, wo sein Staatsvolk mehrheitlich katholisch ist.

Als Lefebvre Ende der fünfziger Jahre nach Frankreich zurückkehrte, wo er Erzbischof von Tulle wurde, hatten sich die »modernistischen« Strömungen innerhalb der Kirche erheblich verstärkt. Der Verlauf und Ausgang des bevorstehenden Konzils war allerdings noch nicht abzusehen. Dessen Initiator Papst Johannes XXIII. berief Lefebvre persönlich in die Vorbereitungskommission. Seine kritische Stimme machte sich jedoch bereits 1962 bemerkbar und wurde in den Folgejahren immer lauter. Er warf den Konzilskonstitutionen nicht nur eine irritierende Mehrdeutigkeit und Unklarheit vor, sondern bezichtigte schließlich ihre Urheber des Bruchs mit der Tradition der Päpste und der Lehre der Kirche, die doch nach ihrem eigenen Verständnis ewig und unveränderbar ist. Die Anerkennung des Laizismus und der Religionsfreiheit sowie die Hinwendung zur Ökumene und zum »Dialog« mit anderen Konfessionen und Religionen bedeute eine erhebliche Relativierung des Wahrheitsanspruchs der Kirche, die letztlich zur Apostasie führen werde. Dazu gehörten auch die sich im Konzil anbahnenden Versuche, die Fühler Richtung Marxismus auszustrecken und gar eine Art Versöhnung mit dem ehemaligen kommunistischen Todfeind in die Wege zu leiten.

Besonders schockierend fand Lefebvre die Reform der Liturgie, die ab 1969 in Kraft trat. Die Bewahrung der »alten« Messe im tridentinischen Ritus war von Anfang an ein zentrales Anliegen der Priesterbruderschaft und sicherte ihr nachhaltige Sympathien weit über traditionalistische Kreise hinaus. Auf der Gegenseite standen durchaus gewichtige Gegner wie Jacques Maritain, Yves Congar oder Karl Rahner. Der Kern der Tragödie Lefebvres, der sich als glaubenstreuer und gehorsamer Diener der Kirche und der von ihr verkündeten objektiven Wahrheit verstand, ist allerdings, daß der Papst selbst zu seinem schärfsten Gegner wurde, ein Konflikt, der beide Seiten in eine Zerreißprobe führte. Hierin liegt der entscheidende Unterschied zu den Linkskatholiken, die ihren »Ungehorsam« vor sich hertragen, als wäre er eine Medaille. Lefebvre stand vor der für ihn unfaßbaren Situation, »päpstlicher als der Papst« sein zu müssen und sich einem tiefgreifenden Verrat am Glauben zu stellen, der offenbar von dessen obersten Hütern selbst begangen wurde. Martin Mosebach nannte es gar »das Schlimmste, das wahrhaft Unvorstellbare (...): ein römischer Papst, Paul VI., der die Liturgie zerstört.«

Paul VI., der von 1962 bis 1978 amtierte, gilt in den Augen der Konzilskritiker bis heute als zwiespältige Figur, als emsiger Vorantreiber des »Aggiornamento«, der »Anpassung an die Welt« und den Zeitgeist, dem allerdings die Folgen seiner Entscheidungen über den Kopf wuchsen. Sein vielzitatierter Satz aus dem Jahre 1972: »Ich habe das Gefühl, daß durch eine Ritze der Rauch des Satans in den Tempel Gottes eingedrungen ist« gilt vielen als Kronzeugenaussage über eine fatale Fehlentwicklung, an der er selbst wesentliche Mitschuld trug. Während ein linkslastiger, stark politisierter Katholizismus etwa in Frankreich, Deutschland, Italien und Südamerika geradezu explodierte und kaum mehr zu bändigen war, war es ausgerechnet der »Rechtsabweichler« Lefebvre, den der Papst mit besonderer Härte bekämpfte. Hier folgte der Liberalismus innerhalb der Kirche offenbar denselben Gesetzen wie der weltlich-politische Liberalismus, der die Feinde auf der Linken stets um einiges milder behandelt als jene auf der Rechten, wenn er sie denn überhaupt als Feinde anerkennt. Nicht zuletzt durch das in der Afrikamission erprobte Organisationstalent des Erzbischofs gewann die traditionalistische Bewegung an Einfluß und Zuwachs; ein eigens gegründetes Priesterseminar im schweizerischen Ecône sollte die Ausbildung von Priestern gewährleisten, die nicht auf den Irrwegen des Konzils wandeln wollten. Mitte der siebziger Jahre besuchten bereits Zehntausende Menschen Lefebvres Messen und Predigten, während sich namhafte katholische Intellektuelle wie Julien Green oder Jean Guitton für seine Sache einsetzen. Nun schien keine geringere Gefahr als ein Schisma zu drohen.

Bereits 1976 wurde Lefebvre wegen unerlaubter Priesterweihen von seinen Ämtern suspendiert. Die Konflikte spitzten sich im Laufe des näch-

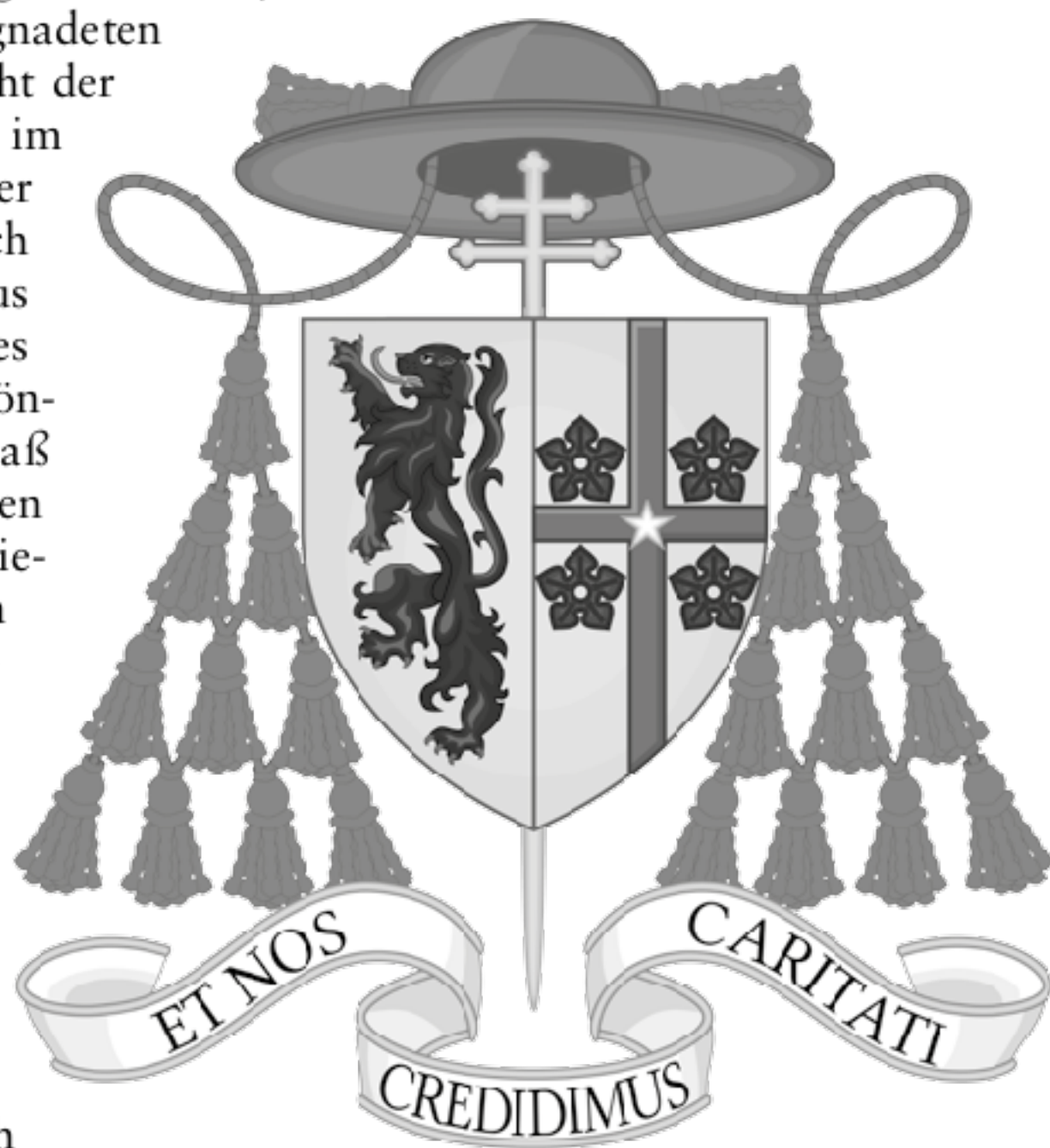
sten Jahrzehnts zu. Das berühmte »Weltgebetstreffen« in Assisi, das am 27. Oktober 1986 auf Einladung des Papstes Johannes Paul II. stattfand und Christen, Muslime, Juden, Buddhisten, Hindus und Sikhs zum gemeinsamen Gebet vereinte, erschien Lefebvre als kaum mehr zu überbietende Relativierung und Herabwürdigung der katholischen Heilslehre. Im Alter von über achtzig Jahren mußte er nun auch an seine Nachfolge denken. Am 30. Juni 1988 überschritt Lefebvre, »dickköpfig wie eine Mauer aus Stahlbeton« (so der Schweizer Kardinal Henri Schwery), endgültig den Rubikon des Ungehorsams gegen Rom, indem er in Ecône unerlaubterweise vier Bischöfe weihte. Dies war der paradoxe Höhepunkt des Dramas: Damit war ausgerechnet er, der seinem eigenen Selbstverständnis nach getreueste Anhänger der apostolischen Lehre, der die Pflicht hatte, sich dem Papst zu unterwerfen, mitsamt den geweihten Bischöfen der Exkommunikation – dem Ausschluß vom Empfang der Sakramente – verfallen. Lefebvre starb am 25. März 1991 im Alter von 85 Jahren, in der Überzeugung, trotz allem den Willen Gottes erfüllt und die Wahrheit verteidigt zu haben.

2005 wurde einer seiner wohlwollenderen Kontrahenten, Joseph Ratzinger, der sich in den achtziger Jahren als Präfekt der Glaubenskongregation vergeblich um einen Ausgleich mit der Piusbruderschaft bemüht hatte, zum Papst ernannt. Bereits zu Lefebvres Lebzeiten hatte Ratzinger wiederholt dessen Bemühungen um die tridentinische Messe verteidigt. Das 2007 veröffentlichte Apostolische Schreiben »Summorum Pontificum« erlaubte die Messfeier nach dem Missale Romanum von 1962 als »außerordentliche Form« des Römischen Ritus, im Sinne eines liturgischen Pluralismus, wie er bereits vor dem Konzil von Trient (1545–1563) praktiziert wurde. 2009 folgte die Aufhebung der Exkommunikation der Bischöfe von Ecône; das Verhältnis zwischen dem Vatikan und der Piusbruderschaft bleibt jedoch weiterhin gespannt, umso mehr, seit mit Papst Franziskus ein äußerst traditionsfeindlicher Papst auf den Heiligen Stuhl gelangt ist.

Martin Mosebach bemerkte über die katholische Form des Christentums, sie sei »wahrscheinlich die komplizierteste Religion der Welt; um Katholik zu sein, muß man entweder einen begnadeten Instinkt besitzen oder sehr viel wissen«. Hier ist nicht der Platz, die Theologie des Konzils oder Lefebvres Kritik im Detail zu diskutieren und zu bewerten. Der Verfasser dieser Zeilen ist weder ein »traditionalistischer« noch ein besonders frommer Katholik, der zudem durchaus der »modernistischen« Überzeugung anhängt, daß es auch außerhalb der römischen Kirche Wahrheit, Schönheit und den Segen Gottes gibt. Ihm scheint jedoch, daß der intransigente Erzbischof in wesentlichen Punkten objektiv recht behalten hat. Joseph Ratzinger hat wiederholt bestritten, daß mit dem II. Vatikanum ein Traditionsbruch oder erst recht ein Verrat am katholischen Glauben stattgefunden habe. Dies entsprach auch seiner Aufgabe als Papst, den großen, weiträumigen Bau der Kirche mit seiner konstitutiven »complexio oppositorum« (Carl Schmitt) und seinen gegenstrebigem Fügungen zusammenzuhalten. Aber die Wirklichkeit des tiefgehenden Risses, der die Kirche seit dem Konzil spaltet, kann unmöglich von der Hand gewiesen werden, ebenso wenig wie die Tatsache ihrer allgemeinen Wendung nach links. Bereits zeitgenössische Stimmen hatten das Konzil ausdrücklich als die »französische Revolution« (Konzilsmoderator Kardinal Suenens) oder gar als die »Oktoberrevolution« (Congar) der Kirche gefeiert. Seine heutigen Erben wie etwa die eingangs zitierte »Pfarrer-Initiative« bestätigen durch seitenverkehrte Affirmation die Kritik und Befürchtungen Lefebvres und anderer konservativer Theologen. Sie fordern im Grunde ein Konzil als Dauerrevolution, in einer sich immer weiter radikalisierten, »demokratisierenden«, säkularisierenden Permanenz, bis auch die letzten Distinktionen, Ansprüche und »triumphalistischen« Gesten abgebaut sind. Der Sinn für das Sakrale schwindet immer mehr, was eng mit einem Zerfall von Form und Inhalt zu tun hat, wie etwa Martin

»Die Liturgie ist der Körper der Kirche, die Liturgie ist der sichtbar gemachte Glaube. Wenn die Liturgie erkrankt, erkrankt die ganze Kirche – das ist keine bloße These, sondern eine Beschreibung der gegenwärtigen Situation. Die Krise der Kirche hat es möglich gemacht, dass ihr größter Schatz, ihr Arkana, aus ihrem Zentrum an die Peripherie gespült wurde. Der Piusbruderschaft, vor allem ihrem Gründer, Erzbischof Lefebvre, gebührt der historische Ruhm, dieses wichtigste Gut über die Jahrzehnte bewahrt und am Leben erhalten zu haben. Deshalb schuldet die Kirche der Piusbruderschaft zuerst einmal Dankbarkeit, und zu dieser Dankbarkeit gehört auch, dass sie sich bemüht, sie aus mancherlei Verwirrungen und Radikalisierungen wieder herauszuführen.«

Martin Mosebach, Interview mit *The European*, 3.4.2010



»Wir haben an die Liebe geglaubt« – Wappen des Erzbischofs Lefebvre

Mosebach und Robert Spaemann aufgezeigt haben. Trotz aller Bemühungen der Anpassung an die Welt leeren sich die Kirchen weiterhin, während ihre Vertreter kaum mehr wissen, wie sie ihre Existenz rechtfertigen sollen. Zahlreiche Äußerungen des katholischen Klerus zur sogenannten Flüchtlingskrise des Jahres 2015 zeigen deutlich die Dekadenz und den Konformismus kirchlicher Kreise, die zum Teil nicht weniger giftig, verblendend und destruktiv wirken als etwa die Grünen. Die Wirklichkeit hat längst die klerikalen Karikaturen eingeholt, die Jean Raspail in seinem Roman *Das Heerlager der Heiligen* bereits 1973 unter dem Eindruck der Folgen des Konzils zeichnete.

Weit entfernt davon, sich »laizistisch« aus der Politik zurückzuziehen, hat sich die nachkonziliare Kirche zum Wegbereiter und Steigbügelhalter der Politik des »im Ökonomischen wesenden Weltstaates« (Hans Barion) gemacht, des kapitalistischen Globalismus, der Völker, Kulturen und Religionen in einem großen Magen verschlingt, obwohl doch gerade sie berufen wäre, sein schärfster und unversöhnlichster Kritiker zu sein. Nicht zuletzt hat die Relativierung der eigenen Botschaft vor allem angesichts des Vordringens des im Wesenskern zutiefst antichristlichen Islams auf europäisches und ehemals christliches Gebiet eine fatale Signalwirkung: Was sich als fromme Bescheidenheit oder als Respekt vor Andersgläubigen ausgibt, erscheint in Wahrheit als Eingeständnis der eigenen Glaubensschwäche, signalisiert die Bereitwilligkeit, das Feld zu räumen, womit die Kirche vom gleichen »liberalistischen«, selbstrelativierenden und selbstentwaffnenden Syndrom befallen ist wie die gesamte westliche Welt. Ein am 6. Januar 2016 vom Vatikan auf Youtube veröffentlichtes Video mit dem Titel »Pope Francis' prayer intentions« zeigt den Verfall auf erschreckende Weise: es beginnt mit Bildern, die eine Buddhistin, einen Juden und einen Muslim in andächtiger Pose zeigen, *stylish* und etwas kitschig in Szene gesetzt wie ein Werbevideo für »diversity«, gefolgt von der Botschaft des Papstes: »Viele Menschen denken unterschiedlich, empfinden unterschiedlich, suchen Gott oder begegnen Gott auf unterschiedliche Weise. In dieser Vielfalt, dieser Bandbreite von Religionen gibt es nur eine Gewißheit, die wir alle teilen: Wir sind alle Kinder Gottes.« Dies aus dem Munde eines Papstes ist erschreckend und derart unverhohlen relativistisch, daß der Weltgebetstag und die gutgemeinten, aber fragwürdigen Gesten Johannes Pauls II. weit in den Schatten gestellt werden. Die Destruktion und Selbstauflösung der Kirche, die nun einmal auf klaren, präzisen Bestimmungen und Verkündigungen fußt, ist damit vorprogrammiert, aber auch die Verprellung der Gläubigen bei gleichzeitiger Einschmeichelung bei den Nichtgläubigen, insbesondere den Muslimen. Alle Zeichen stehen hier auf Verrat.

Geht das auch Nichtkatholiken etwas an, oder ist das nur ein innerkatholisches Problem? Nun: Was sich hier menetekelhaft abzeichnet, hat ohne Zweifel Konsequenzen für das gesamte verbliebene »Abendland«. Der Liberalismus sendet an alle, die »dienen wollen« und ein Dienenwollendes in sich tragen, dieselbe Botschaft: Wir brauchen eure Bemühungen nicht, es geht um nichts, es war alles nicht ernst gemeint, geht nach Hause, konsumiert und amüsiert euch und genießt euer Leben, Hauptsache, ihr kommt auf keine falschen Ideen mehr, die irgend etwas mit Selbstbehauptung, Distinktion oder höheren Zielen zu tun haben. Ebenso wie die Kirche offenbar keine wahrhaft Gläubigen mehr haben will, so wollen die Nationen keine Patrioten oder die Staaten keine staatstragenden Bürger oder die Armeen keine Soldaten oder die Schulen keine Lehrer und keine Schüler mehr. Das Abendland gleicht einem würdelosen König, der keiner mehr sein will und seine letzten getreuen Anhänger nicht nur demoralisiert und entmutigt, sondern sie am Ende auch noch verhöhnt und verfolgt.

Als konservative Rebellen gleich welcher Couleur sind wir heute mehr oder weniger alle in einer ähnlichen Lage wie Marcel Lefebvre; wie er müssen wir zu Desperados um des Gesetzes willen, zu Revolutionären um der Ordnung willen werden und beharrlich an dem von uns als wahr, gut und schön Erkannten festhalten, bis unsere Exkommunikation und das Interregnum aufgehoben sind. *And when Rome falls, falls the World:* Auch den Un- und Andersgläubigen sollte das Schicksal der römischen Kirche, die so tief mit dem Schicksal Europas verflochten ist, nicht gleichgültig sein – auch wenn diese Welt eines Tages fallen muß, wie es der Wille Gottes verlangt. ■

Bibliographie Marcel Lefebvre (Auswahl):

Ein Bischof spricht. Schriften und Ansprachen 1963–1974, Wien 1976;

Offener Brief an die ratlosen Katholiken, Wien 1986;

Sie haben ihn entthront. Vom Liberalismus zur Apostasie, Stuttgart 1988;

Ich klage das Konzil an!, Stuttgart 2009.

Weiterführende Literatur:

Yves Congar: *Der Fall Lefebvre. Schisma in der Kirche?*, Freiburg/Basel/Wien 1977;

Pater Udo Fischer: *Linker Jesus – rechte Kirche*, Wien-Klosterneuburg 1994;

Rudolf Krämer-Badoni: *Revolution in der Kirche. Lefebvre und Rom*, München 1980;

Alfred Lorenzer: *Das Konzil der Buchhalter. Die Zerstörung der Sinnlichkeit*, Frankfurt a.M. 1981;

Roberto de Mattei: *Das Zweite Vatikanische Konzil. Eine bislang ungeschriebene Geschichte*, Edition Kirchliche Umschau 2011;

Matthias Matussek: *Das katholische Abenteuer: Eine Provokation*, München 2011;

Martin Mosebach: *Häresie der Formlosigkeit. Die römische Liturgie und ihr Feind*, München 2007;

Joseph Kardinal Ratzinger: *Zur Lage des Glaubens*, München 1985;

Bernard Tissier de Malterais: *Marcel Lefebvre. Eine Biographie*, Bobingen 2012.

Netzseite:

marcellefebvre.info

DVD:

Monseigneur Lefebvre – Un évêque dans la tempête (Ein Bischof im Sturm, 2012, Frz. mit deutscher Tonspur), zu beziehen über www.sarto.de.

Autoren dieses Heftes

Alain de Benoist, 1943, Studium des Verfassungsrechts, der Philosophie, Soziologie, Geschichte und Religionswissenschaft an der Sorbonne. Seit den sechziger Jahren führende Rolle in der französischen Neuen Rechten.

Mein Leben. Wege eines Denkens, Berlin 2014

Arne Freiwald, 1974, ist Historiker und Politikwissenschaftler. Er lebt in der Nähe von Düsseldorf.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.

Phänomen Inselfaschismus, Kiel 2013

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.

Gender ohne Ende, 4., erweiterte Auflage, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).

Deutsche Orte, Band 4 des *Staatspolitischen Handbuchs*, als Herausgeber, Schnellroda 2014

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.

Kann nur ein Gott uns retten? Glauben, Hoffen, Standhalten, Schnellroda 2014

Felix Menzel, 1985, studierte Medien- und Kommunikationswissenschaften, Politik und BWL. 2004 gründete er mit Mitschülern die Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse*, die er bis heute online betreibt.

Die Ausländer. Warum es immer mehr werden, Chemnitz 2015

Dr. Michael Rieger, 1972, ist Literaturwissenschaftler und freier Publizist; er lehrt an der Universität Hamburg.

»Man reist ja nicht, um anzukommen ...« – *Schriftsteller auf Reisen*, Darmstadt 2011

Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, 1940, ist Staatsrechtslehrer und hatte bis 2006 den Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg inne. Er war (Mit-)Initiator mehrerer Verfassungsbeschwerden gegen unterschiedliche Stufen der Europäischen Integration und die damit verbundene Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte. Schachtschneider ist Vizepräsident des Studienzentrums Weikersheim.

Erinnerung ans Recht. Essay zur Politik unserer Tage, Rottenburg 2016

Martin Sellner, 1989, studiert in Wien Philosophie (BA) und Rechtswissenschaften. Politisch aktiv als Leiter der Identitären Bewegung Wien.

Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Schnellroda 2015

Dr. Dr. Thor v. Waldstein, 1959, studierte Rechtswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft und Soziologie und arbeitet als Rechtsanwalt.

Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion, Schnellroda 2015

Michael Wiesberg, 1959, in Kiel, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte. Arbeitet als Lektor und als freier Journalist.

Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Hygienefimmel und Thymos-Regulierung

von Götz Kubitschek

Es sind in den vergangen beiden Wochen unter anderem zwei Zeitungsbeiträge erschienen, deren Analyse für eine Beurteilung unserer Lage im noch jungen Jahr 2016 interessant ist. Mit »uns« meine ich das im weitesten Sinne für den Erhalt der ethnokulturellen Identität Deutschlands und der anderen europäischen Nationen kämpfende politische Lager, das sich zusammensetzt aus Intellektuellen, Medien, Verlagen, Bürgerbewegungen, Projekten, Gesinnungsgemeinschaften, Demonstrationsbündnissen und einem parteipolitischen Arm samt parlamentarischer Verankerung.

Es versammelt – um eine erste Passage aus Karlheinz Weißmanns Beitrag »So günstig wie nie« zu zitieren – in seinen Reihen »Praktiker und Theoretiker, kluge Köpfe und Spinner, Apparatschiks und Religionsstifter, Einzelgänger und Weltverbesserer, Liberale, Libertäre, Christlich-Soziale und Christdemokraten, Konservative jeder denkbaren Schattierung, Nationale und Nationalisten aller möglichen Facetten.«

Der Kampf um die Identität und das damit zusammenhängende Selbstbestimmungsrecht unserer Völker ist das mögliche einende Band, und dieser Kampf ist ein Verteidigungskampf. Es ist keiner mehr, der ein deutsches oder europäisches Rechtsverständnis, eine deutsche Lebensart und Alltagsorganisationsform, einen europäischen Säkularisationsgrad oder ein abendländisches Kulturverständnis mit Durchsetzungsanspruch in die Welt trüge – wir sind in diesem Sinne Kulturrelativisten nicht so sehr aus Einsicht in die Stimmigkeit dieses Ansatzes, sondern aus Einsicht in die Schwäche der eigenen Position und Lage: unmöglich, weiterhin auszugreifen, wo doch das Eigentümliche, das Spezifische sogar im eigenen Beritt in Frage gestellt oder offen angefeindet und angegriffen wird – von den Fremden, die das Vakuum spüren und es auszufüllen beginnen, und von den eigenen Leuten, die mit großer Verachtung auf das Eigene, mit großem Vertrauensvorschuß aber auf das ganz Fremde blicken und sich von dort irgendetwas erhoffen – etwas Befreiendes, etwas Ablenkendes, etwas Besseres, eine neue Garderobe, irgendeine kulturelle Metamorphose ...

Und dennoch hat Karlheinz Weißmann vor gut einer Woche den bereits erwähnten Artikel über die Chancen rechter Politik in der *Jungen Freiheit* veröffentlicht, Chancen, die er als »So günstig wie nie« einschätzt. Was äußert er und worauf will er hinaus? Weißmann kommt zunächst mit Peter Graf Kielmansegg auf die »eklatante Zukunftsschwäche« der Demokratie zu sprechen, die keine großen, rücksichtslosen Würfe in die Zukunft wagen könne, weil sie aufgrund der Wahlabhängigkeit auf die Gegenwart fixiert bleibe. Darin liege aber auch der Vorteil einer politischen Lern- und Korrekturfähigkeit, und diese Annahme führt Weißmann zu seinem eigentlichen Thema: der Frage nach den Betreibern und Akteuren der Korrektur, und diese Akteure sieht er – kaum verwunderlich! – auf der rechten Seite.

Wichtig an Weißmanns Ausführungen ist die Einsicht, daß kaum etwas von dem, was zur Rettung des Vaterlandes geschehen müsse, von al-

Fünf Verhaltensrichtlinien für die kommenden Wochen und Monate, vortragen im Rahmen der Winterakademie »Widerstand« in Schnellroda:

»1. Begrüßt, gefördert und unterstützt werden muß durch uns alles, was der Mobilisierung und der Erhöhung der Thymos-Spannung, dem großen Zorn auf die antideutsche Politik dient. Die Auseinandersetzung, der politische Kampf, der Zusammenstoß müssen gewollt werden, der Ausgleich erfolgt sowieso.«

leine geschehe. Anders ausgedrückt: Was geschehen kann, mag sich als amorphe Tendenz abzeichnen; in Form gebracht, politisch gemacht, also innerhalb des politischen Systems als Möglichkeit erkennbar und anfaßbar gemacht, wird diese amorphe Tendenz hingegen nicht durch die Kräfte und den Druck irgendeines überpersönlichen Ablaufes an sich, sondern immer von entschlossenen Einzelnen, Gruppen, Bewegungen.

Als Fragestellung ausgedrückt: Was muß nun rasch und klug von unserem Lager organisiert und vorgebracht werden, damit nicht wiederum diejenigen zu den entscheidenden Ordnungskräften im Chaos werden, die es selbst gegen jedes bessere Wissen angerichtet haben – mit einer unglaublichen Arroganz dem ihnen anvertrauten Volk gegenüber? Denn der Machterhaltungstrieb der Altparteien ist stärker ausgeprägt als alles andere, was man ihnen sonst noch zuschreiben möchte, und ihre Witterung für kommende Mehrheiten ist fein wie die von Drogenhunden.

Weißmanns Versuch einer Handlungsskizze für die kommende Umbruchsepoche ist vage und andeutend. Er erinnert in der Neigung, alles oder nichts für möglich zu halten, an den jüngst verstorbenen Soziologen Ulrich Beck. Von ihm sagte Peter Sloterdijk einmal, er prognostiziere ständig »bürgerkriegsähnliche Zustände in den kommenden Jahren, mindestens jedoch Tarifverhandlungen«.

Weißmann nun hofft für unser Land – Jacob Burckhardt zitierend – auf eine Phase »beschleunigter Prozesse«, auf eine Phase also, in der »die Dinge ins Rutschen kommen«. Er schreibt: »Vieles spricht dafür, daß genau das jetzt geschieht und Turbulenzen zu erwarten sind. Die führen dazu, daß noch der Geduldigste die Geduld verliert, daß das, was eben noch als selbstverständlich galt, es jetzt schon nicht mehr ist, daß das, was gestern tabu war, heute die Spatzen von den Dächern pfeifen, und daß Personen und Ideen, die bis dato niemand kannte und niemand ernstgenommen hat, ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.«

Soweit, so Ulrich Beck. Was aber heißt das für uns? Daß Weißmann dieses »uns« als den schillernden Regenbogen wahrnimmt, der es ist, zeigte seine Typenaufzählung von oben. Aus diesem bunten Haufen nun eine politische Einheit zu schmieden, sei die zu leistende Aufgabe. Weißmann: »Um das zu erreichen, bedarf es zuerst der entscheidenden Tugend des echten Politikers: der ›geschulten Rücksichtslosigkeit des Blickes in die Realitäten‹ (Max Weber), und das bedeutet Einsicht darein, was geht und was nicht geht. Dazu bedarf es weiter der klaren Scheidung von denen, die sich dem größeren Ziel – dem Zugriff auf die Macht – nicht unterordnen, wie von denen, die die geltenden Verfahrensregeln nicht akzeptieren wollen. Dazu bedarf es schließlich der Klärung, wie denn die Alternative der Alternative jenseits des politischen Klein-Klein aussehen soll, nicht nur, auf welche Parolen die zu bringen ist, sondern auch welche Weltanschauung ihr zugrunde liegen soll.«

Einsicht in das, was geht, klare Scheidung von denen im eigenen Lager, die den Zugriff auf die Macht vergeigen, Klärung des weltanschaulichen Fundaments – dies also sind wohl die zentralen Aufträge an die metapolitische Besenbrigade, und der *Jungen Freiheit* kommt, als wichtigstem Organ unseres Lagers, vor allem in Fragen der klaren Scheidung von denen, die man auf dem Wege zur Macht nicht neben oder vor sich herumtoben sehen möchte, dabei eine zentrale Rolle zu, der sie mit einem für den politischen Gegner in hohem Maße zugleich irritierenden wie erfreulichen Hygienefimmel durchaus gerecht wird.

Es gäbe zwar wahrlich Wichtigeres: eine »Politeia« zu schreiben, ein konservatives Maximum sozusagen, eine metapolitische Wegweisung, verfaßt mit der »geschulten Rücksichtslosigkeit des Theoretikers für die Praktiker«; aber das Säubern der eigenen Reihen scheint eben vordringlich zu sein auf einem Spielfeld, das sich doch wie ein riesiger leerer Raum vor uns öffnet und selbst Spekulationen über genetisch bedingte Reproduktionsunterschiede zwischen Afrikanern und Europäern als das erscheinen läßt, was sie sind: skandalöse Maulwurfshügelchen.

Mehr Spannung, möchte man rufen, mehr Mut, mehr Experiment, mehr Wegwischen von Mißlungenem, von Vorläufigkeit und Situationsbedingtem! Macht mal die Fenster auf, möchte man rufen, packt mal den Raumspray weg!

Indes: wozu sich damit aufhalten? Vielleicht ist längst von ganz anderer Seite zu erwarten, was andernorts vor lauter »Einsicht darein, was geht

»2. Alles Unfertige, Ungeschützte, Ungeschickte, Vorläufige ist vor dem Hintergrund der ›beschleunigten Prozesse‹ als Experiment zu werten. Es ist intern, niemals aber öffentlich zu verwerfen oder zu verbessern.«

»3. Die Mobilisierung, die Dynamisierung des Widerstands, des Verteidigungszorns, der artikulierten Alltagsempörung muß rückgebunden werden: keine Blüte von Dauer ohne Wurzeln.«

»4. Distanzierung ist verboten. Wohlwollende, hebbende, erziehende Einordnung ist der Ton der Stunde, Jongen hat da am Fall Höckes Maßstäbe gesetzt.«

und was nicht geht«, nicht geleistet wird: Vor zwei Wochen erschien in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* ein Beitrag unter dem irreführenden, leserabwehrenden Titel »Die wehrhafte Wut des Winkelzahnmolchs«. Dieser ganzseitige Beitrag ist ein politisches Porträt des stellvertretenden Landesvorsitzenden der AfD in Baden-Württemberg, Marc Jongen. Jongen war Assistent am Lehrstuhl Peter Sloterdijks, arbeitet noch immer als Philosophiedozent an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und steht vor dem Abschluß einer philosophischen Grundlegung der AfD: Er nennt sein noch unfertiges Werk ein »Manifest«.

Das Helfende, das Erleichternde an Jongens Ansatz gleich vorweg: Obwohl ihm die beiden Journalisten – Reinhard Bingener und Justus Bender – ein Stöckchen nach dem anderen vor die Beine halten und ihm den Fußball dicht vors leere Gehäuse legen: Jongen schießt die billigen Tore nicht und absolviert nicht den gewohnten Hürdenlauf. Er sieht vielmehr überall, wo für und nicht gegen Deutschland Politik gemacht wird, viel mehr Gemeinsames als Trennendes, und vor allem weitet er den Blick auf eine der Grundvoraussetzungen einer gelingenden »Verteidigung des Eigenen«: auf den notwendigen Zorn, mit dem den hyperidentitären, durchsetzungshungrigen, uns fremden Kulturen und Ideologien entgegenzutreten sei.



Zum Säubern angetreten.

Jongen bezeichnet die flächendeckende Wehrlosigkeit der Deutschen als »thymotische Unterversorgung« und greift damit auf die antike Trias der Lebenstöne oder – in seiner Diktion – der Seelenfakultäten zurück: den Logos (die Vernunft), den Eros (die Lust) und eben den Thymos (den man in einem Bedeutungsfeld aus Mut, Zorn und Empörung ansiedeln kann). Daß diese Seelenfakultäten in einer dissonanten Harmonie zueinander stünden und ständig zu einem Ausgleich gebracht werden müßten, ist die Grundlage jeder in die Natur des Menschen einsichtigen, philosophisch gespeisten Erziehungslehre, und seinen literarischen Niederschlag fand diese Ausgleichsarbeit in Hölderlins Bildungsroman *Hyperion*, der die Lebenstöne des Idealischen, des Naiven und des Heroischen und ihren unausgesetzten Wechsel und Ausgleich, ihre Reibung und Spannung zum Thema hat und in sich aussöhnen mochte.

In Deutschland ist das alles nicht ausgesöhnt. »Thymotische Unterversorgung« als philosophisches Erklärungsmuster hinter der Entmännli-

chung unseres Volkes bei gleichzeitiger Forderung nach einem überlebensnotwendigen Wechsel in diese Tonlage des Zorns: Das ist ein unserer Lage angemessener Ansatz. Er soll nicht blind sein, dieser Zorn, aber er muß erst einmal wieder in sein Recht gesetzt werden, und zwar vor aller »Einsicht in das, was geht und was nicht«.

Denn hätte man – um ein Beispiel aus der AfD selbst zu bringen – auf diejenigen Ratgeber gehört, die für den Abgang Henkels und Luckes das Ende der Partei prognostizierten und jüngst vor einer Entwicklung der AfD zu einer »Lega Ost« warnten: Wir hätten alle einer völligen Marginalisierung der grundsätzlichen, rechten Kräfte innerhalb der Partei beiwohnen dürfen und als Ergebnis der »geschulten Rücksichtslosigkeit des Blicks in die Realitäten« die Eingliederung der AfD in die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers für die CDU miterlebt – mit Personal, das schon immer zum Establishment dazugehörte und weiterhin dazugehören will, und mit ausgewählten Neulingen, deren Wunsch, dazuzugehören, als Ausweis für ihre Politikfähigkeit und Einsicht ins Blablabla diene.

So aber, mit der Verankerung der thymosfähigen Kräfte in der Partei, ist sie in die Funktion gerückt, die ihr Marc Jongen in seinem Manifest zuschreiben wird: Einzig die AfD lege »Wert darauf, die Thymos-Spannung in unserer Gesellschaft wieder zu heben«, sagt er. Und entlang dieser von ihm begrüßten und geförderten Aufgabe seiner Partei deutet und bewertet Jongen nun die thymotisch straffer als der Westen aufgespannten Ostverbände.

»Ich bin kein Gegner von Höcke«, gibt er zu Protokoll. Nach Jongens Auffassung, notieren die beiden FAS-Redakteure, »weisen auch die vom Höcke-Lager organisierten Demonstrationen wie in Magdeburg in die richtige Richtung. Sie seien Mittel gegen die Thymos-Schwäche der Deutschen. (...) Das zentrale Ziel der ›Psychopolitik‹ der AfD müsse es sein, den deutschen Thymos wieder hochzuregulieren.« – »Was aber, wenn eine Steigerung des Thymos die Grundordnung der Gesellschaft bedroht?«, fragen die Autoren. Jongen antwortet: »Damit ist eine Gefahr angesprochen, das leugne ich überhaupt nicht. Diese Gefahr muß man aber auf sich nehmen, wenn man der existentiellen Großgefahr eines Verschwindens der deutschen Kultur begegnen will. Dann muß man mit diesen Dingen umgehen und leben.«

So klingt ein selbstbewußter Ton! Die Frage nach der Kontrollierbarkeit einer Revolte ist als hemmendes Moment, als Logos-Anteil in der herbeigewünschten, thymos-satten Zeit, ohne Frage von großer Bedeutung. Aber dennoch: Zunächst muß auf eine Revolte hingedacht und hingearbeitet werden, auf eine Revolte gegen den Großen Austausch, um den Titel eines Buches aus der Feder des französischen Vordenkers Renaud Camus zu zitieren, der zur fruchtbaren Lektüre Marc Jongens gehören könnte. »Revoltiert!« heißt einer der von Martin Lichtmesz übersetzten Texte von Camus, die im Verlag Antaios kürzlich erschienen sind, und letztlich münden dessen Ausführungen ebenso wie die Jongens oder unsere eigenen in folgender Überzeugung: Wir alle haben nicht so sehr Furcht vor dem Maß an Veränderung und Umwälzung, das uns eine Revolte brächte, als vielmehr Angst davor, daß in unserem Volk die Kraft, die thymotische Energie zu einer erfolgreichen Verteidigung des Eigenen nicht mehr ausreiche. Die logos-zentrierte Mäßigung der Deutschen muß ebenso zugunsten einer dringend notwendigen Thymos-Spannung zurückgedreht werden wie die eros-abhängige Konsumzufriedenheit und Verhausschweinung.

Wir dürfen gespannt sein auf Jongens »Avantgarde-Konservatismus«, wie er sein Manifest vorgreifend unter anderem bezeichnet. Es wird keines sein, daß sich vornehmlich der Hygiene auf den Treppenstufen zur Macht widmet, sondern ein echter Überflug, der einordnend, relativierend und mobilisierend zugleich wirken und vorpreschende Parteifreunde oder auch jene außerhalb der AfD begrüßen wird, die an der Ausweitung der Kampfzone, an der Steigerung der Spannung, und das bedeutet: an der Vertiefung des Risses durch die Gesellschaft mitwirken. Keinesfalls also wird es ein vages, neblig-distanzierendes Manifest werden, und das wird diese Politeia fundamental von derjenigen unterscheiden, die noch immer nicht geschrieben ist, aber sicherlich bald mit Einsicht in das, was geht (und vor allem: wer mitgehen darf) geschrieben, zum Zeitpunkt ihres Erscheinens aber leider so von den Realitäten geplant sein wird wie die Schoepssche Preußenrenaissance von 1960. ■

»5. Keine Kompromisse, keine Versöhnung mit dem Establishment. Keine rasche Harmonisierung des Dialogs, keine staatsmännische Annäherung. Vielmehr: den Riß vertiefen. Nur so ist eine echte Wende möglich.«

Literaturhinweise:

Karlheinz Weißmann:
»So günstig wie nie«, in:
Junge Freiheit 3/2016;

Justus Bender/Reinhard
Bingener: »Die wehrhafte
Wut des Winkelzahn-
molches«, in: *Frankfurter
Allgemeine Sonntags-
zeitung*, 10. Januar 2016.

»Feldkräfte« des Widerstandes

von Michael Wiesberg

Als »moralischer Warmblüter« sei der Mensch »auf die Aufrechterhaltung eines gewissen internen Selbstachtungsniveaus angewiesen«, schreibt Peter Sloterdijk in seinem Buch *Zorn und Zeit*, was nichts anderes heißt, als daß der Mensch »einen angeborenen Sinn für Würde und Gerechtigkeit« hat. Trägt das Gemeinwesen, in dem er sich bewegt, diesen »Intuitionen«, wie sie Sloterdijk nennt, nicht Rechnung, entstehe eine Tendenz zur Loslösung, die in entschlossenen Widerstand münden kann.

Dieser Widerstand muß nicht immer die Perspektive vor Augen haben, daß ein Umsturz der Verhältnisse möglich sei oder irgendwann der *kairós* – der passende Moment, um aktiv zu werden – eintreten werde, der den Dingen eine andere Richtung gibt. Es gibt auch hinreichend Beispiele dafür, daß Widerstand als Ausdruck des »angeborenen Sinns für Würde und Gerechtigkeit« auch dann geleistet wurde, wenn es kaum oder keinerlei Erfolgsaussichten gab und das eigene Widerstehen nur mehr symbolischen Charakter hatte. Dafür mag Henning von Tresckows vielzitierte Einlassung im Sommer 1944 stehen, als er betonte, das Attentat gegen Hitler müsse »um jeden Preis erfolgen«; es komme »nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat«. Tresckow war sich bewußt, daß der richtige Zeitpunkt für eine grundstürzende Änderung der Verhältnisse bereits verstrichen war und daß jeder, der zum Verschwörerkreis um Stauffenberg gehörte, das »Nessushemd« angezogen hatte. Dieses Empfinden verlangte geradezu nach einer höheren Sinngebung der Tat Stauffenbergs, die Tresckow in folgende Worte faßte: Wie Gott Abraham einst verheißen habe, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, hoffte er, »daß Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht vernichten« werde.

Die persönlichen Zeugnisse der Verschwörer um Stauffenberg zeigen, daß es einer besonderen persönlichen Disposition bedarf, um den Wurf zu wagen. Peter Sloterdijk spricht in seinem oben genannten Buch von einer spezifischen Mischung aus »Mannesmut« (*andreia*) und »gerechtem Zorn«, der nicht nur für die »Abwehr von Beleidigungen und unbilligen Zumutungen« zuständig sei, sondern auch helfe, für Interessen einzutreten. In der griechischen Antike gab es dafür den Begriff *thymós*, den Sloterdijk in seiner »bürgerlich-gezähmten« Form als »Beherztheit« übersetzt, was nichts anderes als Mut und Tapferkeit, die Fähigkeit zur Selbstbehauptung, bedeutet. »Der *thymós* des Einzelnen« kann als »Teil einer Feldkraft« gedeutet werden, die dem »gemeinsamen Willen zum Erfolg Form verleiht«.

Es bedurfte wohl dieser besonderen »Feldkräfte«, um zum Beispiel in den antikommunistischen Widerstand im Baltikum oder Rumänien einzutreten, der direkt nach der sowjetischen Besetzung im Jahre 1944 einsetzte. »Waldbrüder« nannte man im Baltikum die Gruppen, die als Partisanen gegen die Besetzung und Sowjetisierung ihrer Länder kämpf-

»Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.«

Henning von Tresckow,
21. Juli 1944

»Das Leben ist nur ein Traum, aber die gute Tat geht nicht verloren, wie vergebens sie auch gewesen ist.«

Henry de Montherlant,
Nutzloses Dienen (2011)

ten. Aus heutiger Sicht mag dieser Widerstand sinn-, weil von vornherein aussichtslos erscheinen, und doch dauerte er fast ein Jahrzehnt und forderte mindestens 50 000 Tote. Aus Sicht der »Waldbrüder« stellte sich aber mit der neuerlichen sowjetischen Besetzung – das Baltikum war ja bereits 1940 ein Ziel der sowjetischen Okkupationspolitik – einmal mehr die Existenzfrage. Zu lebendig war noch die Erinnerung an die Deportationswellen, die erst mit dem Einmarsch der Wehrmacht endeten. Kurz vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion waren in Litauen noch 35 000 Bürger, vor allem aus dem Beamtentum und der Intelligenz, aus politischen Gründen lebenslang verbannt worden. Bei Kriegsende befanden sich viele Litauer auf deutschem Boden; sie waren entweder gezwungen worden, im Reich Zwangsarbeit zu leisten, oder vor der Roten Armee geflohen.

Zu den ersten Maßnahmen nach der Machtübernahme der Kommunisten in Litauen gehörte die Einberufung in die Rote Armee. Rund 100 000 Männer zwischen 18 und 37 Jahren mußten nun auf sowjetischer Seite gegen Deutschland kämpfen, darunter viele, die vorher in den Reihen der Wehrmacht gestanden hatten. Gerade die Flucht oder die Deportation von Mittelschicht und Intelligenz führten dazu, daß dem Alleinherrschaftsanspruch der kommunistischen Parteien kaum mehr jemand entgegentrat. Dennoch entwickelte sich Widerstand, der sich beispielsweise in Litauen laut der Historikerin Ruth Leiserowitz aus Angehörigen der Litauischen Aktivistenfront, der militärischen Organisation »Keskutis«, Angehörigen der Polizei und der Schutzbataillone der deutschen Besatzungszeit, Soldaten der prodeutschen Plechavičius-Armee und deutschen Soldaten, die sich nicht in Kriegsgefangenschaft begeben wollten, zusammensetzte. Sie alle einte das Vorhaben, die erneute sowjetische Besatzung des Landes mit allen Mitteln zu bekämpfen. Welche Ziele diese Besatzung verfolgte, darüber ließen die Sowjets keine Zweifel aufkommen: Michail Suslow, bis zum Frühjahr 1946 Leiter des litauischen Büros der KPdSU und damit faktischer Herrscher in Litauen, wird von Leiserowitz mit folgenden Worten zitiert: »Litauen wird weiter existieren, aber ohne Litauer, und es wird sowjetisch sein.« Ein Mittel hierfür war eine umfassende Überfremdungspolitik (Russifizierung); Einheimische wurden gezielt aus allen Leitungsfunktionen gedrängt, was bei Esten, Litauern und Letten den Eindruck verfestigte, daß sie in einem besetzten Land lebten.

In Litauen gedieh der bewaffnete Widerstand am erfolgreichsten. Es bildeten sich landesweit Netzwerke. Außerhalb der Städte waren die Sowjets nicht mehr sicher. Es kam nicht nur zu Sabotageakten, auch Parteikader und Personen, die der Partei nahestanden, wurden mit gezielten Mordanschlägen ausgeschaltet. Die Perspektive, die die »Waldbrüder« antrieb, war nicht die Überzeugung, sie könnten die Rote Armee jemals allein aus dem Land drängen, sondern die Hoffnung auf Unterstützung durch die Westalliierten. Wäre ihnen klar gewesen, daß dies wohl zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen wurde, wäre der Zustrom wahrscheinlich wesentlich geringer gewesen. Als sich die Erkenntnis durchzusetzen begann, daß die Westalliierten nichts zugunsten einer Änderung der Lage der baltischen Staaten unternehmen würden, kippte die Stimmung. Ein Spiegel hierfür sind die Tagebücher des »Waldbruders« Lionginas Baliukevičius, Deckname »Dzūkas«, die Leiserowitz übersetzt hat. Anläßlich der Moskauer Außenministerkonferenz im Jahre 1947 notierte Dzūkas: »Vor uns liegt Ungewißheit und schreckliches Unwissen. Diese angelsächsischen Diplomaten entscheiden in Moskau über Millionen Schicksale. Kaum zu glauben, daß sie an uns denken werden. Sie werden sich höchstwahrscheinlich nicht um uns kümmern.«

Während »Dzūkas« daraufhin mehr und mehr in Resignation verfällt, die in den Worten »Was wird aus Litauen, wenn im Moment der Entscheidung keiner mehr da ist, der es wiederherstellen könnte?« gipfelt, tat die Erkenntnis, daß die Lage aussichtslos sei, der thymotischen Energie eines anderen bekannten »Waldbruders«, nämlich des 2010 verstorbenen estnischen Widerstandskämpfers Alfred Käärman, keinen Abbruch. In seinen Erinnerungen machte er deutlich, was sie bewegte, weiter Widerstand zu leisten, obwohl es keinerlei Aussicht auf Erfolg mehr gab: »Das war die Hoffnung, daß es nicht so schlimm ist, solange man lebt, estnischen Boden unter den Füßen hat und die Waffe in der Hand. Und die Gewißheit, daß die eigene Waffe einen vor den Qualen rettet, sollte man erwischt werden.«

»Als ich im frühen März 1968 nach (West-)Deutschland kam, hatte ich ein knappes Vierteljahrhundert erbitterten, z. T. tollkühnen Widerstands auf mehreren Ebenen gegen das kommunistische System hinter mir. Ich hatte weder mich noch meine Familie geschont in der Vorstellung, es unserer Lebenswürde schuldig zu sein.«

Der rumäniendeutsche Schriftsteller Hans Bergel in einem Brief an Götz Kubitschek, abgedruckt in *Sezession* 56/2013

*Zwei Waldbrüder
in Litauen*



Auch der Widerstand, der sich in Rumänien gegen die sowjetische Besatzung entwickelte, nährte sich eine Zeitlang von der Hoffnung, daß »der Westen« aktiv würde, um eine grundsätzliche Änderung herbeizuführen. Dieser Widerstand verebbte auch nicht, als deutlich wurde, daß die Westalliierten keine Konfrontation mit der Sowjetunion zugunsten Rumäniens wagen würden. Und so lieferten sich die »Partizanii« des rumänischen Untergrundes nach Kriegsende einen zehn Jahre anhaltenden Kleinkrieg mit den »Interventionskommandos« des rumänischen Geheimdienstes Securitate, die keine Gnade kannten und das Gros der Widerstandsgruppen liquidierten.

Der antikommunistische Widerstand in Rumänien ist durch ein besonderes Maß an thymotischer Energie gekennzeichnet, wie der in Kronstadt geborene Schriftsteller Hans Bergel in einem Beitrag deutlich machte. Bergel nennt in diesem Zusammenhang zum Beispiel die »Gruppe Gavrilă«, die die Securitate-Einheiten unentwegt in Bewegung hielt: »Dank ihrer ans Fabulöse grenzenden Härte bei extremen Marschleistungen im Hochgebirge und in den Bergwäldern erweckte sie den Eindruck allgegenwärtiger, die Moral der Interventions-Bataillone zermürender Präsenz.«

Durch ein hohes Maß an Disziplin und Moral schaffte es diese Gruppe, sich den Rückhalt in der Bevölkerung zu sichern. Insbesondere junge Frauen – Ärztinnen, Lehrerinnen, Bäuerinnen –, so hebt der 2006 verstorbene, in Deutschland als »militanter rechtsextremer Aktivist« verfemte Ion Gavrilă Ogoranu hervor, riskierten ihr Leben, um seiner Gruppe zu helfen. Vor Augen hatten die »Partizanii« eine Securitate, deren Terror ganze Dörfer »an den Rand der Existenzverzweiflung« trieb. Auch hier steht wieder die Frage im Raum, was diese Widerstandskämpfer, die »gleich Wildtieren« im Hochgebirge leben mußten, die Frost und Schnee trotzten und in Höhlen lebten, dazu brachte, auszuharren, um weiter Widerstand zu leisten. Gavrilă Ogoranu, der sich 29 Jahre lang dem Zugriff der Securitate entziehen konnte, formulierte hierfür Gründe, die grundsätzlicher Natur sind: »Solange es Widerstand gab und die Menschen im Land davon wußten, war der Nation noch nicht das moralische Rückgrat gebrochen, durfte sie von sich sagen, daß sie Würde und Selbstachtung noch nicht ganz verloren hatte, denn es gab einige, die sich im Namen aller nicht in die Knie zwingen ließen.«

Dieser Widerstand, der auch nicht kippte, als deutlich wurde, daß deren Aktivisten für den Westen bestenfalls Schachfiguren für eigene Zwecke waren, hatte für Rumänien indes Konsequenzen, die an die Folgen der Liquidierung großer Teile des konservativen Widerstands gegen Hitler im Nachgang zum 20. Juli 1944 erinnern: Die »moralische Substanz der Nation«, wie Bergel sie nennt, wurde physisch weitgehend vernichtet; sie fehle dem »Land heute an allen Ecken und Enden«. Ihre Auslöschung bedeutete zugleich »die Zerschlagung von Kulturkontinuität«, was den Rumänen erst jetzt bewußt werde.

Dieser »dialektische Umschlag« des Widerstands ist ein Grund dafür, daß sowohl in Deutschland bei Kriegsende als auch in Rumänien nach der »Wende« nur mehr wenige Persönlichkeiten zur Verfügung standen, die sich kraft ihrer Autorität gegen diese Zerschlagung hätten auflehnen und zu Leitfiguren eines anderen Weges hätten werden können.

»Gelegentlich drängt sich mir ohne Dazutun auf, ob die über sieben Jahre Gefängnis, dazu die Partisanen-Jahre und der pausenlose verdeckte Widerstand gegen die Diktatur sinnvoll, d.h. der richtige Weg waren. Ich ging – wie viele andere! – diesen Weg in der Vorstellung, ihn meinem Bild von einer freien Welt, die wir im Westen realisiert sahen, schuldig zu sein. Nun, die »freie Welt« der Deutschen machte mir den Irrtum sofort bewußt.«

Hans Bergel,
Sezession 56/2013

Im Gegensatz dazu ist der Spanische Bürgerkrieg ein Beispiel ge-
glückter Bewahrung von »Kulturkontinuität« durch entschlossenen Wi-
derstand zum richtigen Zeitpunkt (dem *kairós*). Hier gelang es falangi-
stisch-faschistischen sowie konservativ-nationalistischen Kräften, die von
Deutschland unterstützt wurden, eine von Frankreich und der Sowjet-
union geförderte »Volksfront« aus Sozialisten, Kommunisten und Anar-
chisten von der Macht fernzuhalten. Die Zweite Republik, die 1931 in
Spanien nach dem Verzicht Alfons XIII. auf die Thronrechte ausgeru-
fen worden war, stieß mit ihrer linksbürgerlichen Regierung sowohl sei-
tens der monarchistischen Rechten als auch der radikalen Sozialisten un-
ter dem »spanischen Lenin« Francisco Largo Caballero auf Widerstand.
Die Regierungskoalition setzte auf eine Zurückdrängung der Kirche, die
Reduzierung der Armee und eine Verkleinerung des Großgrundbesitzes.
Die Wahlen von 1936 zeigten, daß sich der linke und der rechtskonserva-
tive Block in etwa gleich stark gegenüberstanden und die Mitte faktisch
nicht mehr existierte. Aufgrund des Wahlsystems, wohl aber auch durch
Wahlfälschungen kam es zu einem Wahlsieg der »Volksfront«, was in der
sozialistischen Presse als »proletarische Revolution« gefeiert wurde. Kon-
servative, Nationalisten und Monarchisten befürchteten, daß dem Land
durch soziale und separatistische Agitation der Zerfall drohe. Das waren
Befürchtungen, für die es triftige Gründe gab, erklärte doch der konserva-
tive Parteiführer Gil-Robles, daß seit dem Frühjahr 1936 171 Kirchen nie-
dergebrannt, 269 Morde verübt und über 1000 Personen verletzt worden
waren. Spanien drohte unregierbar zu werden, was bei Generälen wie dem
auf den Kanaren befehlenden Francisco Franco die Überzeugung wach-
sen ließ, die politischen Verhältnisse gewaltsam verändern zu müssen. Er
avancierte zu einem der geheimen Drahtzieher eines Militärputsches, für
den die Ermordung des monarchistischen Politikers José Calvo Sotelo nur
mehr den Anlaß bildete. In einem aber verschätzte sich Franco; er hatte
sicherlich keinen dreijährigen Bürgerkrieg vor Augen, als er putschte, son-
dern einen Militärputsch im Stil der *pronunciamientos* des 19. Jahrhun-
derts, die darauf hinausliefen, die Regierung abzusetzen und eine kon-
servative Militärregierung einzusetzen. Spanien hatte sich aber seitdem
grundlegend verändert; die politische Linke machte rasch klar, daß sie er-
bitterten Widerstand leisten würde. Die Stalinistin Dolores Ibárruri for-
mulierte hierfür den Leitspruch »¡No pasarán!« (Sie werden nicht durch-
kommen). Hätten nicht Deutschland und Italien eingegriffen, wäre der
Putsch zusammengebrochen. Und dennoch: Der von thymotischer Ener-
gie getriebene Franco hatte den Wurf im entscheidenden Moment gewagt,
um der »Volksfront« in die Arme zu fallen. Er hatte den Mut, sich an die
Spitze der Putschisten zu stellen und war von dem Willen durchdrungen,
den Gruppierungen, durch die er das Vaterland bedroht sah, den Weg an
die Macht zu versperren.

Die hier angeführten Beispiele Stauffenberg, Franco, Ion Gavrilă
Ogoranu oder auch das des »Waldbruders« Alfred Käärmann zeigen, wel-
che Bedeutung in einer krisenhaften politischen Situation das entschlos-
sene Hervortreten einzelner hat, die sich zu Identifikationsfiguren des
Widerstands machen. Ihr Widerstand ist, um hier an Dominique Venner
anzuknüpfen, »ohne die Vorbedingung eines identitären Gedächtnisses«
nicht möglich. Venner, der im Mai 2013 aus Protest gegen die politischen
Verhältnisse Hand an sich legte, wies in diesem Zusammenhang auch auf
die hierfür erforderliche thymotische Energie hin; auf die Notwendigkeit,
das »Worte durch Taten bekräftigt« werden müssen, wenn es erforderlich
erscheint.

Mit Blick auf die aktuelle Lage in Deutschland – das zunehmend, um
noch einmal Hans Bergel zu zitieren, durch die »Ruinierung der Grundposi-
tionen, deren eine Gemeinschaft für die Zukunft bedarf« geprägt ist – wird
man festhalten müssen, daß diese Identifikationsfiguren zwar vorhanden
sind, aber bisher nur in Einzelfällen mit Taten hervorgetreten sind. Eine au-
ßerparlamentarische Bewegung wie zum Beispiel Pegida hat auch deshalb
viel von ihren »Feldkräften« verloren, weil ihr diese möglichen Identifika-
tionsfiguren im entscheidenden Zeitpunkt nicht im ausreichenden Maße
die notwendige Orientierung gegeben und ihr persönliches Gewicht in die
Waagschale geworfen haben. Ein durchaus aussichtsreicher Hebel des Wi-
derstands gegen die Überfremdung Deutschlands droht auch deshalb zu ei-
ner Marginalie bundesrepublikanischer Geschichte herabzusinken. ■

Literaturhinweise:

Hans Bergel: »Das un-
bekannte Aufbegeh-
ren. Bewaffneter Wider-
stand gegen die kommu-
nistische Diktatur in Ru-
mänien«; Ruth Leisero-
witz: »Waldbrüder – der
bewaffnete Widerstand
im Nachkriegslitauen«
in *Horch und Guck: Be-
waffneter antikommuni-
stischer Widerstand in
Osteuropa* (45/2004);

Laima Maldunaite Christ:
*Die Erstickung des Waf-
fenwiderstandes in Li-
tauen 1944–1953*, Semi-
nararbeit, Universität Bern,
im Netz unter: elibrary.lt;

Matthias Kolb: »Kein
weißes Schiff im Wald«
in: *Berliner Zeitung*
vom 19. Juni 2010;

Ders.: »Kampf der Wald-
brüder. Eine Erinnerung
an den baltischen Wider-
stand gegen die sowjeti-
sche Besatzung«, *Deutsch-
landfunk*, 14. Mai 2010,
www.deutschlandfunk.de;

Götz Kubitschek: »Die
zweifach verlorene Hei-
mat – Ein Briefwechsel
mit Hans Bergel«, *Sezes-
sion* 56, Oktober 2013;

Martin Lichtmesz: »Von
Michel Mourre zu Domi-
nique Venner«, *Sezessi-
ons.de*, 22. Mai 2013;

Peter Sloterdijk: *Zorn
und Zeit: Politisch-psy-
chologischer Versuch*,
Frankfurt a.M. 2008.

Polarisierung und Wende – von Ungarn lernen

von Martin Sellner

Die europäischen Nationen, allen voran Deutschland und Österreich, befinden sich in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Der »Große Austausch« hat die ethnokulturelle Substanz unserer Länder ausgehöhlt, und fast wäre dieser Prozeß »reibungslös« und ohne nennenswerten Widerstand verlaufen. Durch einen historischen Zufall und einen hysterischen Taumel wurden 2015 eine Reizschwelle überschritten und das sanfte Stetigkeitsprinzip durchbrochen. Der »integrale Staat« der grenzenlosen Utopisten zerbricht an seinen inneren Widersprüchen, seiner ungesunden Verschmelzung nationaler, partikularer Rechte mit einer universalistischen, grenzenlosen »Menschheit«. Die »Refugees« sind dafür nur ein Anlaßfall. Die Gegenöffentlichkeit und oppositionelle Parteien und Bewegungen außerhalb des gesellschaftlichen Mainstreams florieren. All das ereignet sich in jenem »historischen Fenster«, in dem die gegenwärtig lebende, indigene Bevölkerung noch theoretisch die Möglichkeit zu einer Wende hat. Noch hat sie die nötige Masse zur Revolte auf der Straße und an den Wahlurnen. Noch kann es eine deutsche und europäische Zukunft geben. Also ist allerhöchste Zeit, sich die Frage nach einem »Wie« zu stellen.

Natürlich gibt es kein Rezept und keinen Punkteplan. Jedoch gibt es einige Bereiche mit verschiedenen Einflußmöglichkeiten. Analysiert man diverse Trends, ob im Bereich von Mode oder politischen Meinungen, wie das der amerikanische Sozialpsychologe Malcom Gladwell tat, so gerät man schnell an jenes mysteriöse »Umschlagen«, das auch namensgebend für sein bekanntestes Buch wurde: *The Tipping Point*. Gemeint ist jener schwer definierbare Punkt, an dem ein Stil urplötzlich »veraltet« wirkt, an dem auf einmal ein neuer *nomos* »ist« und ein alter »war«. Ein Überlaufen der bislang sattelfest im Getriebe sitzenden Intellektuellen, die das sinkende Schiff einer alten Lehre verlassen, kündigt es an – wie eine leichte Brise den Gewittersturm. Um die neue Idee formieren sich nach dem »Gesetz der Wenigen« entscheidende Personengruppen, für die Gladwell eine eigene funktionale Typologie aufstellt. Viral verbreiten sich ihre Bilder, Informationen und Ideen mit exponentiell steigender Geschwindigkeit. Als Pioniere bekennen sich erste Prominente und Intellektuelle zu den neuen Forderungen, ihren Trägerparteien und Bewegungen. Schließlich etabliert sich eine deutlich renovierte Agenda als neue Vernunft und Mitte. Ihre Programmatik wandert aus dem Randbereich des nach einem amerikanischen Politologen benannten »Overton Window« von »undenkbar« über »akzeptabel« bis hin zur populären politischen Tagesordnung.

Viele dieser Prozesse erlebten wir in den letzten Jahren bereits, gegen den Widerstand der beinharten Ideologen zwar, etwa in Fragen der Islamkritik. Die ersten, zarten Anzeichen eines metapolitischen Paradigmenwechsels sind klar sichtbar, wenn man sie sehen will, von umfangreichen Besprechungen des asylapokalyptischen Romans *Das Heerlager der Heiligen* über die Einladung der IBO in eine Talkshow bis hin zu zahlrei-

»Ob es eine heisere Stimme ist, die Glocke, das geschriebene Wort oder die Trompete, laßt sie erklingen! Laßt sie klar und unentwegt erschallen! Die Stunde der Radikalen hat geschlagen!«

Saul Alinsky, *Call me a radical*

chen, vorsichtigen Annäherungen aus verschiedensten Lagern. Hunderttausende Biographien nehmen im Moment eine politische Wendung. Jedes weitere Fanal innerhalb des Scheiterns der Multikulti-Ideologie, das uns der Willkommenswahn wie ein eigens dafür konzipiertes Lehrstück vorführt, macht die Überläufer zahlreicher und mutiger.

Es geht jetzt darum, diese Spannung scharf und klar aufrecht zu erhalten, um zwei mögliche Gefahren zu unterbinden: Wenn sich eine Bewegung gegen den Großen Austausch auf der Straße, als Partei oder als Thinktank zu radikal, unversöhnlich und sektiererisch gibt, verhindert sie das Überlaufen und hemmt das eigene Wachstum. Gibt sie sich zu versöhnlich und gibt die Forderung nach dem Stopp des Großen Austauschs auf, geht sie am Ende, womöglich unter wüsten Spaltprozessen, im Mainstream auf. In beiden Fällen würde das derzeitige Aufflackern eines Widerstands abgefedert und die Selbstabschaffung Deutschlands und Europas zum irreversiblen Vorgang werden.

Damit das nicht geschieht, muß eine patriotische Bewegung mit vollem Bewußtsein und voller Kraft an der Aufrechterhaltung und Kultivierung dieser Spannung arbeiten. Vor allem muß dazu ein klares Feindbild herausgearbeitet werden. Die vom amerikanischen Politologen Saul Alinsky formulierten »Rules for Radicals« könnten hier hilfreich sein. Die Masse der Unzufriedenen und Besorgten muß einen klaren Kreis an Verantwortlichen vor Augen haben, mit deren Rücktritt und Entlassung allein eine Veränderung möglich erscheint. Dieser Kreis darf sich nicht nur auf die obersten Regierungsverantwortlichen beschränken, sondern muß auch die Entscheidungsträger der vierten Gewalt erkannt und benannt haben. Sie müssen, wie Alinsky sagt, »eingefroren«, »personalisiert«, »isoliert« und »polarisiert« werden. Sie müssen zum Symbol des Scheiterns der multikulturellen Gesellschaft werden, ihnen muß gleichzeitig jede Legitimation und Autorität abgesprochen werden. Das eigene Lager ist im krasen Gegensatz dazu der Vertreter einer echten Zukunft und als Sammlung der Realistischen und Vorwärtsgewandten zur politischen Herrschaft berufen. Oder, wie es Viktor Orbán einmal ausdrückte: »Die Heimat kann nicht in Opposition sein.«

Für jeden weiteren Skandal, der sich im Abgesang des Multikulti-Projekts ereignet, muß dieser Kreis persönlich verantwortlich gemacht werden. Eine wachsende patriotische Bewegung auf den Straßen muß nicht nur den Rücktritt der Regierung, sondern auch die Entlassung oder juristische Verfolgung dieser Verantwortlichen fordern. Der Rest der Gesellschaft wird sich entlang dieser Forderungen in Unterstützer und Kritiker aufteilen. Tatsächlich geht es hier darum, eine möglichst massive Spannung und klare Zuspitzung der Gegensätze aufzubauen, die zu einer nie dagewesenen Politisierung der Gesellschaft führen wird. Dies entspricht zwar nicht dem Ideal einer demokratischen Meinungsbildung, stellt aber tatsächlich den notwendigen Befreiungsschlag gegen eine jahrzehntealte ideologische Hegemonie dar, die durch ihre Omnipräsenz unsichtbar geworden ist. Diese Fokussierung des Drucks auf einen weiteren Kreis soll eine bloße Auswechslung von Repräsentanten, einen nur oberflächlichen Kurswechsel der Multikultis verunmöglichen.

Dem als Gegner erkannten und benannten Kreis darf keine Alternative als der unehrenhafte Abtritt in die Versenkung gegeben werden. Mit jeder weiteren Erschütterung und Schwächung der Multikulti-Ideologie muß dieser Kreis kleiner, radikaler und verstockter werden. Sein offenes und selbstbewußtes Auftreten, das bis zum Schluß den eigenen Untergang leugnen wird, ist als entgegengesetzter Pol für das Aufrechterhalten der Spannung wichtig.

Das trotziges Beharren der Multikultis auf ihren Parolen und Illusionen ist gleichermaßen eine »List der Identität«, die zu einer Konzentration und Isolation dieser zukünftigen Randgruppe führt.

Ein konkretes Beispiel für diese Mechanismen liefert uns die »konservative Revolution« Viktor Orbáns, die in Ungarn von 2002 bis 2010 stattfand und die von ihm langfristig geplant wurde. Als Orban 2002 erstmals eine Wahl gegen die Sozialdemokraten verlor und in die Opposition ging, gründete er ein ungarntweites Netzwerk patriotischer Bürgerkreise. Die trotziges Stimmung war ganz auf eine APO gerichtet. In derselben Zeit entstand auch die radikalere JOBBIK, die das gesellschaftliche Klima entscheidend mitprägen sollte. Orbán erkannte, daß es für eine echte Wende

»Pick the target, freeze it, personalize it, and polarize it.« Cut off the support network and isolate the target from sympathy. Go after people and not institutions; people hurt faster than institutions.«

Saul Alinsky, Rule 12

in Ungarn einen langen Anlauf brauchte. Schon damals dürfte er die große Gefahr des Liberalismus für ganz Europa erkannt haben.

Viele Soziologen haben das, was in den folgenden Jahren in Ungarn geschehen ist, untersucht. Detlev Claussen nennt es fassungslos eine »ethno-nationale« Wende. Es würde zu weit führen, die umfassenden metapolitischen Entwicklungen dieser Zeit im Detail zu schildern. Sie stellen auch eine sehr spezifisch »ungarische« Spezialität dar. Grob gesagt kam es im ganzen Land, auch in Reaktion auf die zunehmende Modernisierung, Liberalisierung und Globalisierung, zu einer Remythisierung des Nationalen, die von Orbáns FIDESZ und der JOBBIK stark gefördert wurde.



»Friedensmarsch für Ungarn« am 21. Januar 2012 in Budapest – Hunderttausende demonstrierten für die neue Politik Viktor Orbáns

Dieser neu erwachte Patriotismus formierte einen entschlossenen Widerstand gegen die herrschende sozialistische Regierung, die in die Tradition der Kommunisten gestellt und damit weitgehend delegitimiert wurde. Gleichzeitig rüstete man sich für die Ausübung von Druck auf der Straße. Orbáns Vertrauter Gábor Kubatov baute über die Bürgerkreise eine digitale Mitgliederdatenbank mit 800000 FIDESZ-Stammwählern auf (als »Kubatov-Liste« bekannt) die zu einer Art »Wunderwaffe« der Kommunikation und Mobilisierung werden sollte. Regelmäßig erreichen bis heute Rundbriefe und Fragebögen die eigenen Mitglieder und binden sie optimal ein. Die sozialen Medien wurden intensiv genutzt, und über einige FIDESZ-nahe Zeitungen und Sender bildete sich eine Gegenöffentlichkeit. Witzige Aktionsideen luden zum Mitmachen ein. So brachten etwa Aktivisten der Bürgerkreise im Zuge einer Kampagne namens »Wach auf Ungarn« hunderte Wecker und Uhren vor das Parlament. Orbán gelang es, eine Plattform aufzubauen, die alle bürgerlichen und konservativen Kräfte vereinte. Für die hitzigeren und radikaleren Gemüter gab und gibt es die JOBBIK, die in ihren Vorstößen regelmäßig das politische Koordinatensystem verschiebt.

Inzwischen spitzte sich in Ungarn die ökonomische Lage auch aufgrund der Vorwehen der Wirtschaftskrise immer weiter zu. Die Gesellschaft polarisierte sich, die Leute sehnten sich nach einer Wende. Doch die nächste Wahl im Jahr 2006 verlor Orbán überraschend gegen den jungen Sozialisten Gyurcsány. Im entscheidenden TV-Duell hielt er sich zurück und wirkte lustlos. Viele politische Insider meinten im Nachhinein, daß er

den Wahlsieg bewußt nicht forciert habe. Wenn dem so wäre, war es eine geniale Strategie. Die Wirtschaftskrise traf Ungarn mit voller Wucht und machte die Legislaturperiode der Sozialisten zum programmierten Desaster. Die Stimmung im Land war längst gekippt. Das Narrativ der fortgesetzten kommunistischen Diktatur, das Gefühl einer Fremdherrschaft und einer Unterdrückung der Patrioten setzte sich durch. Dann folgte ein entscheidender Skandal. Kurz nach dem Wahlsieg, am 26. Mai, hielt Gyurcsány eine interne Rede, die als »Lügen-Rede« in die Geschichte eingehen sollte. In einem emotionalen Wortschwall gab er wörtlich zu, daß man die Menschen »Tag und Nacht nur belogen« hätte.

Die Rede wurde »geleaked« und wirkte wie Sprengstoff. Zwei Wochen vor den Kommunalwahlen wurde sie gezielt veröffentlicht. Sofort riefen FIDESZ und JOBBIK zu Protestkundgebungen auf, denen sich die Massen anschlossen. Am Kossuthplatz ereigneten sich historische Szenen, die bewußt an den Volksaufstand 1956 anschließen wollten. »Ötvenhat, Ötvenhat«, »Fünfundsechzig, Fünfundsechzig«, hallte es durch die Straßen. Ein mitreißendes Video wurde veröffentlicht, in dem Szenen von 1956 mit Bildern der Proteste zusammengeschnitten wurden.

Schauspieler und Prominente schlossen sich der Protestbewegung an. Die JOBBIK übernahm die »radikaleren« Aufgaben, etwa die Besetzung des Gebäudes des öffentlichen Rundfunks. Unter den jungen Aktivisten war auch László Toroczkai, der später als Bürgermeister von Ásotthalom als einer der ersten gegen die Refugees-Invasion aufstand.

Die Regierung reagierte hilflos: doppelte Polizeikordons schlossen sich um das Parlament, Hundertschaften an unerfahrenen Hilfskräften wurden aus dem Land in die Hauptstadt gekarrt. Es kam zu Polizeigewalt und Überreaktionen, die unschöne Erinnerungen an die Sowjets wachriefen. Alte Veteranen des Volksaufstands gegen den Kommunismus verweigerten Regierungschef Gyurcsány bei Gedenkfeierlichkeiten den Handschlag. Gleichzeitig blühte im ganzen Land eine Renaissance von Tradition und Kultur. Eine Wiederbelebung alter Bräuche wurde in Gang gesetzt, Denkmäler errichtet, patriotische Volksfeste abgehalten. Eine der Statuen, die das mythische Wappentier der Ungarn, den »Turul-Vogel« zeigt, steht symbolisch für Ungarns konservative Revolution. Von einem rebellischen Bezirksbürgermeister in Budapest errichtet, wollte die linksliberale Regierung den gußeisernen Vogel, wegen angeblicher »Pfeilkreuzler-Ästhetik« und mangelhafter Baugenehmigung, abreißen lassen. Für die 2007 von der JOBBIK gegründete, mittlerweile verbotene »Ungarische Garde« wurde die Statue zum sakralen Ort. Gardisten hielten dort regelmäßig Kundgebungen ab und schworen, die Statue »mit ihrem Leben zu verteidigen«. 2008 segnete ein Priester den eisernen Vogel, der seitdem in konservativen Kreisen als »Heiliger Turul« bekannt ist.

Orbán selbst nahm an solchen Kundgebungen nicht teil. Er verurteilte sie aber auch nicht, sondern zeigte »Verständnis« für den Zorn der Bürger. Er stand als Ruhepol für die Vision eines neuen Ungarn, das alle konservativen Kräfte hinter sich vereinen sollte.

Am anderen Ende dieser Polarisierung der Gesellschaft stand die herrschende Elite der Sozialisten sowie die liberale, internationalistische Presse, die immer mehr als »Nestbeschmutzer« wahrgenommen und verachtete wurde. Sie wurde von Orbán als das andere, alte, falsche Ungarn entlarvt. Ein regelrechter Kulturkampf, in dem das wahre Ungarn des hl. Stefan dem falschen Ungarn des Protokommunisten Béla Kun gegenübergestellt wurde, brach aus. Die Linksliberalen standen auf verlorenem Posten.

Mit jedem Jahr stieg die Spannung, mit jedem Protest die Anzahl und die Wut der Teilnehmer. Orbán verstand es mit Volksbegehren und Kundgebungen die Spannung aufrecht zu erhalten und bis ins Äußerste zu steigern. Die Regierung war längst rücktrittsreif. Bei den Wahlen im Jahr 2010 entluden sich der angestaute Zorn und die Sehnsucht nach einem fulminanten Wahlsieg für die patriotischen Parteien. Orbán hatte als Wählerauftrag eine Verfassungsmehrheit und den Wunsch zur patriotischen Erneuerung Ungarns erhalten, dem er nun Schritt für Schritt nachkam. Die alten, abgewählten sozialistischen Klüngel räumen nach und nach ihre Pfründen und Machtpositionen in Politik und Medien. Orbán vollstreckt dabei aber nur den Willen der ungarischen Mehrheit. Ein Mediengesetz, das sich mittelbar gegen ausländisch finanzierte antiungarische Berichterstattung richtet, wurde erlassen. Von einer umfassenden

»Die magyarische Staatlichkeit ist eintausend und einhundert Jahre alt. Die ungarische Linke ist einhundert Jahre alt. Am 11. April wählen wir. Stephan der Heilige oder Béla Kun, das ist hier die Frage! Ich meine: am 11. April wird Stephan der Heilige das Land von Béla Kun und seinen Nachfolgern zurückerobern.«

Wahlkampfvideo der FIDESZ

proungarischen Bodenreform über die Entmachtung der internationalen Banken, Umbesetzungen im öffentlichen Rundfunk und Verfassungsgericht, der Neubesetzung der Leitung des Staatstheaters mit einem Konservativen bis hin zu einer neuen Verfassung, in deren Präambel sich Ungarn zu Gott und Krone, zu seiner ethnokulturellen Identität bekennt, läßt Orbán die angesammelte metapolitische Kraft zu politischer Wirklichkeit werden. Und – das erwähnte Denkmal in Budapest wird als eine der ersten Amtshandlungen mit einer eigenen »Lex Turul« legalisiert. Es steht heute noch und ist im 12. Gemeindebezirk zu bewundern, und die Stephanskronen hat einen Ehrenplatz im Parlament.

In einem europäischen Land, global betrachtet nur einen Steinwurf von Deutschland entfernt, hat sich eine patriotische Wende, eine »konservative Revolution« ereignet, wie es der Intellektuelle Kristóf Nyíri 2011 in einem Fernsehinterview dezidiert aussprach.

Was können wir aus diesem groben Abriß lernen? Gewiß hat Ungarn eine völlig andere Ausgangslage und befindet sich physisch und psychisch in einer völlig anderen Verfassung als Deutschland. Eine grundlegende antikommunistische Haltung bestimmt seit dem Ende des eisernen Vorhangs die Moral der Zivilgesellschaft. Der Patriotismus und die Liebe zum Land ist, trotz und wegen Trianon, tief in die Seele der Ungarn eingebrannt.

Dennoch mußten Orbán und seine Leute sich im eigenen Land gegen die »nationbuilder« und NGOs der westlichen Bevormunder durchsetzen. Andere ehemalige Obstlockstaaten zeigen ebenfalls, daß diese grundlegende Reform keinesfalls geschenkt wurde oder »von selbst« ablief. Das Beispiel hat Schule gemacht, und mit Polen sind nun fast alle Mitglieder der »Visegrád-Gruppe«, einem losen Staatenverband ehemaliger kommunistischer Kolonien, aus dem linksliberalen Grundkonsens des Westens ausgebrochen. Orbáns Vision und Vorbildwirkung übersteigt Ungarn. Er selbst spricht in einem Interview von einem »geheimen Europa«, das sich nach einem Ausbruch aus dem linksliberalen System sehnt.

In Ungarn hat keine radikale Verschiebung der kulturellen Hegemonie stattgefunden, vielmehr wurden lose, vorher bestehende Aspekte zu einem staatstragenden und mobilisierenden Mythos vereint, der im Widerstand gegen Gyurcsány eine maximale Spannung und Polarisierung der Gesellschaft erreichte. Diese Jahre der Spannung generierten die Kraft, die zur echten Renaissance nötig war. Statt einem einfachen politischen Machtwechsel nach der Mißwirtschaft der Sozialisten und der Wirtschaftskrise, wie er im demokratischen Hin und Her unzählige Male vorkommt, hat Orbán langfristig geplant. Sein Weg war ein metapolitischer, sein Ziel war der Aufbau eines Narrativs und Mythos, der die Gesellschaft so polarisierte, daß die Leute insgesamt ins patriotische Lager überliefen. Dafür hat er sich zwei Legislaturperioden in der Opposition Zeit gelassen und bewußt den Aufbau einer Gegenöffentlichkeit für den Druck auf der Straße unterstützt. Er hat den Korpsgeist der Linksliberalen und ihr verzweifelteres Klammern an die Macht bewußt ausgenutzt und sie, nach den Regeln Alinskys, »eingefroren« und isoliert. In einer patriotischen Basisbewegung wurde ein echter »tipping point« erreicht, für den die Gewinnung von Prominenten und intellektuellen Multiplikatoren maßgebend war.

So konnte aus einem einfachen Machtwechsel eine echte Wende werden, in der die vom Ausland installierten linksliberalen Brückenköpfe in Ungarn beseitigt wurden. Grundlegend dafür waren ganz konkrete und einfache Maßnahmen, wie die Gründung von »Bürgerkreisen«, Vernetzungen und Mitgliederbetreuung im Stil moderner NGOs, Nutzung sozialer Medien, und die harmonische Zusammenarbeit von Partei, Bewegung und metapolitischen Denkern. Orbán hat Erkenntnisse und Techniken von Forschern wie Gladwell und Alinsky in seiner Oppositionspolitik umgesetzt. Das sind Maßnahmen, die auch bei uns möglich sind und in einigen jungen Projekten erstmals erprobt werden.

In der kommenden Zeit wird kein Konservativer mehr zum neutralen Beobachter und kein Neutraler zum Linken werden. Im Gegenteil: Die Intellektuellen schielen fast automatisch nach rechts. Je höher die Spannung, desto wahrscheinlicher ist es, daß erste Köpfe das Lager wechseln werden. Jetzt müssen die entscheidenden Bilder geprägt, jetzt müssen die Verantwortlichen und Schuldigen in Politik und Medien markiert werden. Der Riß ist noch nicht tief genug. ■

»Ich bin überzeugt, daß Zigmillionen EU-Bürger es satt haben, in alt-linken, ideologischen Bahnen zu denken. Sie wollen sich nicht verbieten lassen, über Werte wie Christentum, Heimat, Nationalstolz, Familie zu reden. Wir stehen für unsere Werte und unsere Nation, auch wenn es Gegenwind gibt. Und auch wenn der Gegenwind Orkanstärke erreicht.«

Orbán in der *BILD*,
19. Januar 2012

Literaturhinweise:

Malcom Gladwell:
Wie kleine Dinge Großes bewirken können, München 2002;

Petra Stammer: *Storytelling*, Köln 2014;

Jan-Werner Müller: *Wo Europa endet: Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie*, Berlin 2013;

Andreas Koob: *Mit Pfeil, Kreuz und Krone: Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn*, Münster 2013;

Roland Adrowitzer/Ernst Gelegs: *Schöne Grüße aus dem Orbán-Land: die rechte Revolution in Ungarn*, Graz 2013;

Saul Alinsky: *Rules for Radicals: A Pragmatic Primer for Realistic Radicals*, New York 1971.

Revoltiert!

Renaud Camus bei Antaios



Renaud Camus

Revolte gegen den Großen Austausch

224 S., 19 €

Renaud Camus hat die Überfremdung Europas als »Der Große Austausch« bezeichnet. Dieser Begriff setzt sich durch, weil er den Gesamtvorgang in seiner fatalen Breite und Tiefe erfaßt. Martin Lichtmesz hat nun die wichtigsten Texte dieses Vordenkers zusammengetragen und übersetzt.

Mit einem Vorwort von Martin Lichtmesz
und einem Nachwort von Martin Sellner.

VERLAG ANTAIOS

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 9 09 41 · Fax: (034632) 9 09 42 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.antaios.de

Befreiungsnationalismus oder: Mao in Deutschland

von Arne Freiwald

Mag hier und da aktuell der Eindruck entstehen, daß die Dinge nach den Ereignissen in Köln, Hamburg und anderswo nun in Bewegung gerieten, sogar ein Umdenken stattfinde, ja gar die Möglichkeit für einen erfolgversprechenden Widerstand gegen die aktuelle Regierungspolitik gegeben sei, so belehrt der Blick in die Geschichte eines Besseren, auch wenn historische Vergleiche oft und gerne hinken: Die heutigen Argumentationslinien und Aktionen des rechtskonservativen Milieus können schlichtweg nur als langweilig und harmlos bezeichnet werden, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchem Totalitätsanspruch, Rigorismus und Eifer der Maoismus von der Neuen Linken der Jahre 1968ff. rezipiert, transportiert und propagiert worden ist – und das gerade auch im Hinblick auf die Behandlung der nationalen Frage.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte sich der Maoismus zu einer weltweit beachteten Größe entwickelt und übte insbesondere als neuartige Ideologie sowie durch die realpolitischen Erfolge Maos im Guerilla- und Partisanenkampf eine große Faszination aus, der sich auch Denker wie Carl Schmitt nicht entziehen konnten. Besondere Wirkung erzielte der Maoismus aber in weiten Teilen der Neuen Linken, die im neuen, chinesischen Weg eine dynamische Alternative zum starren Sowjetsystem sahen und diese Ideen in die Außerparlamentarische Opposition (APO) der Bundesrepublik trugen. Nach dem Zerfall der Protestbewegung verteilten sich die Aktivisten, sofern sie nicht in depressive Apathie verfielen oder dem radikalisierten Weg des bewaffneten Kampfes folgten, größtenteils auf die karrieresichernde Sozialdemokratie und sozialistische Alternativgruppierungen oder schlossen sich den aus dem Boden sprießenden maoistischen Organisationen, den sogenannten K-Gruppen, an, die sich als die legitime (und natürlich einzig wahre) Nachfolgerin der historischen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sahen und sich ideologisch durch eine jeweils eigene Mischung aus Maoismus und knallhartem Stalinismus sowie eine enge Anlehnung an die Regime in Kambodscha oder Albanien auszeichneten.

Bei einigen Gruppierungen wurde jedoch über den Einfluß des Maoismus auch erkennbar die Bedeutung der nationalen Selbstbestimmung rezipiert, insbesondere bei der stark studentisch geprägten »Aufbauorganisation für die Kommunistische Partei Deutschlands« (KPD/AO, später nur noch KPD) unter Christian Semler, Peter Neitzke und Jürgen Horlemann, bei der bereits seit Dezember 1968 existierenden »KPD/Marxisten-Leninisten« (KPD/ML) sowie bei den nur etwa 200 Personen umfassenden »Marxisten-Leninisten Deutschlands« (MLD). Die Hervorhebung des nationalen Elementes hatte dabei einen elementaren Ursprung im historischen Kampf Chinas gegen feudale und koloniale Strukturen, und Mao war infolgedessen der generellen Ansicht, daß jede Nation zuerst ihre nationale Frage beantworten müsse, etwa durch die Befreiung

von imperialistischen und kolonialen Besatzungsmächten, bevor sich der Aufbau des Sozialismus erfolgreich fortführen und beenden lasse. Entsprechend nahm die nationale Frage auch in der ideologischen Programmatik der genannten maoistischen Gruppen der Bundesrepublik in den 1970er Jahren einen zentralen Stellenwert ein und wurde ein wesentlicher Bestandteil der nicht selten in einem aggressiven Duktus vorgetragenen Propaganda. Auffällig war vor allem, daß für die national orientierten Maoisten die soziale und die nationale Frage nicht voneinander separiert betrachtet wurden. Darüber hinaus wurden unter dem Komplex der deutschen Frage eben nicht nur die Regelung der innerdeutschen Beziehungen, sondern explizit das Ziel der Wiedervereinigung verstanden. Damit war für sie gleichzeitig auch untrennbar die Frage nach nationaler Souveränität, der Besatzungszustand sowie der Zusammenhang zwischen der globalen Rolle der Supermächte und der deutschen Situation verbunden.

In erster Linie gingen die Gruppen von einem grundlegenden Antagonismus zwischen den imperialistischen Mächten und den von ihnen unterdrückten Völkern und Nationen aus. Dabei stimmten KPD, KPD/ML und MLD in ihrer prinzipiellen Beurteilung einer globalen Bedrohung durch beide Supermächte und der damit einhergehenden Betonung des antiimperialistischen Kampfes überein, wichen in ihrer Beurteilung des Hauptfeindes jedoch leicht voneinander ab: So avancierte für die KPD nach einer anfangs einseitigen Stoßrichtung gegen den US-Imperialismus seit 1974/75 zunehmend der sozialimperialistische Charakter der, aus maoistischer Sicht, revisionistisch entarteten UdSSR zur größten Bedrohung der Völker und Nationen, während für die MLD die UdSSR hingegen immer schon der klare Hauptfeind gewesen war. Demgegenüber nahm die KPD/ML eine abweichende Haltung ein, da sie zwar der UdSSR eine offensivere Rolle als den USA zuschrieb, aber unter den beiden Supermächten nicht eine Macht zum alleinigen Hauptfeind erheben wollte. So fiel die KPD/ML etwa auch weiterhin durch einen expliziten, gleichermaßen politischen wie auch kulturellen Antiamerikanismus auf und lehnte darüber hinaus im Vergleich zu den anderen beiden Gruppen etwa auch die Adaption der »Drei-Welten-Theorie« ab: Gemäß dieser, nach Maos Tode im Jahr 1976 dann auch offiziell zur Staatsdoktrin Chinas erkorenen Theorie sollte sich die Zweite Welt (Europa und Japan) mit der Dritten Welt (Asien, Lateinamerika und Afrika) unter der Führung Chinas gegen die beiden miteinander konkurrierenden Hegemonialmächte der Ersten Welt, die USA und die UdSSR, verbünden, wobei China aber im Zuge des immer weiter eskalierenden Streites klar die Sowjetunion als Hauptfeind sah und daher auch zu Bündnissen und Absprachen mit dem Westen bereit war. Dies führte in der Folge zum Bruch Chinas mit Albanien und einer entsprechenden Neuausrichtung der bis dahin auf einem strikt maoistischen Kurs liegenden KPD/ML: Die Partei sah darin einen offenen Verrat der chinesischen Führung und vollzog einen einschneidenden Kurswechsel, infolgedessen sie im August 1978 von China abrückte, sich von Mao als ideologischer Leitfigur lossagte und sich stattdessen noch stärker Albanien sowie dem Stalinismus zuwendete.

MLD und KPD unterstützten ihrerseits den neuen Kurs Chinas und hatten diesen auch sogleich in ihre Programmatik übernommen – infolgedessen war fast jedes Bündnis recht, wenn es nur gegen die UdSSR gerichtet war. Bei beiden Gruppierungen steigerte sich die Feindschaft zur Sowjetunion so weit, daß sich die KPD als Folge eines programmatischen Schwenks in ihrem Programm von 1977 unter dem eindeutig mit patriotischen Intentionen verbundenen Schlagwort der »Vaterlandsverteidigung« für nationale Befreiungskriege gegen jedwede Fremdherrschaft, besonders aber die der UdSSR auf deutschem Boden, aussprach. Die MLD gingen in diesem Zusammenhang noch einen Schritt weiter und forderten im Rahmen ihrer einseitigen Stoßrichtung gegen die UdSSR in einer für die extreme Linke der 1970er Jahre untypischen Weise die Stärkung der Bundeswehr, eine Aufrüstung mit der Neutronenbombe sowie den Zusammenschluß in einer internationalen Einheitsfront unter Einbeziehung der USA. Dazu korrespondierend propagierte die maoistische Organisation auch innenpolitisch eine lagerübergreifende Einheitsfront bis hin zur CSU und verteidigte ausdrücklich die ihrer Ansicht nach durch die Sowjetunion bedrohte bürgerliche Demokratie der Bundesrepublik, womit die

»Keine fremde Macht hat das Recht, Truppen auf deutschem Boden zu stationieren, dem deutschen Volk ein gesellschaftliches System aufzuzwingen oder ihm einen fremden Willen zu diktieren und es auszubeuten. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird heute am meisten vom sowjetischen Sozialimperialismus mit Füßen getreten. Die Verteidigung und Erringung der Souveränität beider deutschen Staaten ist ein erster Schritt zur nationalen Unabhängigkeit.«

aus: MLD (Hrsg.): »Die Freiheit des deutschen Volkes«, in: *Die Neue Welt, Extrablatt Nr. 3* vom 5. Juni 1976, S. 2

»Im Besonderen ist eine Einigung zwischen den Kräften der ›Rechten‹ und denen der ›Linken‹, die in Opposition zueinander stehen, nötig. Der Feind ist so stark, daß man auf keine politische Kraft verzichten kann. Die Bedrohung ist größer als die ideologischen Widersprüche zwischen Konservativen, Sozialdemokraten und den wahren Kommunisten.«

aus: Heiner Hügel: »Thesen«, in: *Die Neue Welt*, Nr. 8 vom 14. Juni 1978, S. 4. Hügel war Vorsitzender der MLD

»In der gegenwärtigen internationalen Lage, die von der stürmischen Entfaltung der Kämpfe der Länder um Unabhängigkeit, der Nationen für Befreiung und der Völker für Revolution gekennzeichnet ist, ist es Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes, sich aktiv einzureihen in die Front der gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte kämpfenden Völker der Welt.«

aus: KPD/ML (Hrsg.): »Deutschland dem deutschen Volk!«, in: *Roter Morgen*, Nr. 5 vom 2. Feb. 1974, S. 6

»Niemand kann das deutsche Volk daran hindern, in freier Selbstbestimmung den Weg zur Wiederherstellung seiner nationalen Einheit zu beschreiten. Deutschland gehört dem deutschen Volk und sonst niemanden auf der Welt. Weder den amerikanischen Imperialisten und den von ihnen hochgepäpelten westdeutschen Militaristen, noch der sozialimperialistischen Führungsclique der Sowjetunion und ihren Lakaien, der ostdeutschen revisionistischen Führungsgruppe. Die Zeit wird kommen, da das deutsche Volk sich erheben und Herr seines Landes werden wird. Die deutsche Frage kann nur vom deutschen Volk gelöst werden.«

aus: ZK der KPD/ML (Hrsg.): »Deutschland dem deutschen Volk!«, in: *Der Weg der Partei*, 1/1974, S. 42/43

MLD im gesamten maoistischen, wie aber auch generell linken Spektrum der Bundesrepublik alleine standen.

Angeichts dieser globalen Konstellation stellte sich für die KPD, KPD/ML und MLD die nationale Frage zum einen maßgeblich aufgrund der mitten durch das Land verlaufenden Einflußsphärengrenze der beiden Supermächte, da angesichts der um die Beherrschung Europas ringenden Supermächte und der damit einhergehenden steigenden Kriegsgefahr automatisch das geteilte Deutschland als potentieller Hauptkriegsschauplatz ins Zentrum rückte. Zum anderen wurden die Kämpfe nationaler Befreiungsbewegungen rund um den Globus, welche die nationale Einheit ihres von einer imperialistischen Macht bedrohten oder bereits geteilten Landes auf sozialistischer Grundlage herstellen wollten, als reale Vorbilder für den revolutionären Kampf angeführt.

Diese Solidarisierung mit den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und die Benennung ihrer Erhebungen als beispielhaft für den eigenen revolutionären Kampf war bereits in der APO ein weit verbreitetes Phänomen, und für die maoistischen Organisationen war die gegenwärtige Situation in Deutschland ein genaues Abbild dieser Weltlage: Gemäß der Parole des späteren Premierministers Zhou Enlai, wonach Staaten die Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung und Völker die Revolution wollen, wurde das seit dem Zweiten Weltkrieg geteilte und besetzte Land analog zu den Verhältnissen in der Dritten Welt als unterdrückte Nation gesehen und in den antiimperialistischen Befreiungskampf eingeordnet, der sich hier gegen die gleichzeitig als Besatzungsmächte auftretenden und global agierenden imperialistischen Supermächte richtete. In all diesen Punkten führten KPD/ML, KPD und MLD also letztlich »eine Art Zweifrontenkrieg« (Wolfgang Kraushaar), bei dem der Kampf gegen die imperialistischen Supermächte von der Weltbühne auf die Situation des von den Supermächten geteilten und besetzten Deutschlands übertragen wurde und sich dort dann parallel als nationaler Befreiungskrieg mit entsprechenden Rückschlüssen für die deutsche Frage stellte.

Das gesplante Deutschland wurde also *expressis verbis* als von den Supermächten kolonisiertes Land bezeichnet, wobei aber in der damit verbundenen Hauptfeindfrage aufgrund der Abhängigkeitsverhältnisse der beiden deutschen Staaten der Unterschied klar war: So wurde die Bundesrepublik insbesondere von KPD und KPD/ML als monopolkapitalistischer Staat mit eigenen imperialistischen Interessen angesehen, der von den USA zwar abhängig war, aber mehr noch ein Komplizenhaftes Verhältnis zu diesen pflegte und sich weiterhin mittels seiner imperialistischen Wiedervereinigungspolitik der DDR bemächtigen wollte. Demgegenüber war die DDR für alle drei Gruppen einvernehmlich von der sowjetischen Besatzungsmacht durch die weitere Einschränkung der staatlichen Souveränität und die koloniale Abhängigkeit zum Vasallenstaat degradiert worden. In den Augen der Maoisten hatte auch die SED, die für ihre Wiedervereinigungspolitik und den Aufbau des Sozialismus unmittelbar nach Kriegsende noch positiv beurteilt wurde, im Zuge ihrer revisionistischen Transformation das Ziel der nationalen Einheit auf revolutionärer Grundlage der Anfangsjahre aufgegeben, sodaß letztlich zwischen dem kapitalistischen Westen und der DDR keine wesentlichen Unterschiede mehr festzustellen seien. Neben der zentralen Rolle der Supermächte in der globalen Konstellation des Kalten Krieges sowie ihrer konkreten Präsenz als Besatzungsmächte war gerade auch dieser nationale Verrat beider deutschen Regierungen ein weiterer maßgeblicher Grund für die bundesdeutschen Maoisten, die nationale Frage in ihre Programmatik und Propaganda aufzunehmen.

Unter der von allen drei Gruppierungen verwendeten Parole »Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland!« traten diese für eine Wiedervereinigung im Kampf sowohl gegen die Besatzungsmächte als auch die »Klassenfeinde« in Bundesrepublik und DDR ein, wobei dies nur die Aufgabe des Volkes, d.h. der Arbeiterklasse unter der Führung der eigenen Organisation, sein konnte. Gemäß ihrer Parole bestand für die Gruppen die Lösung der nationalen Frage aus einem Komplex von drei zusammenhängenden Faktoren: dem nationalen Befreiungskampf gegen die Besatzungsmächte, der proletarischen Revolution gegen die Bourgeoisie in beiden deutschen Staaten mit der Errichtung des Sozialismus als Ziel und der Wiedervereinigung der beiden Teilstaa-

ten zu einer deutschen Nation. Dabei waren im Detail wiederum Unterschiede in der Programmatik erkennbar: So hatte die KPD vor allem in ihrer Anfangsphase die deutsche Frage noch nicht explizit und auch nicht in all ihren Facetten aufgeworfen, sondern beschäftigte sich wahrnehmbar erst im Jahre 1972 mit diesem Thema und entwickelte daraus gewissermaßen prozeßartig ihre spätere Position. Ab 1976 und maßgeblich in ihrem letzten Programm 1977 erklärte die Partei, daß die Anwesenheit der Supermächte in den beiden deutschen Staaten als Haupthindernis auf dem Weg zur proletarischen Revolution anzusehen sei, weshalb ihre Vertreibung nun zur unerläßlichen Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus geworden war. Seitdem betonte die Partei zugleich die Vorrangigkeit einer Lösung der nationalen Frage, um erst anschließend auch die soziale Frage mit einer sozialistischen Revolution in ganz Deutschland beantworten zu können. Zwar appellierten in diesem Zusammenhang alle Gruppierungen an ein positives Nationalbewußtsein als Motor für eine revolutionäre Lösung der nationalen sowie sozialen Frage, doch hierbei fielen insbesondere die KPD/ML und die MLD durch eine kräftige nationale Akzentuierung und ein hohes Maß an nationalem Pathos auf. Dies äußerte sich etwa darin, daß die MLD als einzige maoistische Gruppierung der Bundesrepublik seit September 1978 in der Titelzeile ihres Zentralorgans sowohl die rote Fahne als auch die schwarz-rot-goldene führten und zudem ihr ausnehmendes Festhalten am »17. Juni« als nationalem Gedenktag betonten. Auch die KPD/ML führte beispielsweise im Rahmen einer Grundsatzerklärung zur nationalen Frage einen Katalog aus historischen, kulturellen, traditionellen und geographischen Eigenschaften Deutschlands an, auf die sich das gesamte deutsche Volk mit Stolz beziehen könne: In einem »Wahlextrablatt« von 1974 heißt es: »Die Regierungen beider deutscher Staaten haben die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten und treten sein Selbstbestimmungsrecht mit Füßen. Während die Bundesregierung der Besetzung Westdeutschlands bis in das Jahr 2005 zustimmte, unsere Heimat den Einflüssen des kapitalistischen sogenannten ›american way of life‹ (...) öffnete und allein seit 1961 38 Milliarden Mark für die Stationierung der US-Truppen aus der westdeutschen Bevölkerung herauspreßte, hat die Regierung der DDR, die Honecker-Stoph-Clique, diesen Teil unserer Heimat in eine Kolonie des sowjetischen Sozialimperialismus verwandelt, in der der sowjetische Militärstiefel regiert, leugnet sie die Existenz einer deutschen Nation und ist bemüht, das Wort ›deutsch‹ aus ihrem Sprachschatz zu streichen. Sie, die zwei Supermächte und ihre westdeutschen Bündnispartner und ostdeutschen Lakaien möchten die Deutschen vergessen machen, daß sie eine große Vergangenheit als selbständige und begabte Nation besitzen.«

Trotz dieser beeindruckenden Beispiele eines offensiven Linksnationalismus muß aber betont werden, daß die hier präsentierten maoistischen Gruppen mit ihrer Behandlung der nationalen Frage, bei der sie auch untereinander durchaus Unterschiede aufwiesen, innerhalb des maoistischen Lagers in der Bundesrepublik im programmatischen Gegensatz zu personell und organisatorisch stärkeren Gruppierungen standen. Beispielsweise zeigten sich mit dem »Kommunistischen Bund Westdeutschland« (KBW) sowie dem »Kommunistischen Bund Nord« (KB) andere Gruppen national enthalten bis betont antinational: Der KB Nord hielt etwa ungebrochen an den Thesen der APO von einer konkreten Faschismusgefahr in der Bundesrepublik fest und lehnte die deutsche Einheit daher entschieden ab. Aber gerade aus diesen letztgenannten Gruppierungen sollte sich dann zum einen in einem nicht unbedeutenden Ausmaße das politische und einflußreiche Führungspersonal der SPD und der Grünen sowie insbesondere auch späterer Bundesregierungen rekrutieren, wie etwa Jürgen Trittin, Ulla Schmidt, Joscha Schmierer, Reinhard Bütikofer und viele andere; zum anderen war hier im Wesentlichen die Wurzel für die im Zuge der Wiedervereinigung auftretende Bewegung der »Antideutschen« auszumachen: Beide Stränge sollten ihren Teil dazu beitragen, daß sich bis heute auf der politischen Linken das negative Bild der Nation, der nationale Selbsthaß sowie das Ziel einer Abschaffung des Nationalstaates weiter verfestigte und der in knapper Form hier vorgestellte nationale Widerstand gegen die Supermächte im Einklang mit einem Patriotismus von links nur eine Phase in ihrer Historie geblieben ist. ■

»Das Deutschland, für das die KPD eintritt, wird unabhängig sein, denn die Truppen der Supermächte, insbesondere die russischen Besatzertruppen in der DDR, haben hier nichts zu suchen; es wird vereint sein, denn es gibt nur eine deutsche Arbeiterklasse, ein deutsches Volk und eine deutsche Nation.«

aus: *Rote Fahne der KPD*, Nr. 36 vom 8. September 1976

Literaturhinweise

Sebastian Gehrig/ Barbara Mittler/Felix Wemheuer (Hrsg.): *Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum*, Frankfurt a.M. 2008;

Heiner Karuscheit: *Zur Geschichte der westdeutschen ML-Bewegung*, Gelsenkirchen 1978;

Joachim Schickel: »Gespräch über den Partisanen. Carl Schmitt und Joachim Schickel«, in: Ders. (Hrsg.): *Guerilleros, Partisanen. Theorie und Praxis*, München 1970, S. 9–29;

Matthias Stangel: »Positionen der »68er« zur nationalen Frage in Deutschland«, in: Gerrit Dworok/Christoph Weißmann (Hrsg.): *1968 und die »68er«. Ereignisse, Wirkungen und Kontroversen in der Bundesrepublik*, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 125–152;

Matthias Stangel: *Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO)*, Baden-Baden 2013.

A. Paul Weber, Ernst Niekisch und der »Widerstand«

von Arne Freiwald

»Sie sind ja ein wahrer Waldschrat!« So soll, laut Ernst Niekisch, Friedrich Hielscher einmal in einer gemeinsamen Runde mit Ernst und Friedrich Georg Jünger sowie Franz Schauwecker den Künstler Heinrich Andreas Paul Weber (1893–1980) bezeichnet haben – aufgrund dessen eigentümlicher Physiognomie. Weber war in diesen Kreis geraten, da er zum einen die bestimmende Prägung für sein Leben und Werk durch seine Zeit in der Wandervogel-Bewegung erhalten hatte: Sie trug entscheidend zu seiner nationalen und naturverbundenen Gesinnung bei und verschaffte ihm den Kontakt zu Personen und Publikationen der Konservativen Revolution. Zum anderen hatte er aber auch schon damals durch seine Arbeit, vor allem durch seine bis heute unverwechselbaren Bleistift- und Federzeichnungen, auf sich aufmerksam gemacht.

Weber, geboren im thüringischen Arnstadt, hatte die Kunstgewerbeschule in Erfurt schon nach kurzer Zeit verlassen und hielt sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs als Freiberufler mit Reklamezeichnungen, aber auch mit Titelillustrationen für die Monatsschrift des Alt-Wandervogels über Wasser. Im August 1914 meldete sich Weber freiwillig und trat zunächst in das III. Eisenbahn-Regiment in Hanau ein. Hervorzuheben ist hier aber seine Arbeit für die Zeitung der 10. Armee ab Juli 1916, da er dort seine Zeichnungen zum ersten Mal mit der charakteristischen Signatur »A. Paul Weber« versah.

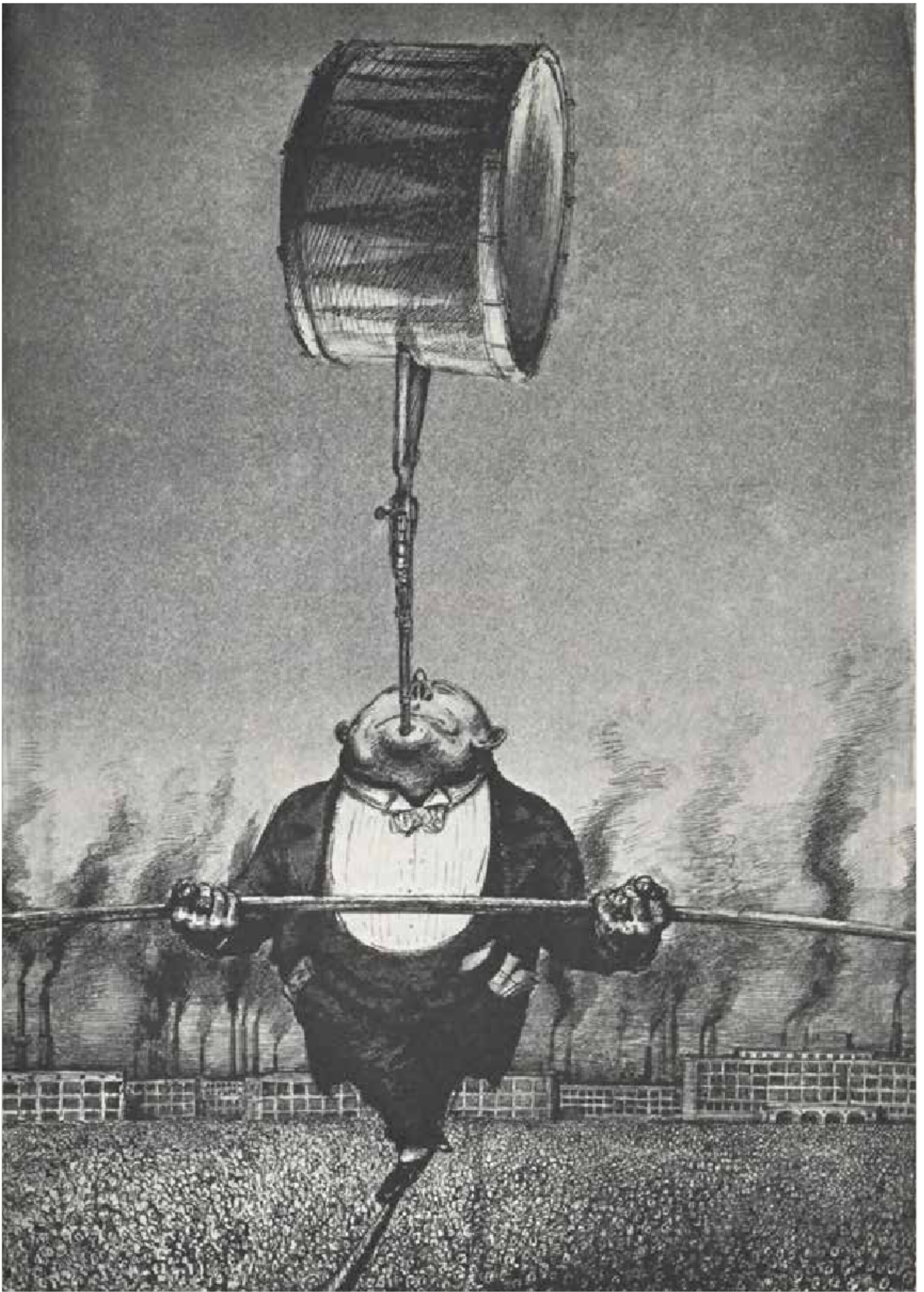
Nach dem Krieg arbeitete Weber für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV), zu dem auch die Hanseatische Verlagsanstalt gehörte. Der Künstler stand der Ideenwelt des gewerkschaftsähnlichen Kaufmannsverbandes nahe, der den Vereinnahmungsversuchen der NSDAP bis 1933 widerstehen sollte und zu seinen Verbandszielen die Volkstumsarbeit, die sozialpolitische Kampfbereitschaft sowie die Wehrhaftigkeit zählte. Ebenso konnte Weber an seine Kontakte aus der Wandervogel-Zeit anknüpfen, und in seinen Illustrationen für die Bücher von Hjalmar Kutzleb wurde zu Beginn der 1920er Jahre der Abstand zum Spießbürger, die Betonung des Deutschtums sowie ein mitunter ins Heroische gesteigertes Pathos in Webers Arbeiten deutlich, gleichwohl aber auch der stets eigene Ton. Durch seine Arbeit beim DHV erga-

ben sich die erwähnten Kontakte zu den Kreisen der Konservativen Revolution und fortan zeichnete er für die Zeitschriften dieser Strömung, so etwa für die im Jahre 1927 gegründete und von Ernst Jünger herausgegebene Publikation *Der Vormarsch*. Hier sollte sich Webers politisches Denken zusätzlich erweitern: Waren bis dahin vor allem die Ideale des Wandervogels bestimmend gewesen, so entwickelte er nun gleichermaßen Verachtung für den Bourgeois wie für das Weimarer System.

In diesem Zusammenhang spielte aber auch ein familiärer Aspekt eine entscheidende Rolle: Durch den Gedankenaustausch mit seinem Schwager Theodor Neubauer, der von 1924 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der KPD war, über das Wesen des Klassenkampfes und die junge Sowjetunion erschloß sich in politischer Hinsicht eine neue Welt für A. Paul Weber. Diese verschiedenen Stränge sollten sich in ihrer Gesamtheit als wichtige Vorstufe für die folgende Zusammenarbeit mit dem nationalbolschewistischen »Widerstandskreis« um Ernst Niekisch (1889–1967) erweisen.

Niekisch hatte sich im »Wendejahr 1926« (Armin Mohler) von seinen Überzeugungen aus sozialdemokratischer Zeit abgegrenzt und wurde der bedeutendste Vertreter des Nationalbolschewismus: Diese »antiwestliche, antiliberale und antiromanische Ideologie eines deutschen Weges« (Karlheinz Weißmann), stellte eine neuartige und mitunter widersprüchlich erscheinende Synthese aus radikalem, preußischem Nationalismus, diffusem Antikapitalismus und einer starken Betonung des sozialrevolutionären Elements dar – bei gleichzeitigem Kampf gegen den Liberalismus und die Versailler Nachkriegsordnung. Ein Alleinstellungsmerkmal war jedoch die explizite Anlehnung an das bolschewistische Rußland, die von rein außenpolitischen Konzeptionen bis zur politisch-ideologischen Wertschätzung der gesellschaftlichen Neuordnung in der Sowjetunion reichte. Gerade diese Fixierung sowie konzeptionelle Brüche und eine zunehmende Kompromißunfähigkeit Niekischs standen Bündnissen und einer Einflußnahme auf die praktische Politik im Wege.

Ernst Niekisch konzentrierte sich ab dem Jahre 1928 nur noch auf seine publizistische Tä-



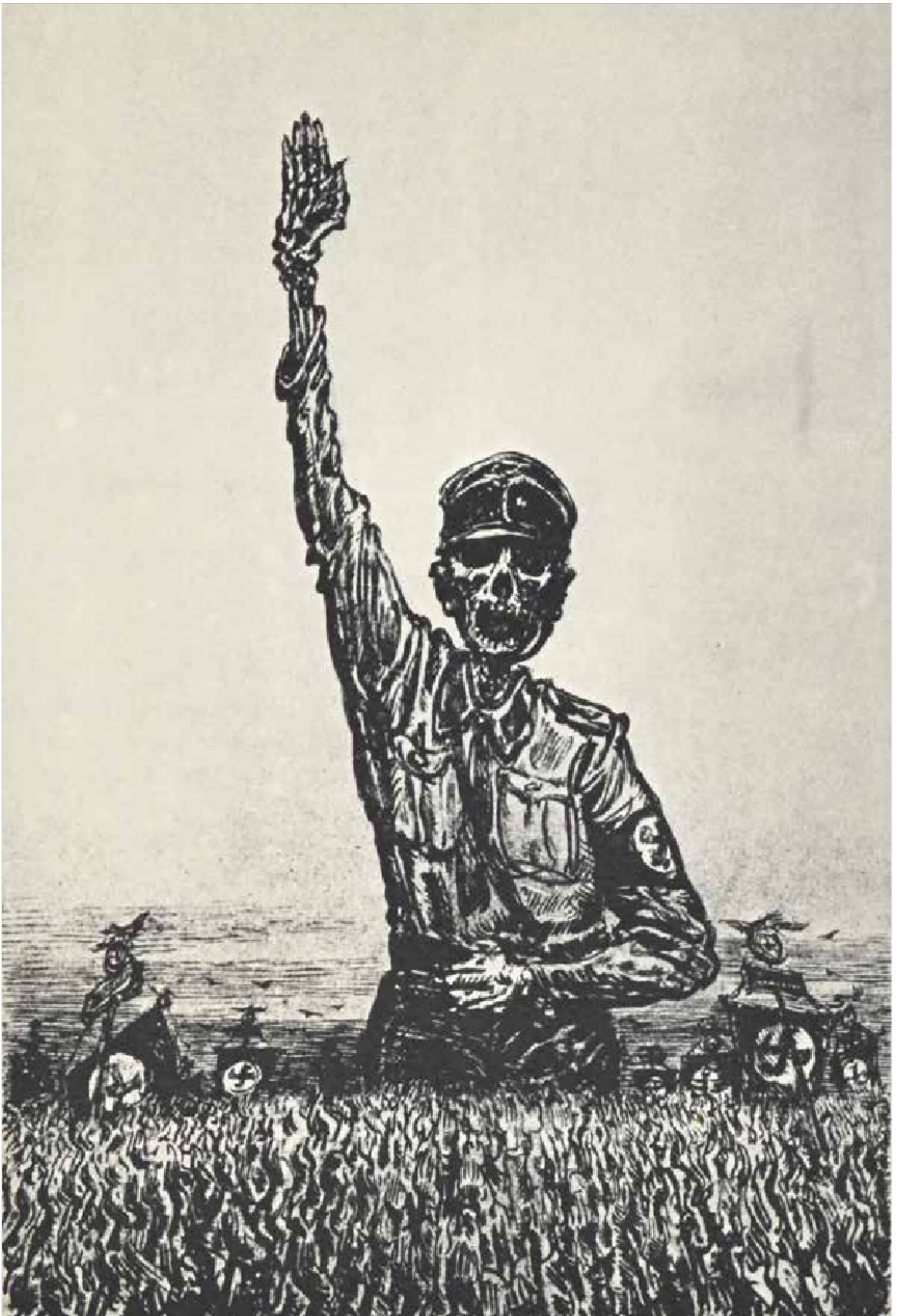
▲ *Der Balanceakt* (um 1930)



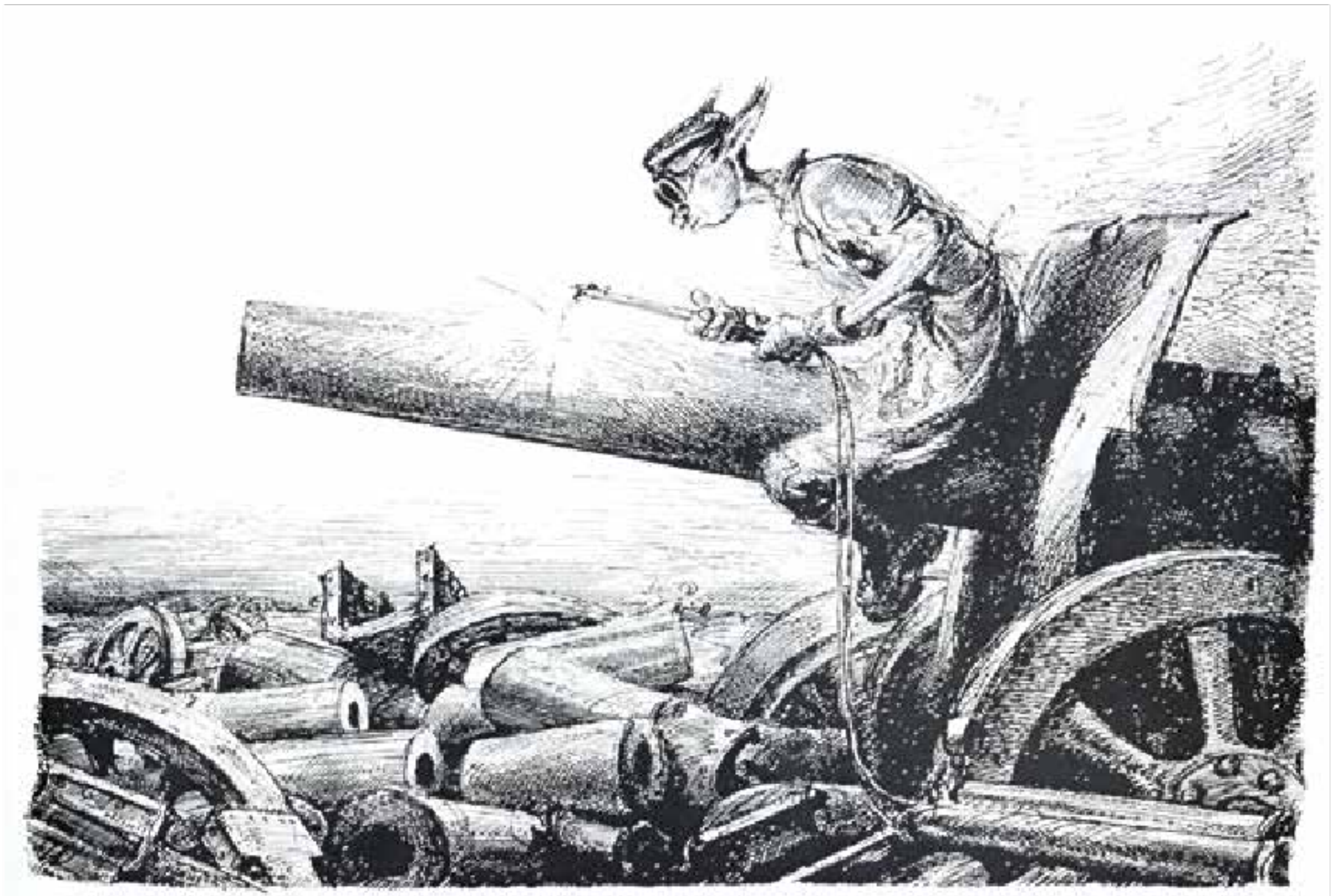
▲ *Der falsche Prophet* (1932)



▲ *Der Wächter* (1932)



▲ Titelzeichnung für »Hitler – ein deutsches Verhängnis« (1932)



▲ *Deutsche Selbstentmannung* (1930)



▲ *Widerstand Titel mit Signet* (1933)



▲ *Köpfe* (1934)



tigkeit und die bereits seit Juli 1926 herausgegebene Zeitschrift *Widerstand*. Diese Monatschrift erschien seit der Jahreswende 1927/28 im dann gegründeten Widerstands-Verlag, in dem zusätzlich noch die Wochenzeitung *Entscheidung*, vor allem aber auch Bücher, insbesondere die Werke von Niekisch selbst, erschienen. Über seinen Verlag sollte Niekisch zurückblickend folgendes Urteil fällen: »Man wird kaum leugnen können, daß der Widerstands-Verlag während der Hitlerzeit eine wichtige Funktion erfüllte. Inmitten des Zwanges und der Greuel einer terroristischen Diktatur war der Verlag, bis zu seiner Zerstörung im Jahre 1937, eine Plattform, auf welcher der Geist noch unerschrocken die Sache der Freiheit des Denkens und der Kritik verfocht.«

Da Niekisch für seine Publikationen einen Graphiker benötigte, wandte er sich an A. Paul Weber, dessen Illustrationen er bereits aus dem *Vormarsch* kannte. Weber galt innerhalb des »Widerstandskreises« als unpolitisch und blieb gewissermaßen ein Außenseiter: So war er zwar seit Januar 1930 bis zum Verbot im Dezember 1934 Mitherausgeber des *Widerstand*, wurde im Impressum der Zeitschrift aber ausdrücklich mit seiner Berufsbezeichnung »Kunstma-ler« aufgeführt – dies deutete auf ein Arbeitsverhältnis und eine gewisse Distanz zum Verlag und der komplexen Gedankenwelt des Intellektuellenkreises hin. Gleichwohl wurde die Arbeit des Künstlers hoch geschätzt, wie etwa sein Entwurf für das bekannte Signet des Verlages: das Oval mit den drei nach rechts weisenden Spitzen, welche sich zum einen an die Kennzeichnung von Front- und Angriffslinien anlehnten. Zum anderen bildete die Gestaltung, im rechten Winkel gedreht, das »W« für den »Widerstand«.

Seine Arbeiten für die gesamte Palette der Verlagserzeugnisse, insbesondere die Illustrationen für die Zeitschrift *Widerstand*, steigerten A. Paul Webers Bekanntheitsgrad und sollten ihn endgültig in den Rang eines satirisch-kritischen Zeichners befördern. So gab Niekisch auch nur jeweils das Motiv vor und Weber übersetzte dies ins Bildhafte, ging allerdings oftmals darüber hinaus, fand seine eigene Sprache und schaffte es, daß die Bilder auch ohne die kor-

A. Paul Weber, 1979 (Foto: Wolfram Venohr)

respondierende Textlektüre wirkten oder sogar eine stärkere Aussagekraft entfalteten. Niekisch erkannte dies und stellte fest: »Weil der Künstler durch seine Werke das Wesen der Wirklichkeit einfach ausspricht, entschleiert er und übt dadurch eine gesellschaftliche Funktion aus. (...) Indem der Künstler seine enthüllende Aussage macht, wirft er Funken der Revolution in die Herzen. Am Kunstwerk solcher Art entzünden sich die Kräfte des Widerstandes gegen die bedrückende Wirklichkeit.« Als Folge ihres Wirkens sollten A. Paul Weber und Ernst Niekisch im Jahre 1937 verhaftet werden.

Im Grunde ist eine Beschreibung von Webers Bildern nicht notwendig: Ihre Aussagekraft ist mehr als klar, und Weber selbst lehnte die Kommentierung seiner Kunst stets ab – die Bildunterschriften mußten reichen. Doch sollen einige seiner eindrucksvollen Bilder aus dieser Zeit exemplarisch genannt werden: Die Zeichnung »Deutsche Selbstentmannung« (1930) spielt auf den Verlust der Wehrhaftigkeit Deutschlands, mit dem Kanonenrohr als Phallussymbol, und insbesondere die militärische Impotenz gegenüber dem Westen durch die Erfüllung des Young-Planes an. Mit der Darstellung des auf einem über die tatenlos zuschauende Menge gespannten Seil tanzenden Bourgeois, der auf seinem Kopf Gewehr und Trommel (Symbole für Militär und Partei) balanciert, stellte Weber in seiner Illustration »Der Balanceakt« (um 1930) die Drahtzieher und Nutznießer der gegenwärtigen Lage, die bürgerlichen Kriegstreiber und Großkapitalisten (verbildlicht durch die rauchenden Fabriken im Hintergrund) bloß. Am eindrucksvollsten und bekanntesten sind aber wohl A. Paul Webers Illustrationen für Ernst Niekischs Schrift *Hitler – ein deutsches Verhängnis* (1932), in der Niekisch seinen »schärfsten Antipoden« (Sebastian Haffner) heftig attackierte: Weber sah, transportiert in seinen Zeichnungen, in Hitler bzw. in dessen Machenschaften den Tod für ein ganzes Volk und nationales Erbe – und hierfür bescheinigte Ernst Niekisch dem Künstler im Rückblick eine »ungeheure prophetische Kraft«. ■

Zehn Thesen zum politischen Widerstandsrecht

von Thor v. Waldstein

1. Der Souverän des Grundgesetzes (GG) ist das deutsche Volk. Von ihm und niemand anderem geht die Staatsgewalt über die und in der Bundesrepublik Deutschland aus. Die Stellung der Deutschen als Träger der Staatsgewalt unterliegt der sogenannten Ewigkeitsgarantie (Art. 79 Abs. 3 GG), kann also selbst bei Vorliegen verfassungsändernder Mehrheiten nicht abgeändert werden. Das verfassungsrechtlich ebenso wenig änderungsfähige Demokratieprinzip schützt daher nicht irgendeine beliebige »Demokratie« irgendwelcher »Demokraten« auf BRD-Boden, sondern die Herrschaft des deutschen Volkes über den souveränitätsbefähigten Nationalstaat auf deutschem Staatsgebiet. Es besteht somit ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen der Existenz des deutschen Volkes und dem Demokratiepostulat des Grundgesetzes.

2. Der Erhaltung des deutschen Staatsgebietes und der Sicherung seiner Grenzen kommt nach dem völkerrechtlichen Territorialprinzip bei der Verwirklichung der Volksherrschaft maßgebliche Bedeutung zu. Im Einigungsvertrag von 1990 hat sich Deutschland ausdrücklich zu der Unverletzlichkeit der Grenzen und zu der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa als grundlegenden Bedingungen für den Frieden bekannt. Gerade weil Deutschland durch die Wiedervereinigung seine endgültige territoriale Form gefunden hat, die sogenannte deutsche Frage also – nach dem erheblichem Verlust deutschen Siedlungsgebietes im 20. Jahrhundert – in jeder Hinsicht gelöst ist, kommt der territorialen Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes als Lebensgrundlage des deutschen Volkes eine entscheidende Rolle zu. Wer den Deutschen diese Lebensgrundlage entziehen will, muß als Feind benannt und entschlossen bekämpft werden.

3. Das auf Zeit gewährte Asylrecht steht ausschließlich politisch Verfolgten zu (Art. 16 a Abs. 1 GG). Personen, die aus Kriegsgebieten und/oder infolge von Hunger- oder Naturkatastrophen fliehen, sind nach geltendem Recht ebenso wenig asylberechtigt wie diejenigen, die ihre Heimat in der Vorstellung verlassen, in Deutschland ihre Lebenssituation wirt-

schaftlich verbessern zu können. Wer als politisch verfolgt gilt und wer nicht, entscheiden im Einzelfall die Gerichte. Wer als politisch Verfolgter Asyl genießt, hat die Gesetze des Landes einzuhalten. Wer sein Asyl für Straftaten mißbraucht, ist nach Verbüßung der Strafe unverzüglich abzuschicken. Entfällt der Grund für die politische Verfolgung im Heimatland des Asylberechtigten, hat dieser dorthin zurückzukehren. Wer auf dem Landweg aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland als Asylbewerber einreisen will, ist an der Grenze zurückzuweisen bzw. bei vorherigem illegalem Grenzübertritt unverzüglich in den sicheren Drittstaat abzuschicken (Art. 16 a Abs. 2 GG). Selbst bei tatsächlichen Vorliegen von Asylgründen kann das Asylrecht versagt werden, wenn – etwa bei einem bestehenden Verdacht des Terrorismus – eine Gefahr für die Sicherheit des Staates und seiner Bevölkerung besteht. Weiter steht die (mögliche) Gewährung von Asyl unter dem Vorbehalt des Bestandes und der Leistungsfähigkeit des Staates, sodaß zahlenmäßige Obergrenzen der Aufnahme von Asylsuchenden nicht nur zulässig, sondern zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung dringend geboten sind. Das Asylrecht unterliegt nicht der Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes (Art. 79 Abs. 3 GG), kann also durch eine parlamentarische Entscheidung des deutschen Volkes (Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat, Art. 79 Abs. 2 GG) jederzeit aufgehoben werden.

4. Die deutsche Staatsgrenze befindet sich seit Sommer 2015 in einem seit spätestens 4. September 2015 von der Bundesregierung beabsichtigten, jedenfalls billigend in Kauf genommenen Prozeß der Auflösung. Illegale kommen seither unkontrolliert und unregistriert zu Tausenden täglich über die Grenze, ohne daß die geltenden Gesetze Anwendung finden würden. Anstatt diese rechts- und verfassungswidrige Flutung der Grenze unverzüglich mit dem zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Instrumentarium zu beenden, perpetuiert die Regierung diesen fortgesetzten Rechtsbruch und befördert damit im Ergebnis das menschenverachtende »Geschäft« internationaler Schlepper- und Schleuserbanden. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel,

die nach dem Grundgesetz »die Richtlinien der Politik (bestimmt) und dafür die Verantwortung (trägt)« (Art. 65 GG), verbreitet seit vielen Monaten vor der elektronischen Weltöffentlichkeit den Eindruck, nach Deutschland könne, wer wolle, ohne jede staatliche Kontrolle einreisen und werde dort auf Jahre hinaus staatlich alimentiert. Durch diese ebenso verantwortungslose wie verfassungswidrige »Oh-kommet-doch-all«-Politik wurde und wird ein global wirkender Migrationsdruck auf die ungeschützte deutsche Grenze ausgelöst, der – wird dem Geschehen nicht unverzüglich in die Speichen gegriffen – innerhalb kürzester Frist dazu führen wird, daß die Deutschen irreversibel zur Minderheit im eigenen Land werden, um in der Folgezeit indianergleich allmählich ganz zu verschwinden.

5. Der praktizierte Rassismus gegen das eigene Volk wird begleitet von einer ebenso eklatanten wie konsequent betriebenen Mißachtung von Recht und Gesetz durch Regierung und Behörden. Die permanenten und zum Teil strafbaren Rechts- und Gesetzesbrüche durch die Exekutive können an dieser Stelle nur beispielhaft und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit wie folgt umrissen werden: Verlängerung und Vertiefung des verfassungs- und rechtswidrigen Aufenthalts von Migranten durch quotale Verteilung auf das ganze Bundesgebiet (»Königsteiner Schlüssel«); Entwidmung und Zweckentfremdung öffentlicher Gebäude wie zum Beispiel Turnhallen, Schulen, Gemeindezentren, Bundeswehrkasernen etc. zur Unterbringung illegaler Migranten; rechtswidrige Beschlagnahme von in Privateigentum befindlichen Gewerbe- oder Wohnimmobilien; Mißachtung baurechtlicher und feuerpolizeilicher Mindeststandards bei der »Herrichtung« zwangsrequirierter Immobilien zu Migrantenunterkünften; Machtkämpfe zwischen einzelnen staatlichen Ebenen im Zusammenhang mit »Zuweisungsproblemen«; Duldung der Heranbildung mafiotischer Strukturen innerhalb der Migrantenheime mit allen dazugehörigen Facetten der Kriminalität (Rauschgifthandel, Erpressungs- und Nötigungsversuche, Zwangsprostitution etc.); Nichtverfolgung von Einwandererstrafaten außerhalb der Migrantenunterkünfte, insbesondere in bezug auf Sexual- und Eigentumsdelikte.

6. Im Lichte dieser – von der Regierung seit Sommer 2015 sehenden Auges geschaffenen – Fakten kann aus staatsrechtlicher Sicht wenig Zweifel daran bestehen, daß es sich um einen vorsätzlichen Staatsstreich der Regierung gegen das eigene Volk, einen Putsch von oben, handelt. Die Staatsspitze nimmt die derzeitige Invasion von Fremden und die damit einhergehende Majorisierung und schließliche Beseitigung des Souveräns, des deutschen Volkes, nicht nur fahrlässig hin (»Wir-schaffen-das«-Mantra der Bundeskanzlerin). Die Staatsspitze bricht vielmehr ihren Amtseid, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden (Artt. 56, 64 Abs. 2 GG), und mißbraucht ihr zeitlich beschränk-

tes und ausschließlich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch den Wähler erteiltes Mandat dazu, das Land der Deutschen in ein »Land der Verschiedenen« (Bundespräsident Gauck am 3. Oktober 2015) zu transformieren, in dem nun »zusammenwachsen (solle)«, was



Thor v. Waldstein: »Wir Deutsche sind das Volk«. Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz in der »Flüchtlingskrise« (= IfS-Studie 28), 52 S., 5 €

bisher nicht zusammen gehörte« (Gauck ebd.). Zur Täuschung der Bürger verwenden Regierung, Behörden, Staatsparteien und Zwangsgebührenmedien für die Migranten laufend die Bezeichnungen »Flüchtlinge«, »Asylbewerber« oder gar »Asylanten«, obwohl unstreitig ist, daß – wegen der Drittstaatenregelung (siehe oben Ziff. 3) – die über den Landweg eindringenden Fremden keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. keine Asylbewerber/Asylanten nach deutschem Asylrecht sein können. Mindestens ebenso irreführend ist die Verwendung des Begriffs »Flüchtlingskrise«, als ob die millionenfache elektronische »Einladung« von Ausländern, die vorsätzliche Aufgabe jeglicher Grenzkontrollen und die von der Regierung praktizierten fortgesetzten Rechtsbrüche einem Naturereignis, einem ökonomischen Crash o.ä. gleichkämen.

7. Verfassungsrechtlich vorgesehene Möglichkeiten, diesem Putsch von oben entgegenzutreten, werden seitens der hierfür nach dem Grundgesetz vorgesehenen Staatsorgane nicht wahrgenommen. Obwohl das verfassungswidrige Vorgehen des Bundespräsidenten offenkundig ist, machen Bundestag und Bundesrat von dem ihnen zur Verfügung stehenden Recht, den Bundespräsidenten wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht anzuklagen, um ihn seines Amtes zu entheben (Art. 61 GG), keinen Gebrauch. In gleicher Weise versäumt der Bundestag seit vielen Monaten, das nur ihm zustehende Recht auszuüben, der Bundeskanzlerin das Mißtrauen auszusprechen (konstruktives Mißtrauensvo-

tum, Art. 67 GG). Bundestag und Bundesrat haben damit offengelegt, daß sie die nach der – für alle Staatsorgane, Behörden und Gerichte verbindlichen – Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zwingende »verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten« bzw. »die Einheit des deutschen Volkes als des Trägers des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts nach Möglichkeit zukunftsgerichtet auf Dauer zu bewahren«, ebenso vorsätzlich mißachten wie die die Gesetze brechende Regierung. Daneben stehen dem Bürger individuelle Rechtsschutzmöglichkeiten gegen das Vorgehen der Regierung nicht zur Verfügung, insbesondere stellt die Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht keinen geeigneten Rechtsbehelf zur Abwendung des derzeitigen staatspolitischen Selbstmords dar.

8. In diesem Moment der äußersten Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung und des Fortbestandes der Nation treten die Deutschen wieder in ihre demokratischen Urrechte ein, entziehen ihren auf Zeit bevollmächtigten, das Gesetz mit Füßen tretenden Mandataren das Wahlmandat und üben ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Widerstandsrecht aus: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist« (Art. 20 Abs. 4 GG). Als Deutsche erklären wir nunmehr das demokratiezersetzende Bevölkerungsaustauschprojekt für beendet. Unsere Geduld mit der faktisch oppositionslosen Berliner Despotie und mit den Jakobinern in den Staatsmedien ist vollständig erschöpft. Diejenigen, die die Verfassung und ihren Amtseid gebrochen haben, tragen die Verantwortung dafür, daß Deutschland heute am Abgrund steht. Mit Vertretern dieser Nomenklatura gibt es weder Gespräche noch Bündnisse. Wir fordern sie stattdessen auf, unverzüglich von sich aus zurückzutreten, was ihnen bei der späteren strafrechtlichen Würdigung ihres Tuns durch unabhängige Gerichte (u. a. §§ 95, 96 AufenthG [Einschleusen von Ausländern], § 111 StGB [Öffentliche Aufforderung zu Straftaten], § 258 a StGB [Strafvereitelung im Amt], § 266 StGB [Untreue]) gegebenenfalls im Rahmen der Strafzumessung zugute kommen könnte.

9. Art. 20 Abs. 4 GG eröffnet den Deutschen erstmals in ihrer Geschichte die Chance, eine legale Revolution gegen eine gesetzesbrecherische Obrigkeit zum Erfolg zu führen. Noch mehr als im Jahre 1989, als ein Teil des Volkes unterjocht und eingemauert war, haben die Deutschen im Jahre 2016, in dem das ganze Volk handstreichartig majorisiert und beseitigt werden soll, das Recht, ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Die richtige Losung von 1989, »Wir sind das Volk«, muß im Hinblick auf die drohende Entrechtung des Souveräns erweitert werden zu einen wirkmächtigen »Wir Deutsche sind das Volk«. Nichts ist so stark wie die Kraft eines Volkes, das sich – im Wege eines

politischen Adrenalinstoßes – auf sich selbst besinnt, klug und überlegt handelt und dann entschlossen die Fesseln der Machtlosigkeit abstreift.

10. Es geht um unser Land, unser Volk und unsere Heimat. Und Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muß. Wir Deutsche sind mit diesem Land durch Herkunft, Schicksal, Familie, Glaube und Geschichte unzertrennbar verbunden. Niemand wird uns das Land unserer Vorfahren nehmen, niemand wird uns aus dem Land, in dessen Dome die deutschen Kaiser ruhen, vertreiben und niemand wird uns daran hindern, das Land Goethes und Beethovens an unsere Enkel (und sonst niemanden) weiterzugeben. Mehr noch als unser Vaterland werden wir unser Kinderland mit allen nach der Verfassung gebotenen Widerstandsmitteln verteidigen. In diesem unbeugsamen Willen zur Erhaltung der eigenen Nation wissen wir uns einig mit unseren europäischen Brudervölkern, die sich mit demselben Recht gegen die ihnen drohende Auflösung wenden und mit denen zusammen wir ein neues, selbstbestimmtes und freies Europa schaffen werden. ■



Das Projekt »Ein Prozent« läuft seit Mitte Oktober, initiiert haben es Jürgen Elsässer (compact-Magazin), Götz Kubitschek, Karl Albrecht Schachtschneider (Staatsrechtler) und Hans-Thomas Tillschneider (AfD-Landtagskandidat Sachsen-Anhalt). Die strukturelle Arbeit wird von Philip Stein und Helge Hilse geleistet. Unter der Netzadresse einprozent.de ist der Hintergrund dieses Vernetzungsprojekts erläutert, außerdem sind das Videoportal und aktuelle Meldungen abrufbar.

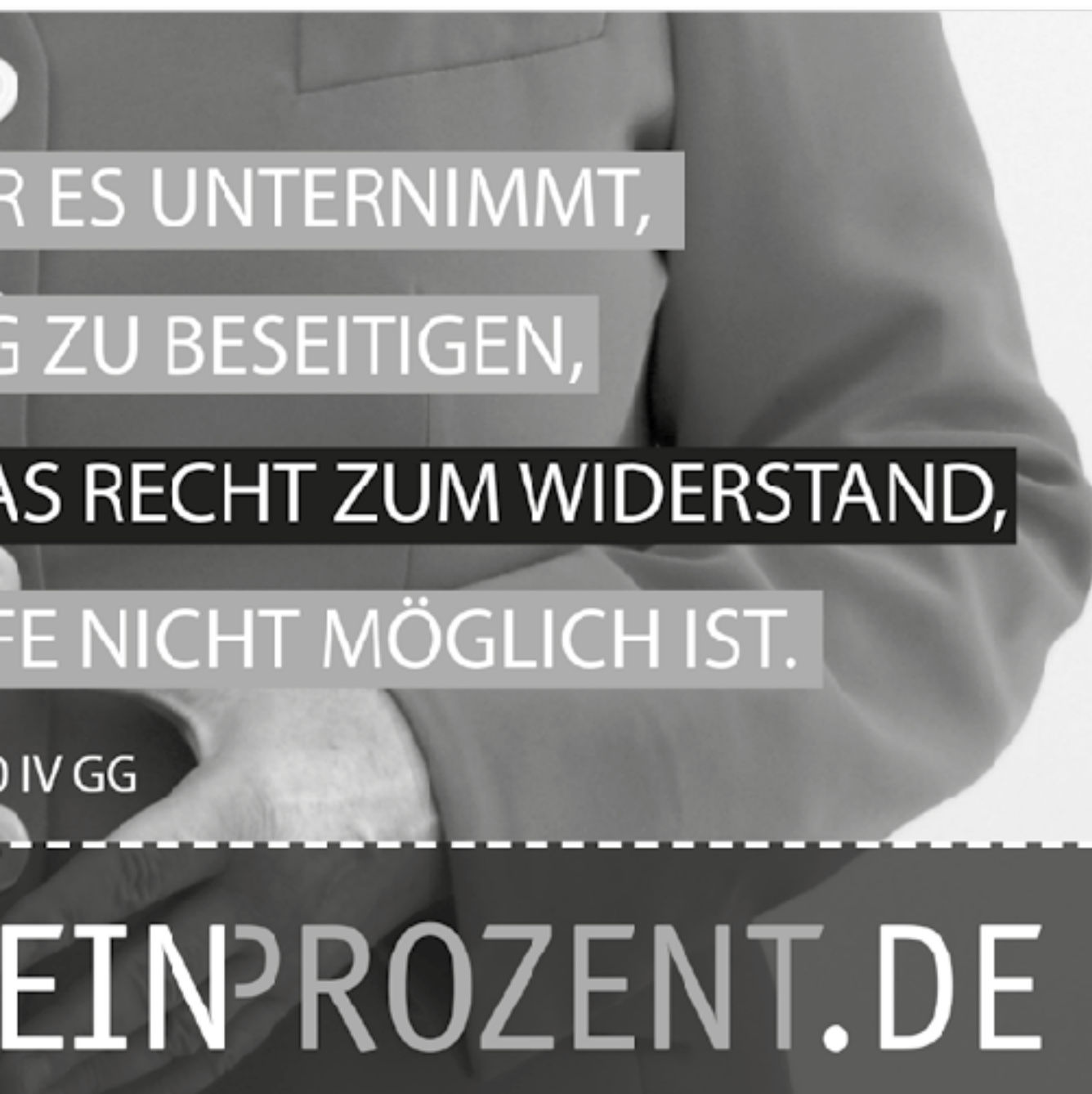
Ein Baustein des Projekts ist eine von Professor Schachtschneider erarbeitete Verfassungsbeschwerde, die vom Bundesverfassungsgericht »Rechtsschutz gegen die provozierte Masseneinwanderung« erringen will. Professor Schachtschneider ist dabei nicht nur Verfasser der Beschwerde, sondern auch neben Elsässer, Kubitschek und Tillschneider einer der Beschwerdeführer und vor allem der Verfahrensbevollmächtigte. Argumentationsgrundlage und Ziel der Beschwerde sind im nebenstehenden Beitrag ausgeführt. Eingereicht werden soll sie bis spätestens Mitte Februar. Ausführliche Informationen dazu sind auf der Netzpräsenz des Projekts »Ein Prozent« hinterlegt.

Verfassungsbeschwerde gegen die Politik der Masseneinwanderung

von Karl Albrecht Schachtschneider

Gefahr für Deutschland

Der Bundeskanzler, Frau Dr. Angela Merkel, und die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland betreiben die Veränderung des deutschen Volkes durch Masseneinwanderung. Noch hat das Volk Deutschlands trotz vieler nichthomogener Staatsangehöriger ein Maß an Homogenität, das demokratische Willensbildung, ohne die ein Rechts- und Sozialstaat nicht möglich ist, nicht ausschließt.



Das gute Leben aller Bürger in Freiheit und Recht wird verlorengehen, wenn die Homogenität der Bürgerschaft als eine der Voraussetzungen der Republik beseitigt wird. Die Integration Deutschlands in die Europäische Union macht allerdings die Verwirklichung der Freiheit der Deutschen durch demokratische Willensbildung schon fast unmöglich. Ohne Freiheit gibt es kein Recht, aber ohne Recht gibt es auch keine Freiheit. Soziale Verhältnisse sind nur in kleinen politischen Einheiten, in Europa also nur in den Nationalstaaten, zu verwirklichen.

Die Homogenität wird nicht so sehr durch die Freizügigkeit unter den Völkern Europas gefährdet, als vielmehr durch die Islamisierung der Lebensverhältnisse, die mit der Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten und aus Afrika

verbunden ist. Die Muslime, eingebunden in die Umma, werden ihre Religion nicht aufgeben. Der Koran und die koranische Tradition enthalten die verbindlichen Gesetze für jeden Muslim. Dazu gehört die Scharia. Der Islam ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung Deutschlands unvereinbar. Wenn die Mehrheitsverhältnisse es zulassen, werden die Muslime eine islamische Lebensordnung in Deutschland durchsetzen. Der Islam läßt keine Politik gegen die Religion zu. Er kennt keine Säkularisation, die essentiell für die Kultur Europas ist. Eine politische Religion widerspricht der christlich fundierten, aber wesentlich aufklärerischen Kultur Deutschlands und Europas. Deutschland und Europa werden durch die Masseneinwanderung in eine existentielle Krise gestoßen. Diese muß so bewältigt werden, daß die europäische Kultur erhalten bleibt. Ein Weg des Rechts ist die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die Verfassungsidentität Deutschlands

Deutschland ist seiner Verfassung nach kein Einwanderungsland. Es gibt kein Gesetz, das Deutschland zum Einwanderungsland erklärt, und es gibt erst recht keine dahingehende Verfassungsbestimmung. Im Gegenteil: Nach dem Grundgesetz ist das »Deutsche Volk« oder das »deutsche Volk« (Präambel, Art. 1 Abs. 2 bzw. Art. 146, auch Argument aus Art. 20 Abs. 4) zu dem Staat Bundesrepublik Deutschland verfaßt. Solange nicht eine neue Verfassung des deutschen Volkes Deutschland zum Einwanderungsland erklärt, steht der nationale Charakter der Bundesrepublik Deutschland nicht zur Disposition. Weder der verfassungsändernde Gesetzgeber noch gar der einfache Gesetzgeber können Deutschland zum Einwanderungsland machen, weil die Politik der Staatsorgane die Art. 1 und Art. 20 des Grundgesetzes »unberührt« lassen müssen. Das stellt Art. 79 Abs. 3 GG klar. Das Land, nämlich »Deutschland«, das auch, aber nicht nur, eine geographische Bedeutung hat, ist das Land der Deutschen, das Land des deutschen Volkes. Über dessen Bevölkerung haben ausschließlich die Deutschen zu entscheiden. Große Änderungen in der Zusammensetzung dieses Volkes bedürfen der unmittelbar demokratischen Entscheidung des deutschen Volkes, das allein, wenn überhaupt, gemäß Art. 146 GG Deutschland zum Einwanderungsland umwandeln kann.

Deutschland ist jedoch faktisch zu einem Einwanderungsland gemacht worden. Diese Praxis ist eine schwere Verletzung der Souveränität der Bürger. Die Souveränität ist die Freiheit der Bürger. Sie üben diese gemeinsam als Staatsgewalt unmittelbar durch Abstimmungen oder mittelbar durch die Organe des Staates aus. Die Staatsorgane sind dabei an die freiheitliche demokratische Grundordnung gebunden, welche die Identität der Verfassung ausmacht. Dazu gehört, daß allein das Volk bestimmen kann, ob es seine Homogenität aufgibt und sein Land zum Einwanderungsland erklärt. Die Staatsorgane sind nicht befugt, Schritt für Schritt die Homogenität des Volkes zu verändern oder gar in einem großen Schritt entgegen den Gesetzen massenhaft Fremde als vermeintlich neue Bürger in das Land zu holen. Irgendwelche gutmenschlichen Moralismen stehen nicht über den Gesetzen, schon gar nicht über dem Verfassungsgesetz und erst recht nicht über den Verfassungsprinzipien, die nicht einmal zur Disposition des verfassungsändernden Gesetzgebers stehen. Dazu gehört – ausweislich Art. 1 und Art. 20 des Grundgesetzes – das Deutsche Deutschlands.

Fraglos steht allen Menschen die Menschenwürde zu. Das vermag aber keine Verantwortung einzelner Völker für einheitliche Lebensverhältnisse aller Menschen zu begründen, die wenigstens durch Aufnahme beliebiger Fremder, die nach einem besseren Leben trachten, in ihr Land verwirklicht wird. Die Völker sind für ihren Staat verantwortlich. So steht es in allen Menschenrechtserklärungen. Der Staat aber ist die Organisation für die Verwirklichung des allgemeinen Wohls der Bürger dieses Staates. Die Staatsangehörigkeit darf nicht beliebig zugeteilt werden. Naturalisation muß natürlichen Entwicklungen folgen, wie der Kindschaft von Bürgern des Landes oder auch der Aufnahme in das Volk, weil die Einbürgerung dem Volk nach bestimmten Kriterien der Gesetze nützt.

Das Staatsprinzip ist essentiell für die Freiheit der Völker und den Frieden der Welt. Darum hat die Charta der Vereinten Nationen die Souveränität der Staaten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu ihren Grundlagen gemacht. Ein egalitärer Groß- oder gar Weltstaat wird unvermeidlich eine oligarchische Diktatur, wie sich das in der Europäischen Union abzeichnet. Schon diese ist der Demokratie nicht fähig. Deutschland ist weder verpflichtet noch auch nur berechtigt, anderen Völkern aufzudrängen, wie diese leben sollen. Deutschland ist dazu auch nicht fähig und schon gar nicht ethisch dafür ausgezeichnet. Es sollte strikt das Interventionsverbot des Völkerrechts achten, nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und moralisch.

Zur Verfassungsidentität Deutschlands gehört allem voran das Primat des Rechts, die Rechtsstaatlichkeit. Der Rechtsstaat gebietet die Gesetzlichkeit allen staatlichen Handelns. Das verlangt nach Gesetzen, die das Handeln der staatlichen Organe und Behörden hinreichend bestimmt regeln. Diese Gesetze müssen zudem

den verfassungsrankigen Prinzipien des Rechts genügen. Aber die Gesetze müssen auch ihrer Materie gemäß ausgeführt werden. Gesetze auch nur eines Ordnungsbereichs, wie dem des Ausländerrechts, systematisch zu mißachten, ist nicht nur eine nicht hinnehmbare Verletzung des Rechtsstaatsprinzips, sondern, wenn das zum System einer verfassungsfeindlichen Politik gemacht wird, ein Unternehmen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Gegen solche Unternehmen haben alle Bürger ein Recht und die sittliche Pflicht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist (Art. 20 Abs. 4 GG). Eine Einwanderungspolitik ist gegen die Verfassung der Deutschen gerichtet.

Die Auflösung des Staatsprinzips gefährdet nicht nur den Rechtsstaat, sondern auch den Sozialstaat. Zur Rechts- und vor allem zur Sozialstaatlichkeit Deutschlands gehört, daß das Volkseinkommen, daß die Deutschen erwirtschaften, gerecht, also nach Bedarf, Leistung und Markt, auf der Grundlage von Eigentum und Gleichheit, verteilt wird, nicht aber genutzt wird, um andere Völker und Staaten zu finanzieren. Dieses Grundprinzip des Steuerstaates schließt angemessen begrenzte Hilfen für die Ärmsten der Armen in anderen Ländern nicht aus.

Verletzung der Verfassungsidentität

Die Einwanderungspolitik der Regierung und des Parlaments, in dem es eifrige Unterstützung, aber nur wenig Widerspruch gegen diese Politik gibt, verletzt die Verfassungsidentität Deutschlands in zweifacher Weise: Sie verletzt das Prinzip des Deutschen Deutschlands und das Prinzip des Rechtsstaates. Das geschieht durch massenhafte Mißachtung der Verfassungs- und der Gesetzesvorschriften über das Asylrecht und über den internationalen Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention, aber auch des Europarechts.

Nicht ein Ausländer, der in Deutschland als »Flüchtling« Aufenthalt sucht, kommt legal ins Land oder hält sich legal in Deutschland auf. Alle sind an der Grenze zurückzuweisen und, wenn sie in unser Land eingedrungen sind, entweder zurückzuschieben oder abzuschicken. Ein Recht zur Einreise ergibt sich weder aus dem Völkerrecht noch aus dem Europarecht oder aus dem nationalen Recht Deutschlands. Bis auf wenige Ausnahmen kommen alle Fremden, die das Asylrecht begehren, auf dem Landwege und damit aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder einem sicheren Drittstaat an die deutsche Grenze. Damit können sie sich auf das Asylgrundrecht ausweislich Art. 16 a Abs. 2 GG nicht berufen, wenn sie überhaupt politisch Verfolgte und noch schutzbedürftig sind. Das Gleiche gilt in zwingender analoger Anwendung für die Fremden, die, weil in ihren Herkunftsländern Krieg oder Bürgerkrieg tobt, subsidiären internationalen Schutz suchen, der auf Grund einer Richtlinie der Europäischen Union im Asylgesetz ermöglicht ist. Das Gleiche gilt aber auch für den Flüchtlingsstatus, dessen Anerkennung auf Grund des Asylgesetzes regelmäßig mit dem

Asylantrag verbunden wird und der nach dem Aufenthaltsgesetz ein Abschiebeverbot zur Folge hat. Alle, die auf dem Landwege kommen, sind vorher in sichere Staaten gelangt, in denen ihre Verfolgung oder Bedrohung spätestens beendet war, wenn sie nicht schon vorher in Lagern sicherer Länder Schutz gefunden hatten. Keiner von diesen Fremden ist schutzbedürftig. Aber sie kommen so gut wie ungehindert nach Deutschland, weil die Grenzen entgegen dem Staatsprinzip nicht geschützt werden. Der Schutz der Außengrenzen des Schengen-Gebiets versagt in Griechenland und in Italien. Der Raum ohne Binnengrenzen hat erwartungsgemäß nur Unsicherheit geschaffen. Die Nationalstaaten müssen ihre Grenzen wieder allein sichern. Einen unionalen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gibt es nicht und wird es nicht geben. Hinzu kommt, daß die europarechtlichen Verteilungsregelungen des Dublin-III-Abkommens mißachtet werden. Die Verfassungs- und Gesetzeslage ist eindeutig.

Hinzu kommt, daß die Voraussetzungen der Schutzrechte nicht, wie es vorgeschrieben und geboten ist, im Einzelfall und schon gar nicht gewissenhaft geprüft werden. Praxis ist in den letzten Monaten gewesen, daß, wer das Wort »Asyl« gesagt hat und in dem Formular als Herkunftsland »Syrien« angekreuzt hat, ohne weiteres nach Deutschland einreisen durfte, ausgestattet mit Flüchtlingsstatus und damit Abschiebeverbot. Die Mißachtung rechtsstaatlicher Verfahrensregeln kann angesichts dessen, daß dadurch massenhaft Muslime ins Land kommen, schlimmer kaum sein.

Aber man will »neue Bürger« gewinnen, will die Fremden integrieren. Sie sollen Deutschland lernen, sich ausbilden lassen und bald dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Abgesehen davon, daß eine Integration nicht gelingen wird und daß der Arbeitsmarkt diese Menschen nicht benötigt, ist der Schutz zeitlich begrenzt, auf regelmäßig drei Jahre für Asylberechtigte und zwei Jahre für den internationalen Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Danach haben die Fremden Deutschland wieder zu verlassen. Sie werden allerdings trotz Ausreisepflicht oft, wenn nicht meist, nicht abgeschoben, sondern jahrelang im Lande geduldet, bis ihnen endlich aus einem der vielen vermeintlich humanitären Gründe ein Aufenthaltsrecht gegeben wird. Die rechtsferne Duldungspolitik schafft gefährliche Parallelgesellschaften. Fragwürdige Humanität verdrängt Verfassung und Gesetz, also das Recht. Das ist das größte Mißverständnis der Freiheit in einer Republik.

Verteidigung der Verfassungsidentität

Es wird nicht leicht sein, Rechtsschutz gegen die provozierte Masseneinwanderung vom Bundesverfassungsgericht zu erringen. Aber es muß um Deutschlands und um der Deutschen willen versucht werden, die in Freiheit, Recht und Sicherheit in europäischer Weise leben und ihren Kindern ein Land hinterlassen wollen, das diesen die Chance eines gleichen guten Lebens läßt, das

Unglück abzuwenden. Verfassungsbeschwerden sind legaler Widerstand gegen Unrecht des Staates. Dafür ist das Verfassungsgericht geschaffen.

Ich werde unter anderem beantragen, daß die Bundesregierung, namentlich der Bundeskanzler, verpflichtet werden, die Grenzen wirk-



Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider

sam gegen die illegale Einreise von Ausländern zu sichern und den illegalen Aufenthalt der Ausländer unverzüglich zu beenden. Ich werde weiter beantragen, den Bundeskanzler, Frau Dr. Angela Merkel, und ihren Stellvertreter, den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, ihrer Ämter zu entheben und sie zunächst zu suspendieren. Ich werde einstweilige Anordnungen beantragen.

Die Anträge werde ich auf das Recht auf Demokratie, das jedem Bürger Deutschlands auf Grund des Art. 38 Abs. 1 GG als Grundrecht zusteht, stützen. Dieses Grundrecht umfaßt auch das Recht auf Wahrung der Verfassungsidentität, zu der gehört, daß Deutschland deutsch bleibt und nicht durch illegale Verwaltungsmaßnahmen zu einem Einwanderungsland umgewandelt wird. Ich werde weiterhin das Grundrecht auf Widerstand, das sich aus Art. 20 Abs. 4 GG ergibt, geltend machen. Auch aus diesem Grundrecht folgt das Recht jedes Deutschen auf wirksame Grenzsicherung gegen illegale Einreise von Ausländern und auf sofortige Ausweisung aller Ausländer, die sich illegal in Deutschland aufhalten. Aber das Widerstandsrecht gibt auch das Recht auf Suspendierung der Amtswalter von ihren Ämtern, die die schweren systematischen Verstöße gegen den Rechtsstaat zu verantworten haben, nämlich als andere Abhilfe, die, weil das Parlament seiner Pflicht, durch konstruktives Mißtrauensvotum die Regierung neu zu wählen, trotz des geradezu diktatorischen Staatsversagens nicht nachkommt, nur noch das Bundesverfassungsgericht leisten kann, aber auch leisten darf und muß, um die freiheitliche demokratische Grundordnung gegen die Personen zu verteidigen, die diese Ordnung zu beseitigen unternommen haben. Gewaltsamer Widerstand soll so erübrigt werden. Er wäre ein Unglück. Ich würde dafür meine Hand nicht reichen. ■

»Der Frieden ist eine fragile Sache ...«

Im Gespräch mit Alain de Benoist

Nach den Terroranschlägen vom letzten Januar gingen Millionen Menschen auf die Straße und riefen: »Ich bin Charlie!« In den Tagen nach dem Anschlag vom 13. November gab es nur wenige Kundgebungen, dafür eine »nationale Trauerfeier« im Ehrenhof vor dem Invalidendom. Woher rührt dieser Unterschied?

BENOIST: Im Januar haben islamistische Terroristen Journalisten getötet, denen sie »Blasphemie« vorwarfen, und anschließend Juden aus dem einzigen Grund, daß sie Juden waren. Da fiel es den Demonstranten, die zum Großteil weder Journalisten noch Juden waren, leicht, sich solidarisch zu erklären. Im Gegensatz dazu haben die Attentäter vom 13. November die Besucher des »Bataclan« unterschiedslos abgeschlachtet. Sie wollten uns mit dieser eiskalten Dusche zeigen, daß jeder von uns ein potentiell Opfer sei. Auch wenn die Täter in beiden Fällen »radikalisierte« Kriminelle waren, so war die Botschaft nicht dieselbe. Der Angriff auf *Charlie Hebdo* war religiöser, der auf das »Bataclan« politischer Natur. Die Terroristen vom 13. November haben Vergeltung für unser militärisches Engagement in Syrien geübt. Hollande hat das sehr wohl verstanden: Er befahl den Luftstreitkräften umgehend, ihre Einsätze zu intensivieren, während er gleichzeitig eine großangelegte diplomatische Tour unternahm. Wie Dominique Jamet bemerkte: »Wir können keinen Krieg in einem fernen Land führen und in unserem eigenen Land Frieden haben.« Wir führen Krieg bei ihnen, sie führen Krieg bei uns. So einfach ist das.

»Diesmal ist es Krieg!« titelte *Le Parisien* am Tag nach den Anschlägen vom 13. November. »Wir befinden uns im Krieg«, ließ auch Premierminister Manuel Valls verlauten. Sind auch Sie dieser Meinung?

BENOIST: Natürlich. Aber warum noch extra betonen, was sich von selbst versteht? Das eigentliche Problem ist, daß wir uns zwar im Kriegszustand befinden, daß aber viele Franzosen überhaupt keine Vorstellung davon haben, was das eigentlich bedeutet. Sie haben auf die Tragödie mit konventionellen Schlagworten geantwortet, die humanitären (»Traurigkeit«, »Schrecken«), sentimental (»Widmet den Opfern einen Ge-

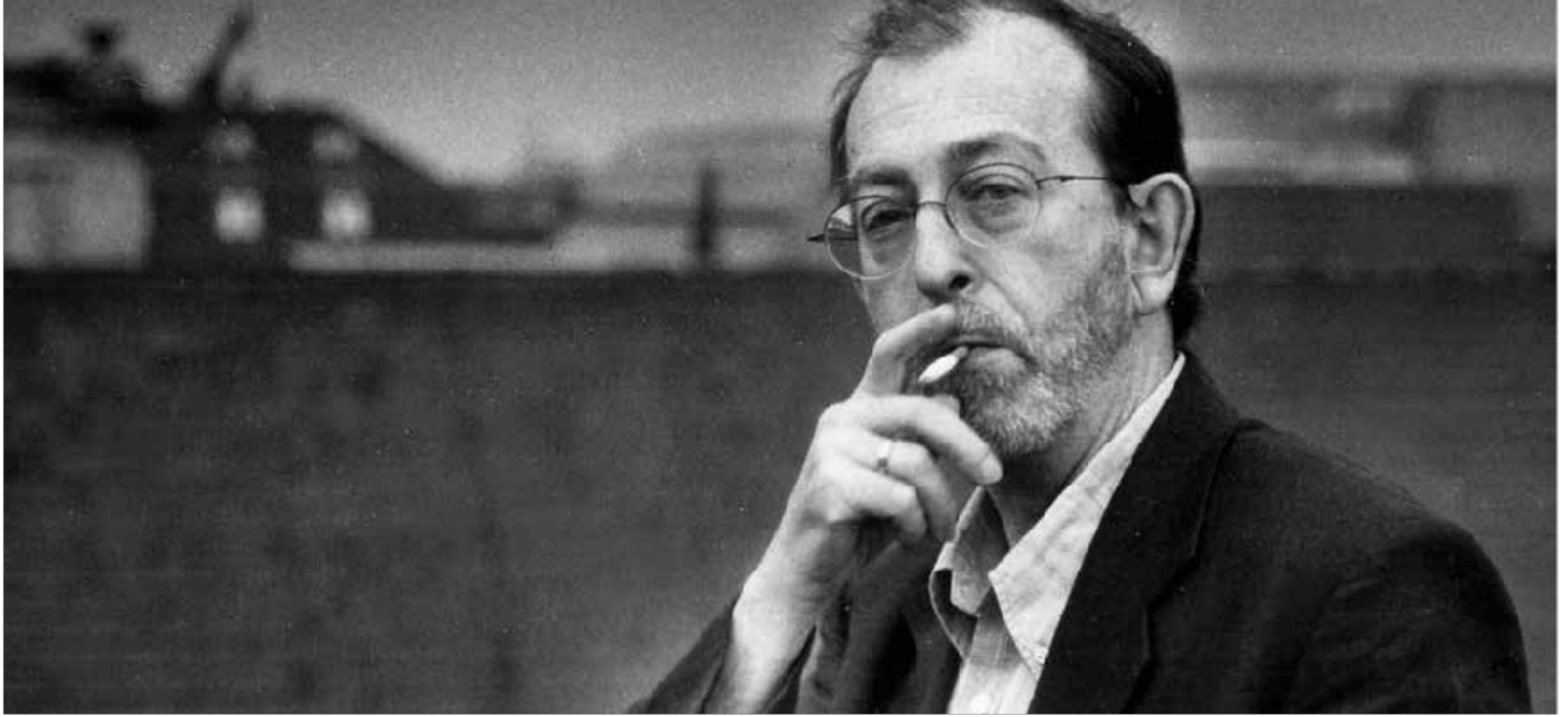
danken«) oder kindlich-schutzsuchenden Kategorien entstammen (»Beschützt uns vor den Bösen!«). Sie halten Schweigeminuten ab und zünden Kerzen an, nicht anders, als wenn ein Amoklauf in einer Schule, ein Flugzeugabsturz oder ein Erdbeben stattgefunden hätten. Sie erklären, daß sie »keine Angst haben«, während sie auf jeden falschen Alarm wie kopflose Kaninchen reagieren. Es herrschen Angst, Unsicherheit, Psychose. Am Ende erklärt man sich die Angriffe als Entfesselung einer unbegreiflichen Gewalt, deren Urheber »den Tod lieben« und deren Opfer »das Leben lieben«. Dieses Vokabular, diese Haltung, diese Reaktionen sind nicht die eines Volkes, das begriffen hat, was Krieg ist.

Woher rührt dieser Mangel an Einsicht in die Lage?

BENOIST: Erstens haben wir es mit einer besonderen Kombination aus konventionellem Bodenkrieg und Terrorismus zu tun, wobei der Feind seine Kämpfer zum Teil in unserem eigenen Land rekrutiert. Außerdem hat niemand den Franzosen ausreichend erklärt, warum sie sich an der Seite der Amerikaner in einem Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten engagieren sollen, oder warum wir hartnäckig jegliche Kooperation mit Syrien und dem Iran verweigern, die den IS mit Waffengewalt bekämpfen, während wir gleichzeitig die Öldiktaturen am Golf hofieren, die die Dschihadisten direkt oder indirekt unterstützen. Ein solcher Mangel an Klarheit ist für das Verständnis nicht gerade förderlich.

Das klingt nun so, als wäre die Verteidigungsbereitschaft eine Frage des vernünftig erklärten Verteidigungsgrundes ...

BENOIST: Nein, der wahre Grund liegt natürlich anderswo. Abgesehen von den Entkolonialisierungskriegen (Indochina, Algerien) lebt Frankreich seit 70 Jahren im Frieden. Das bedeutet, daß drei Generationen den Krieg nicht mehr kennen, ihn nie erlebt haben – ein in der Geschichte einzigartiger Fall. In der kollektiven Vorstellung der Europäer gibt es keinen Krieg mehr, oder genauer gesagt: gibt es »bei uns« keinen Krieg mehr. Trotz der Ereignisse, die Jugo-



slawien zerrissen haben und trotz der Ukraine-Krise glauben sie, daß Krieg in Europa zu einem Ding der Unmöglichkeit geworden ist. Sie bilden sich ein, daß das europäische Aufbauprojekt einen Friedenszustand geschaffen hat, der ewig andauern wird. Natürlich weiß man, daß die französische Armee in diversen Ländern »Operationen« durchführt, aber man tut so, als ob einen dies nichts angehe. Darum sprechen wir auch von »apokalyptischen Szenen«, um die Anschläge zu beschreiben, denen 130 Menschen zum Opfer fielen. Wenn das »apokalyptisch« ist – was bleibt einem dann noch an Worten für Zeiten wie den Ersten Weltkrieg übrig, in denen täglich mehr als 20000 Menschen umkamen? Wir müssen begreifen, daß der Frieden eine fragile Sache ist und niemals der natürliche, selbstverständliche Zustand einer Gesellschaft sein kann. Auch in Europa.

Der alte Traum, »den Krieg abzuschaffen«, bleibt aber bestehen, obwohl es seit der offiziellen Abschaffung des Krieges mehr Kriege auf der Welt gibt als je zuvor.

BENOIST: Dies ist der Geist jener Pazifisten, die »den Krieg bekämpfen« wollen, ohne zu merken, wie paradox dieser Slogan ist. Pazifismus bedeutet jedoch keineswegs Frieden; eher im Gegenteil! In seiner 1795 publizierten Abhandlung *Zum ewigen Frieden* erklärte Kant den »ewigen Frieden« zum Postulat der praktischen Vernunft: »Nun spricht die moralisch-praktische Vernunft in uns ihr unwiderstehliches Veto aus: Es soll kein Krieg sein.« Man sieht, daß dies einen frommen Schwur voraussetzt, denn wenn es möglich wäre, in die Praxis umzusetzen, was sich nur im Bereich der reinen Vernunft offenbart, dann gäbe es keinen Grund, noch an einer Unterscheidung zwischen Empirie und Metaphysik festzuhalten. Das Kantsche Projekt stellte in Wahrheit die Metaphysik und die Moral über das Recht und bekräftigte die Vorherrschaft der Metaphysik über die Praxis. Frieden kann jedoch nicht ohne Krieg gedacht werden und Krieg nicht ohne Frieden.

Das bedeutet für die Politik?

BENOIST: Der Krieg wird immer eine Möglichkeit bleiben. Es wird uns niemals gelingen, seine

Den vorliegenden Auszug aus zwei Interviews mit Alain de Benoist, erstmals erschienen am 18. und 29. November 2015 auf der Netzseite Boulevard Voltaire, hat Martin Lichtmesz zusammengestellt und übersetzt.

Ursachen zum Verschwinden zu bringen, da wir keine vollständige Kontrolle über die vielfältigen Gegensätze und Unvereinbarkeiten haben können, die sich aus den Bestrebungen, Werten, Interessen und Projekten der Menschen ergeben. Auch die Abschaffung des Nationalstaates würde daran nichts ändern: In einem »Weltstaat« würden die Nationalkriege einfach durch Bürgerkriege ersetzt werden. Wir bringen einen Feind nicht dadurch zum Verschwinden, daß wir uns zu Friedensaposteln erklären, sondern indem wir uns als stärker als er erweisen.

Der Islamische Staat macht keinen Hehl aus seiner Verachtung für die westliche Zivilisation, die er für »dekadent« hält. Was sagen Sie dazu?

BENOIST: Die Dekadenz des heutigen Westens ist eine Tatsache. Ebenso trifft es zu, daß seine Interventionen im Nahen Osten seit 1990 Bürgerkriege und Chaos hervorgebracht haben. Unsere Defekte zu glorifizieren wäre jedoch die denkbar schlechteste Antwort. Im Gegenteil, es ist unsere Dekadenz, die uns auf selbstmörderische Weise daran hindert, uns dem Dschihadismus zu stellen. François Hollande ermunterte uns schon bald nach den Anschlägen im Januar, mit dem »Konsumieren« fortzufahren, und neulich empfahl er uns die »Zerstreuung«. Die Zeremonie vor dem Invalidendom war ein Druck auf die Tränendrüsen, aber kein Aufruf zum Kampf. Mit Variété-Schlagern werden wir keinen Mut und keine Willenskraft erzeugen. Wie Olivier Zajec schrieb: »Es sind die Nationen, und nicht der Konsum oder die Moral, die der Welt wieder eine Form und einen Sinn geben.« Krieg ist eine Bezugnahme auf andere, die auch eine Bezugnahme auf sich selbst impliziert. Das bedeutet: »Wenn wir erkennen wollen, was unsere Interessen sind, dann müssen wir zuerst erkennen, wer wir selbst sind« (Hubert Védrine). Europa hat angesichts eines Universalismus, der zu seiner Entwurzelung führt, keine andere Wahl, als sein konstitutives Eigenes zu bekräftigen. ■

Mit Slavoj Žižek in den »Widerstand«

von Benedikt Kaiser

Die zeitgenössische deutsche Linke ist überwiegend langweilig und systemstabilisierend. Mit einem Terminus des überaus populären kommunistischen Intellektuellen Slavoj Žižek kann man sie als »fukuyamanisch« bezeichnen, da sie zu keinen grundsätzlichen Interventionen gegen den globalen Kapitalismus und seine mannigfaltigen Strukturen bereit ist, sondern sich im liberalkapitalistischen »Ende der Geschichte« Francis Fukuyamas eingerichtet hat. Die bestehenden Verhältnisse werden als das maximal Mögliche akzeptiert, man versucht lediglich, die Gesellschaft sozial gerechter und »tolanter« zu machen (vgl. Žižek: »Wie man vom Anfang beginnt«, in: C. Douzinas/S. Žižek: *Die Idee des Kommunismus*, Bd. 1, Hamburg 2012, S. 251–270). Der im Grenzbereich zwischen Ideengeschichte, Lacanscher Psychoanalyse, Philosophie und Agitprop wirkende Slowene (Jahrgang 1949) trifft die Ratlosigkeit einer postmodernen Linken, die zwar moniert, »die westliche ›verwaltete‹ Gesellschaft« sei »Barbarismus in Gestalt von Zivilisation, der höchste Punkt von Entfremdung«, die aber resigniert habe und meine, »alle anderen soziopolitischen Regime seien schlimmer, so daß man es vergleichsweise dennoch zu unterstützen habe.« (*Willkommen in interessanten Zeiten!*, Hamburg 2012). Diese Diagnose gilt im besonderen für jene Strömungen der Linken, die sich derzeit im »Refugees-Welcome«-Sound Gehör verschaffen und die im Mainstream gängigen Forderungen auf die Spitze treiben. Die Koinzidenz zwischen der Affirmation des freien Marktes und offener Grenzen entgeht ihnen. Sie wollen – wie das Gros der Apologeten des Kapitalismus – die multikulturelle Gesellschaftsordnung. Dabei wagen sie es nicht einmal zaghaft, eine naheliegende Frage zu formulieren, die Žižek früh in den Raum stellte: Was ist, »wenn dieser entpolitisierte Multikulturalismus die Ideologie des globalen Kapitalismus ist?« (*Ein Plädoyer für die Intoleranz*, Wien 1998, mittlerweile 6. Auflage).

Die Linke ist – zumindest in bezug auf elementare Fragen – zahm geworden, sie konzentriert ihr politisches Bemühen auf den »Kampf gegen Rechts« und die Fetischisierung bisweilen grotesker Minderheitenanliegen. Gänzlich betäubt vom süßen Gift der sie alimentierenden

Zivilgesellschaft entgeht ihr, daß sie das Koordinatensystem des Kapitalismus angenommen hat und auf diesem Terrain lediglich die konkrete Ausgestaltung des Alltags ändern will. Das Wirken des Kapitals bei der Forcierung hybrider Identitätsbildung und der Schaffung immer neuer Minderheiten bleibt ihr fremd. Desgleichen die Tatsache, daß »eine solche unablässige Diversifikation nur möglich und denkbar vor dem Hintergrund der kapitalistischen Globalisierung ist«, daß also in der Konsequenz »der Begriff des ›Multikulturalismus‹ perfekt in die Logik des globalen Marktes« passe (*Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*, Frankfurt a.M. 2002).

Denn die »einzige Verbindlichkeit zwischen diesen multiplen Gruppen« sei »die Verbindlichkeit des Kapitals selbst, immer bereit, die spezifischen Forderungen jeder Gruppe und Untergruppe zu befriedigen«. So wie das globale Kapital die Bedürfnisse von immer neuen Minderheiten weckt und stillt, so kreativ ist es bei der Anpassung an örtliche Religionen und Traditionen. Da es, so betont Žižek wiederholt, keine kapitalistische Weltanschauung als solche gibt, die daher auch keine einheitliche kapitalistische »Kultur« hervorbringen kann, besteht die grundsätzliche Lehre der derzeitigen Globalisierungsprozesse »darin, daß sich der Kapitalismus selbst allen Kulturen anzupassen vermag« (*Gewalt. Sechs abseitige Reflexionen*, Hamburg 2011).

Mit Žižek ist – ohne ihn unhöflicherweise seines kommunistischen Bekenntnisses und des universalistisch-egalitären Elans zu berauben – weder die gegenwärtige multikulturelle kapitalistische Gesellschaft, noch die Erhebung der »Refugees« zum »revolutionären Subjekt«, noch die sofortige Öffnung aller Grenzen zu machen. Diejenigen, die letztgenanntes fordern, bezeichnet Žižek in seinem jüngst veröffentlichten Kompendium als die »größten Heuchler«, da sie insgeheim wüßten, daß diese Forderung nicht realisierbar sei (*Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror*, Berlin 2015).

Multikulturalismus brandmarkt er als »eine verleugnete, verkehrte, selbstreferentielle Form des Rassismus«, und zwar eines solchen »Rassismus, der seine eigene Position von jeg-

lichem positiven Inhalt freigemacht hat«. Das *enfant terrible* des neoleninistischen Kommunismus hat trotz solch offenkundig neurechter Anwendungen gebührende Resonanzräume an Universitäten und in Feuilletons. Um so wichtiger ist es, Žižeks Logik partiell zu adaptieren, gilt doch speziell für die nichtliberale Rechte die aufzuhebende Problematik, daß der linksliberale Multikulturalismus im Rahmen der kapitalistischen Ordnung »als Ideologie hegemonial ist« (*Auf verlorenem Posten*, Frankfurt a.M. 2009, mittlerweile 6. Auflage).

Für Žižek ist es nicht »wahr«, nicht Sinn und Zweck des menschlichen Daseins, als Konsument und Ware (durch Verkauf seiner selbst als Arbeitskraft) über den Globus zu zirkulieren wie ein bindungsloses, austauschbares Objekt. Die entstandene »neue globale Klasse« der »Weltbürger« – etwa mit »einem indischen Paß, einem Schloß in Schottland, einer Zweitwohnung in New York und einer Privatinsel in der Karibik« –, die in privaten, bewachten Wohnanlagen verkehrt, finde ihr Gegenstück in den Slums der Megastädte und den Flüchtlingsströmen: »Es sind zwei Seiten derselben Medaille, die beiden Extreme der neuen Klassenteilung.«

Anders als viele Linke will Žižek das globale Armutsproblem nicht lösen, indem alle Weltprobleme nach Europa importiert werden; sein Anspruch beinhaltet nichts weniger als das gewiß utopische Ziel, »die Basis der Gesellschaft weltweit so umzugestalten, daß keine verzweifelte Flüchtlinge mehr auf diesen Weg gezwungen werden« (*Der neue Klassenkampf*). Žižek weiter: »Der erste Schritt ist selbstverständlich, die eigentliche Ursache ebenso in den Dynamiken des globalen Kapitalismus ausfindig zu machen wie in den Abläufen militärischer Interventionen. Kurzum, im anhaltenden Durcheinander der ›Neuen Weltordnung‹, dem wahren Gesicht unserer Zeit.« Hier wie im folgenden ist Žižek zuzustimmen, daß als das primäre Problem für die wandernden Völkermassen die horrende Anzahl »gescheiterter Staaten« anzusehen ist, deren Kollaps meist infolge internationaler Wirtschaft und Politik herbeigeführt wird. Diese gewaltige Problematik kann weder mit Hilfe der Europäischen Union noch der reichen sunnitischen Golfstaaten – etwa Saudi-Arabien oder Katar – gelöst werden. Die »Außenposten des westlichen Kapitals« sind wesentlich für die Krisen dieser Tage verantwortlich, ob es um das »Aufkommen einer neuen Sklaverei« oder um die Verursachung von Flüchtlingsströmen durch Entfesselung von Kriegen – etwa gegen Syrien oder im Jemen – geht.

Es handelt sich bei dieser globalen Problemstellung um die explosive Komplizenschaft zwischen Liberalismus (dem »Westen«) und religiösem Fundamentalismus (Saudi-Arabien et al.) unter der Dominanz des Kapitals. Daher sind die Bausteine der Weltwirtschaft der »Schlüsselbereich, dort wird die Schlacht entschieden werden, es gilt, den Bann des globalen Kapitalismus zu brechen – aber die Intervention muß politisch sein, nicht ökonomisch« (*Die bösen Geister des*

himmlischen Bereichs. Der linke Kampf um das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2012).

Diese im Kern richtige These führt indes zu jenem Punkt, an dem der gemeinsame Weg mit Žižek endet. Ihn interessiert zuallererst der globale Klassenkampf, der die Widersprüche der kapitalistischen »NWO« aufheben solle. Es liegt ihm nichts am Versuch einer Bewahrung des Bewahrenswerten und am Überleben souveräner Staaten.



Freilich kann es ohnehin nicht um vollständige Kongruenz mit einem abstrakten kommunistischen Abenteuer wie Žižek gehen. Entscheidend ist vielmehr die Schlußfolgerung, daß es für Konservative nötig ist, – in Žižeks Sprache gesprochen – die stupende Analyse der Antagonismen des globalen Kapitalismus und seiner regionalen Zentralen aufzugreifen, um die herrschenden Zustände langfristig zu ändern. Žižek hilft, über den Rahmen der vorliegenden Konstellation hinauszudenken, er beherrscht die Kunst widerständiger Träume, die nötig sind, um theoretische und praktische Streifzüge jenseits des Durchschnittlichen zu wagen.

Jede politische Intervention ist ein Sprung ins Unbekannte (vgl. *Das Jahr der gefährlichen Träume*, Frankfurt a.M. 2013). Aber was macht das aus in der momentanen Lage, in der selbst das unmittelbare politische Morgen völlig unbekannt sein muß? »Die Leute rebellieren nicht, wenn die ›Dinge wirklich schlecht stehen‹, sondern wenn ihre Erwartungen enttäuscht werden«, konstatiert der polyglotte Provokateur (*Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus*, Frankfurt a.M. 2015). Vielleicht sollte man der bundesdeutschen Nomenklatura daher trotz der akuten Krisensituation einfach Zeit schenken; Zeit, die gesetzten Erwartungen (»Wir schaffen das!«) gehörig in den Sand zu setzen. ■

Widerstand und Sabotage

von Erik Lehnert

Zur Beantwortung der Frage, ob ein Widerstandsakt legitim ist, ist mitunter der Zeitpunkt der Beurteilung entscheidend. Für Stauffenberg, um das bekannteste Beispiel zu nennen, liegt dies auf der Hand: War er 1944 ein Verräter, so wurde er nach Ende des Dritten Reiches von der umstrittenen Persönlichkeit zum Helden der Bundesrepublik. Unabhängig von der Wertschätzung, die man Stauffenberg als Persönlichkeit entgegenbringen mag, bleibt diese Stilisierung wohlfeil, weil sie die dahinterstehenden Probleme ausblendet. Einerseits wird der Widerstandsakt als solcher gefeiert, andererseits bleibt er historisch auf das Dritte Reich fixiert. Es wird nahegelegt, daß jegliches Handeln, daß nicht auf den Umsturz des damaligen Systems zielte, wenn nicht verbrecherisch, so doch unmoralisch gewesen sei. Die Gegenwart nach Hitler erscheint des Widerstands unbedürftig.

Diesen Widerspruch hat Carl Schmitt nach dem Zweiten Weltkrieg genau gesehen: »Hobbes ist der erste Moderne, bei dem sich der Haß gegen die Ideologien zeigt; aber wundervoll: Haß auch gegen die Ideologen des Widerstandsrechts, die Widerstands-Ideologen, die uns damals wie heute tyrannisieren und fern vom Schuß zur Sabotage aufrufen und *ex post* zu Verbrechern erklären, weil wir uns nicht entschließen konnten, Saboteure zu werden.« Er stellt dabei den Bezug zu Kierkegaard her, nachdem nur derjenige verpflichtet ist, für den christlichen Glauben zu sterben, der ihn predigt.

Für eine bestimmte geistige Elite waren die Antworten daher nicht ganz so einfach. Für sie stellte das Jahr 1945 keine so eindeutige Trennlinie zwischen böse und gut dar, wie es sich in der Interpretation der alliierten Sieger ausnahm. Zu diesen Leuten gehörte Gottfried Benn ebenso wie Ernst Jünger, Martin Heidegger oder auch Carl Schmitt. Sie alle waren vor 1945 mehr oder weniger deutlich in Ungnade gefallen und wurden nach der Niederlage zunächst nicht rehabilitiert, sondern hatten Publikationsverbot. Daß ein zeitweiliges Engagement für das Dritte Reich nicht den Hauptausschlag bildete, zeigt das Schicksal Jüngers, der trotz seiner Distanz zum NS bis 1949 mit einem Publikationsverbot belegt wurde. Sie alle schrieben in dieser Zeit für die Schublade, führten Tagebuch oder vertrauten ihre Gedan-

ken Briefen an. Benns Briefe an Oelze, Jüngers *Jahre der Okkupation* sind schon lange als in diesen Kontext gehörende Dokumente veröffentlicht worden. Große Aufregung gab es im letzten Jahr, als die ersten von Heideggers *Schwarzen Heften* erschienen. Auch von Carl Schmitt gibt es Entsprechendes. Das erste Mal erschien sein *Glossarium* 1991. Es handelt sich dabei wie auch bei Heidegger um ein Denktagebuch, das im Gegensatz zu Jüngers Schrift alles Persönliche außen vor läßt und sich den politisch-weltanschaulichen Zeitfragen widmet. Es finden sich darin zwar auch Zitate aus Briefen, die Schmitt an Dritte schickte, dennoch läßt es sich vom Charakter her am ehesten mit Heideggers *Schwarzen Heften* vergleichen. Als das *Glossarium* vor 25 Jahren erschien, stand es noch solitär da und zog eine große Zahl von Rezensionen nach sich.

Bald wurde allerdings klar, daß die Edition, die der ehemalige Assistent von Schmitt, Eberhard von Medem (begleitet von einem Vorwort des Nachlaßverwalters Joseph H. Kaiser), übernommen hatte, fehlerhaft und vor allem unvollständig war. Wenn jetzt das *Glossarium* neu erscheint, handelt es sich nicht um eine zweite Auflage, sondern um eine »erweiterte, berichtigte und kommentierte Neuausgabe« (Berlin: Duncker & Humblot 2015, 69,90 €). Medem hatte damals lediglich die ersten drei Bücher ediert, jetzt liegen alle fünf vor. Der Umfang hat sich dadurch (und durch den knapp gehaltenen Kommentar) von 364 auf 567 Seiten erhöht. Herausgegeben wurde die neue Ausgabe von Gerd Giesler und Martin Tielke, die beide schon viel für das Werk von Schmitt getan haben.

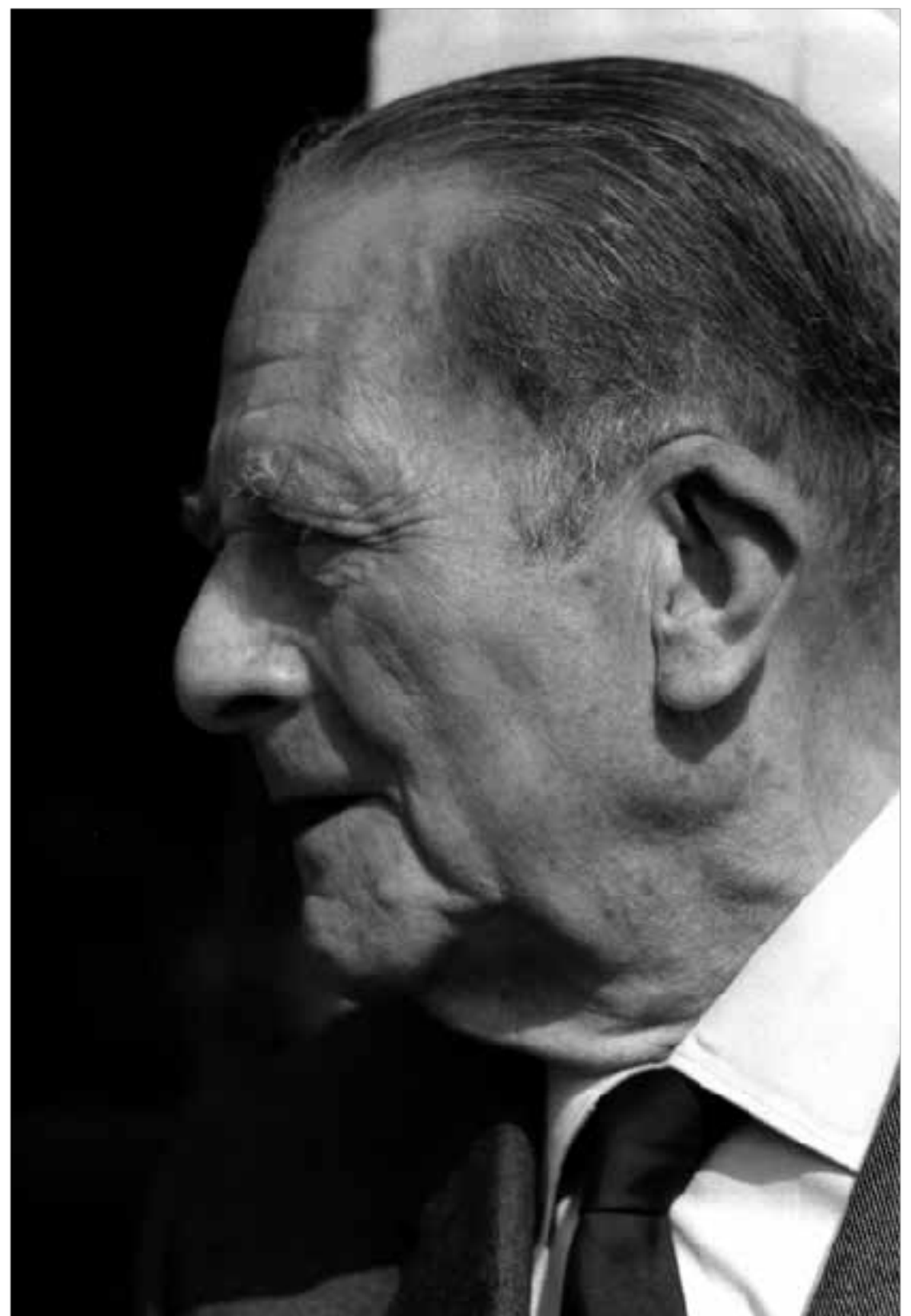
Das *Glossarium* umfaßt in der jetzt vorliegenden gültigen Gestalt den Zeitraum vom 28. August 1947 bis zum 31. Dezember 1958. Im Gegensatz zu seinen privaten Tagebüchern ist es nicht in der Gabelsberger Stenographie (die nur gelegentlich vorkommt) gehalten, sondern in Langschrift, so daß die Entzifferung nur bei ganz wenigen Stellen nicht gelang. CS hat es zudem immer wieder überarbeitet und mit Vermerken (und Nachschriften) versehen, so daß zumindest vermutet werden kann, daß CS das *Glossarium* Dritten zugänglich machen wollte, wenngleich die Herausgeber eine geplante Veröffentlichung bezweifeln.

Sinn und Zweck des *Glossariums* ergeben sich nicht nur aus dem Inhalt, sondern bereits aus dem Datum der Niederschrift. Schmitt begann sein Denktagebuch, als er in das heimatische Plettenberg zurückkehrte. Diesem Abstieg war eine beeindruckende Aufstiegsgeschichte vorausgegangen. Der Sohn armer Katholiken studierte Jura und machte in der Weimarer Republik rasch Karriere, wurde Professor und veröffentlichte Bücher, die durch Schmitts Lust an der Definition und seine geschliffene Sprache ein breites Echo fanden. Er wurde 1933 Professor in Berlin, engagierte sich beim nationalsozialistischen Umbau des Reiches, fiel 1936 in Ungnade, blieb aber Professor, wenngleich er jetzt keinen Zugang zur Macht mehr hatte. Die Alliierten internierten ihn nach der Eroberung Berlins, ließen ihn nach einem Jahr frei, setzten ihn im Zuge des Nürnberger Prozesses wieder fest und entließen ihn schließlich Ende Mai 1947 nach Plettenberg.

Naturgemäß haderte CS mit seinem Schicksal, und nicht zuletzt diente sein Denktagebuch dazu, die Vorgänge der letzten Jahre zu deuten und damit auch seinem eigenen Schicksal einen Sinn abzugewinnen (»Der Aufbrecher wird schnell zum Verbrecher, wenn die anderen nicht mitgehen und die Gefolgschaft verweigern ...«). Schmitt war nicht so vermessen, sich lediglich ungerecht behandelt zu fühlen, war aber auch nicht bereit, eigene Fehler zuzugeben. Vielmehr ging es ihm darum, sein eigenes Schicksal als stellvertretend für einen Gesamtprozeß zu deuten, der nicht weniger als den Untergang des europäischen öffentlichen Rechts (und damit des nichtdiskriminierenden Kriegsbegriffs) bedeutete. CS verstand sich als Bauernopfer dieses Prozesses.

Ein Indiz dafür, daß er die ganze Geschichte zumindest seit 1936 als einen ununterbrochenen Niedergang begriff, sind seine häufigen Verweise auf die Novelle *Benito Cereno* von Herman Melville, in der ein spanischer Kapitän von aufständischen Sklaven (für äußere Beobachter zunächst unerkannt) als Geisel gehalten wird. Sie spielte seit jener Zeit eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis von CS, der sich selbst als Cereno sah, der von den Nationalsozialisten als Geisel mißbraucht wurde. Die Lage hatte sich für ihn nur insofern geändert, daß er jetzt nicht mehr Geisel war, sondern als schuldig galt, weil er einmal Geisel gewesen war.

Eine zentrale Frage des *Glossariums* ist daher, warum er 1933 mitgemacht hat und wie die möglichen Alternativen zu bewerten sind. Die Antwort liegt für einen Juristen nahe. Er habe mitgemacht, um dem Recht zur Geltung zu verhelfen und der reinen Technokratie etwas entgegenzusetzen. Auch seinen bekannten Aufsatz »Der Führer schützt das Recht« interpretierte er dementsprechend als Versuch, Hitler »den erprobten Trick der Legalität aus der Hand zu nehmen und ihn zu einer rechtsförmigen Verantwortung zu zwingen«. Dementsprechend gallig sind seine Kommentare zum Werk und zur Person Jüngers (»Ich-verrückter Rechthaber«), der in den Jahren des *Glossariums* an Reputation



gewann. Dieser sprach CS die Berechtigung ab, über ihn zu urteilen, eben weil er damals mitgemacht und nicht auf Jünger gehört habe. Als 1991 das *Glossarium* erstmals erschien, lebte Jünger noch, weshalb diese Urteile damals eine echte Brisanz hatten.

In der Masse der Themen ist das *Glossarium* einzigartig, und in vielen Einsichten, die nicht unbedingt die eigene Person betreffen, bleiben Schmitts Erkenntnisse gültig, z. B.: »Was ist Faschismus? Faschismus ist jeder Versuch, die großen Weltfragen der Gegenwart anders als marxistisch zu beantworten. Diese Sprachregelung ist der eigentliche Sieg Stalins ...« Entscheidend für die heutigen Debatten sind aber weniger seine apodiktischen Definitionen als seine Fragen, die oftmals unbeantwortet blieben und gerade dadurch zeigen, daß es sich hier um Fragen handelte, die in jeder Situation neu beantwortet werden müssen.

Wenn er nach den Möglichkeiten des Widerstands fragt, wird deutlich, daß es dabei immer um alles geht, ein bißchen Widerstand also nicht möglich ist. »Ek-sistenz, Dasein in der Lichtung, ekstatisches Innestehen in der Offenheit des Seins hat nur der höchste Machthaber. Wie willst Du ihn töten, ohne das Haus zu zerstören, in dem wir alle wohnen? Ohne die Lichtung zu trüben, in der wir existieren? Das kann nur der blinde Simson, und er kann es nicht justizförmig, sondern nur elementar, nachdem seine Haare wieder gewachsen sind. Er zerstört das ganze Haus und sich selbst.« Die Frage, die sich daraus ergibt, ist weniger die nach der Legitimität von Stauffenbergs Tat als die nach dem höchsten Machthaber. Das sind wir, die »menschliche Gesellschaft« selbst, die sich zum Gott erhoben hat. ■

Vor dem Bücherschrank (XII) – Literarischer Widerstand im Dritten Reich, in der DDR und der Bundesrepublik

von Michael Rieger

Bei der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 wurden Bücher von Heinrich Mann, Bertolt Brecht und Erich Maria Remarque ins Feuer geworfen, als wären sie damit vom Erdboden getilgt. Die demonstrative Verbrennung von Literatur, von Kunst, Ideen, Gedanken sollte eine »Reinigung« darstellen, die Bibliotheken wurden gesäubert; was mißliebig schien, wurde aussortiert. Gleichwohl legte die radikale Auslöschung nahe, daß Literatur ein gefährlicher geistiger Machtfaktor sein kann, was auch die Bedeutung und Gefährdung der Literatur des Widerstands erklärt.

Mann, Brecht und Remarque hatten guten Grund, das Land zu verlassen, wie viele linke Autoren, wie Anna Seghers, Lion Feuchtwanger oder Johannes R. Becher. Andere Autoren sind in Deutschland geblieben und haben ihre Fahne dennoch nicht nach dem Wind gehängt. Aus dieser inneren Emigration in Deutschland gingen bemerkenswerte literarische Widerstandsakte gegen den Nationalsozialismus hervor, etwa Ernst Jüngers Erzählung *Auf den Mar-morklippen* (1939), die bekanntlich dazu führte, daß Joseph Goebbels den Autor sogleich »zu lebenslänglicher Haft in ein Konzentrationslager« bringen lassen wollte.

Doch blenden wir zurück in den Winter 1932/33. In Potsdam arbeitete Reinhold Schneider, der nach intensiven Studien zur spanischen und portugiesischen Geschichte geradezu »überfallen« wurde von der »preußischen Idee«, an seinem Buch über die Hohenzollern, während unten auf der Straße die SA marschierte und aus dem Radio die »peitschenden Stimmen« der Massenversammlungen dröhnten. »Wenden wir uns der Geschichte zu, so müssen wir bereit sein, Werte in ihr zu finden« – aber welche Werte hat Schneider gefunden? »Das Reich ist und bleibt der höchste deutsche Wert«, heißt es in aller Klarheit im Hohenzollern-Buch. Doch dürfe man das Reich, »jene erhabene Form«, nicht gegen Preußen ausspielen. Weil es die »stärkste formgebende Kraft« war, die im Reich existierte, mußten das »preußische Beispiel« und seine »menschlichen Werte« bejaht werden. Preußen illustrierte, daß es der »gemeinsame Dienst« sei, der ein Volk »erschaffe« – und sicher »nicht das Blut, nicht die Rasse«. Überdeutlich setzte sich

Schneider von der aktuellen Mystifikation der Rasse ab und berief sich dabei auf Preußen. Daher hat Wolfgang Frühwald auch festgestellt: »Ohne Zweifel gehört 1933 Schneiders Haltung im Buch über *Die Hohenzollern* zur Literatur der ›konservativen Revolution‹ in Deutschland.« Schon im Dezember 1931 hatte Schneider sehr hellsehtig geschrieben, daß die nationalsozialistische Bewegung »nur zur Katastrophe führen« könne, denn das, was sie aufhalten wolle, werde durch sie nur »beschleunigt«.

Als Schneider das Manuskript im März 1933 beendete, hatten sich die Nationalsozialisten Preußens bemächtigt. Zum »Tag von Potsdam« schrieb Schneider: »Grotesk war, daß der Kronprinz in der Kaiserin Loge mit dabei saß und zusah, wie andere sein Reich verwalteten.« Das Hohenzollern-Buch erschien im August 1933, eine zweite Auflage kam noch heraus, aber 1935 schrieb Schneiders Verleger, das Buch sei »höheren Orts sehr unbeliebt«.

Derweil hatte Reinhold Schneider in Potsdam eine wichtige Freundschaft geschlossen, mit dem gleichaltrigen Autor und Radio-Redakteur Jochen Klepper. Nach Lektüre von Schneiders *Hohenzollern* schrieb der voller Begeisterung: »Ich wünschte mir nur, Ihrem Buch einen nur annähernd ebenbürtigen Roman an die Seite stellen zu können!« In den folgenden Jahren sollte er eben das tun: Klepper griff auf erzählende Weise jenen Stoff auf, den Schneider zuvor geschichtspoetisch erkundet hatte. 1937 erschien Kleppers *Der Vater – Der Roman des Soldatenkönigs*, sein Porträt von Friedrich Wilhelm I.

Gegen »das überlieferte Bild des ungebildeten Soldatenkönigs, der seine Landeskinder prügelte« stellte der Pfarrerssohn und tiefgläubige evangelische Christ Jochen Klepper »seine Interpretation des gläubigen, christlichen Königs« und zeichnete »den autokratischen Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) als einen pflichtbewußten, aufopferungsvollen Herrscher, der sich ganz unter das Gesetz seines Gottes gestellt hat, der sich von Gott in die Pflicht für Land und Leute genommen sieht und an dieser Aufgabe fast zerbricht«, wie Ursula Homann schreibt. Der König liest in der Bibel und erscheint als »Sachwalter Gottes auf Er-

den«. Es kann von einem theologischen Roman gesprochen werden. In dessen Vorarbeiten findet sich auch ein Gedicht: »Herr, laß uns wieder einen König sehen, / bevor die Welt die Könige vergißt. / Denn sonst vermögen wir nicht zu verstehen, / nach welchem Maß man deine Ordnung mißt.« Und eben in Friedrich Wilhelm I. wollte Klepper dieses Maß der Ordnung widerspiegeln – Reinhold Schneider und Jochen Klepper waren keine eingeschworenen Republikaner, sondern Monarchisten, die Kontakt zum exilierten Kaiser in Holland hielten und politische Herrschaft stets auf eine höhere, göttliche Ordnungsmacht bezogen.

Der Vater war ein Verkaufserfolg. Obwohl schon das vorangestellte Bibelzitat »Den Königen ist Unrecht tun ein Greuel; denn durch Gerechtigkeit wird der Thron befestigt« aufmerksamen Lesern einen theologischen Interpretationsschlüssel an die Hand geben mochte, wurde das Buch im *Völkischen Beobachter* gelobt und erreichte bis 1945 eine Auflage von 100 000 Exemplaren. Wer die religiöse Tiefenstruktur über sah, las einfach ein Lebensbild des Soldatenkönigs. Die christlich fundierte preußische Ordnung ist aber als Gegenentwurf zum totalitären Staat, der christliche Monarch als Gegenfigur zu Adolf Hitler konzipiert, auch wenn heutige Germanisten den fundamentalen Unterschied zwischen preußischen Autoritätsstrukturen und totalitärem Staat nicht mehr erkennen wollen. Um 1937 ist das Buch aber durchaus mit dieser kritischen Perspektive gelesen worden, was zustimmende Reaktionen aus der Wehrmacht oder der Bekennenden Kirche ebenso belegen wie ablehnende Urteile von Nationalsozialisten.

Die Wahl eines historischen Sujets ermöglichte es Klepper und anderen Autoren, ihrer Gegenwart einen kritischen Spiegel vorzuhalten. Die historische »Maskierung« ist auch die zentrale Strategie von Reinhold Schneiders *Las Casas vor Karl V. Szenen aus der Konquistadorenzeit* (1938), »ein Widerstandsroman«, der »zu den wenigen Beispielen« gehört, »die Klarheit des politischen Standpunkts mit literarischer Qualität verbinden«. Das Buch zählt, so der Literaturwissenschaftler Wolfgang Kaempfer, »zum Bedeutendsten, was die literarische innere Emigration hervorgebracht hat. Mit ihm gelingt es Schneider, Zeitgeschichte auf Geschichte so zu projizieren, daß die Literatur zur Anklage und die Anklage zur Literatur wird«.

Bei seinen Studien zur iberischen Geschichte war Schneider auf Bartolomé de Las Casas (1484–1566) gestoßen, der sich, nachdem er im Rahmen der spanischen Conquista Massaker und Hinrichtungen erlebt hatte, für die Rechte der Ureinwohner einsetzte. Obwohl es Las Casas gelang, Karl V. zur Erlassung neuer

Gesetze gegen die Ausbeutung der Indios zu bewegen, blieben diese Bemühungen doch letztlich wirkungslos. Reinhold Schneider wählte die historische Gestalt und die Versklavung der Indios in der Neuen Welt, um damit eine Analogie zur Entrechtung der Juden in Deutschland herzustellen.



von links: Jochen Klepper, Reinhold Schneider

Die im Text formulierte Kritik am Dritten Reich ist mit Händen zu greifen. So wird jede Form von Gewaltherrschaft als illegitim abgelehnt: »Aber wer mit dem Schwert diese Welt betritt, der sieht sie nicht; er hat Gottes Welt schon verloren.« Die Not »rührt daher, daß ich täglich fühle, wie Gottes Welt verdorben wird, weil falsche Gedanken in den Menschen wohnen und sie zu unfrohen Taten zwingen. Denn mit den Schwertern ihres Machtverlangens und den Grabhacken ihrer Gier zerschlagen sie den Spiegel im Menschen, in dem Gottes Antlitz steht; wer aber kann den Mißhandelten, in dem der Spiegel zertrümmert ist, noch einen Menschen nennen?

Er ist Satans Gehäuse. Denn wo Gott flieht, da zieht Satan ein«. Ideologie, Gottferne und Entmenslichung gehen Hand in Hand, wie enthemmte Gewaltakte in der Neuen Welt zeigen, die Greuelthaten an Greisen, »die man wie Kehrlicht vor die Haustür geworfen« hat, die Schreie »derer, die unter Peitschenhieben starben, und derer, die lebendig verbrannt wurden (...), und derer, die in der Folter hingen«. Der historische Bericht wird gar zur Prophetie, wenn »Hügel und Berge von Toten« beschrieben werden.

Die Parallele zur Entrechtung und Entwürdigung der deutschen Juden konnte schwerlich übersehen werden. Dabei bezieht sich Schneider auf den berühmten Disput von Valladolid, das Streitgespräch zwischen Las Casas und dem Rechtsgelehrten Ginés de Sepúlveda. Sepúlveda propagiert die Eroberung, und er werde bestimmt Zeugen heranziehen, die belegen könnten, daß »die Indios von Grund auf tückisch und böse wären und daher (...) mit dem Schwerte nie-

Literaturhinweise:

Silvio Blatter: *Das sanfte Gesetz*, Frankfurt a.M. 1988;

Theo Girshausen (Hrsg.): *Die Hamletmaschine. Heiner Müllers Endspiel*, Köln 1978;

Uwe Johnson: *Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953*, Frankfurt a.M. 1985;

Jochen Klepper: *Der Vater. Der Roman des Soldatenkönigs*, Stuttgart/Berlin 1937;

Reinhold Schneider: *Die Hohenzollern. Tragik und Königtum*, Leipzig 1933;

Reinhold Schneider: *Las Casas vor Karl V. Szenen aus der Konquistadorenzeit*, Leipzig 1938.

dergezwungen werden müßten«. Die Anspielung auf die antijüdische Propaganda im Dritten Reich ist offensichtlich.

Angesichts der Wucht der Anklage, die Schneider in *Las Casas* formuliert hatte, wurde das Buch kurz nach Erscheinen verboten. 1941 entzog man Schneider dann die offizielle Druckerlaubnis, so daß er nur noch illegal, unter Le-

funden hätten – gleichwohl mögen ihre Werke »so manches kritische Rasonnement ausgelöst haben« (um eine auf Jochen Kleppers *Vater* gemünzte Formulierung Wolfgang Kaempfers aufzugreifen). »Widerstand«, das bedeutete zunächst einmal, daß das entsprechende Buch gar nicht erst gedruckt wurde, zumindest nicht im Osten. So erging es auch dem jungen Uwe John-



Szene aus *Hunger auf Leben* (2004), Spielfilm über das Leben Brigitte Reimanns mit Martina Gedeck als Hauptdarstellerin

bensgefahr veröffentlichen konnte. Hierher gehört auch das Schicksal seines Freundes, des Preußen-Bewunderers Jochen Klepper, der mit einer Jüdin verheiratet war. Um der Deportation von Frau und Tochter zu entgehen, ist die Familie Klepper am 11. Dezember 1942 »gemeinsam in den Tod« gegangen.

In der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR gab es keine Bücherverbrennungen, aber auch hier wurde Literatur nach politischen Kriterien ausgesondert und landete in einzelnen Fällen direkt auf dem Müll: Beispielsweise wurde der Mecklenburger Heimatschriftsteller Friedrich Griese als »aktiver Faschist« denunziert und seine wertvolle Bibliothek »mit Mistgabeln auf Leiterwagen verladen und zur Vernichtung« gebracht (Reinhard Rösler). Zimperlich konnte man bei der Errichtung eines stalinistischen Systems auf deutschem Boden nicht zu Werke gehen, und man erwarte daher auch nicht, daß sich die Staatsschriftsteller wie Anna Seghers, Hermann Kant oder Christa Wolf gleichzeitig noch im Widerstand gegen ihren Staat be-

son mit seinem ersten Roman *Ingrid Babendererde*, der die Geschichte einer Abiturklasse des Jahres 1953 schildert. Obwohl die DDR-Verfassung die Meinungsfreiheit formal garantiert, werden die Abiturienten mit einer etwas anderen Realität konfrontiert: mit der Unterdrückung der protestantischen Jungen Gemeinde durch die SED. Als Ingrid Babendererde (die also mit beiden Beinen auf der Erde, auf dem Boden steht) den Schwur auf den »vormundschaftlichen Staat« (Rolf Henrich) verweigert, wird sie wegen »parteischädigenden Verhaltens« unmittelbar vor dem Abitur der Schule verwiesen. Da Ingrid »mit solchen Leuten nichts mehr zu tun haben« will, stellt sie ihre »Reife« nun auf andere Weise unter Beweis und verläßt mit ihrem Freund – beide »Schandflecke« für die »demokratische Oberschule« – die DDR, wie auch Johnson selbst, nachdem sein Buch unveröffentlicht blieb, dem Land 1959 den Rücken kehrte.

In einem Anflug von kulturpolitischer Liberalisierung konnten Ulrich Plenzdorfs Werther-Modernisierung *Die neuen Leiden des jungen W.* (1972) und auch Volker Brauns *Unvollendete Geschichte* (1975) in *Sinn und Form* erscheinen, beides Texte, in denen der Selbstmord bzw. Selbstmordversuch der Protagonisten immerhin auf ihr Leiden an der Enge der DDR zu-

rückgeführt werden. Aber Honeckers Kulturpolitik hatte auch ihre Grenzen, wie das Beispiel von Heiner Müller belegt, dessen apokalyptische Texte eine Art Kettensägenmassaker innerhalb der DDR-Literatur darstellen. Das gilt vor allem für seine *Hamletmaschine* (1977), die mit allen Theaterkonventionen gebrochen hat. Shakespeares Hamlet, der klarsichtige Zauderer,



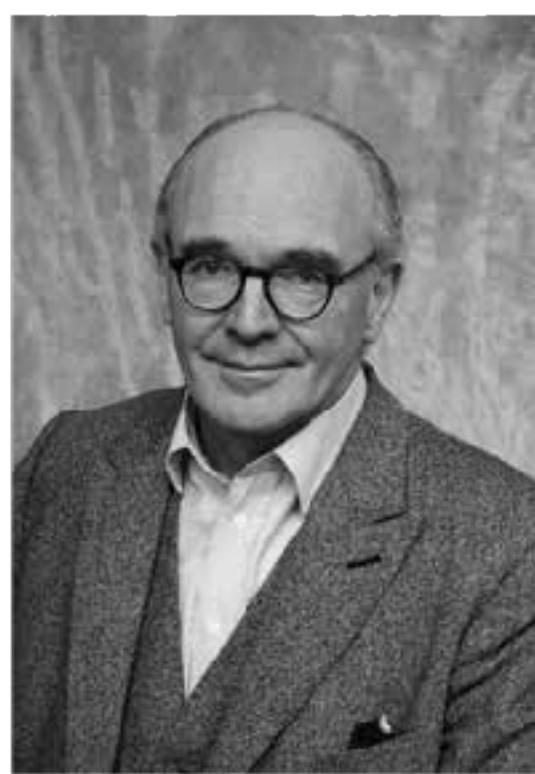
von links: Uwe Johnson, Ulrich Plenzdorf

ist Müller zum Spiegelbild für den Intellektuellen in den Ostblockstaaten geworden: loyal und doch kritisch, erkennt der postmoderne Hamlet, daß er aufgrund seiner Privilegien verlogen, ja gar schizophren geworden ist. Er schreibt für ein System, das doch nur ein Gefängnis ist, und für eine Revolution, die längst zu Zement erstarrt ist. Auf Stalins Tod 1953 und den Ungarn-Aufstand 1956 anspielend, schreibt Müller: »Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Das Denkmal liegt am Boden, geschleift drei Jahre nach dem Staatsbegräbnis des Gehaßten und Verehrten von seinen Nachfolgern in der Macht.« Der intellektuelle Künstler im Ostblock dient einem Unterdrückungsregime, das ohne Mauer, Stacheldraht, Arbeitslager und Folter nicht existieren kann: »Irgendwo werden Leiber zerbrochen, damit ich wohnen kann in meiner Scheiße«, sagt Müllers Hamlet. »Irgendwo werden Leiber geöffnet, damit ich allein sein kann mit meinem Blut.« In eine Rüstung gekleidet, spaltet er »mit dem Beil die Köpfe von Marx Lenin Mao«, es herrscht längst »Schnee. Eiszeit«. Mit anderen Worten: *fin de partie* – zwölf Jahre vor dem offiziellen Ende hat Müller dem »realexistierenden Sozialismus« den Totenschein ausgestellt. Wenig überraschend wurde *Die Hamletmaschine* nicht in Ost-Berlin, sondern in Paris uraufgeführt. Erst als die DDR zusammenbrach, im Frühjahr 1990, konnte Müller das Stück in Berlin inszenieren.

»Widerstand« in der Tyrannei, der nationalsozialistischen wie der kommunistischen, konnte, auch wenn es sich »nur« um den »Widerstand der Ästhetik« handelte, mit dem Verlust der Freiheit oder gar des Lebens enden. Beziehen wir die Kategorie des literarischen Widerstands auf die Bundesrepublik Deutschland, ist der Gegner jedoch keine klar definierte Diktatur, kein bra-

chiales Unterdrückungssystem. Sehr wohl aber können die allgegenwärtige »Diktatur des Relativismus« (Benedikt XVI.) oder vergleichbare Auflösungserscheinungen der Moderne zum Anlaß des Widerstands werden. Autoren wie Martin Mosebach (*Häresie der Formlosigkeit*) und Botho Strauß (*Der Aufstand gegen die sekundäre Welt; Die Unbeholfenen*) haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten konservative, widerständige Positionen zum Mainstream eingenommen, ohne daß ihre literarischen Widerstandsschriften im Untergrund zirkulieren müßten.

An dieser Stelle sei an einem Beispiel demonstriert, daß sich auch bei linken oder als links rezipierten Autoren bemerkenswerte konservative Topoi finden. Wie der Mensch in seinem Menschsein, in seiner personalen Würde, in seinen Fähigkeiten von zunehmender Entfremdung und Gleichmacherei bedroht ist, so ist es auch die Welt, die Landschaft, die Natur mit ihm und um ihn herum. Silvio Blatter, von Heinrich Böll beeinflusst, hat dies zum Thema seines großen Panoramas, der *Freiamt-Trilogie*, gemacht (1978–88) – die drei Bände evozieren allesamt konservative Bilder: *Zunehmen des Heimweh*, *Kein schöner Land*, *Das sanfte Gesetz*. Das Freiamt ist eine Region im Norden der Schweiz, im Aargau, und doch gilt, wie Otto Lorenz in der *Zeit* schrieb: »Das Freiamt ist überall.« Denn überall wird die Landschaft zersiedelt, zerstört, überall wird der Boden in-



von links: Martin Mosebach, Botho Strauß

dustriell zugerichtet, und mit den Landschaften lösen sich auch die Traditionen und die natürlichen Bezüge der Gemeinschaft und Heimat auf. Diese Bedrohung vor Augen, erinnert Blatter an Adalbert Stifter, dessen »Sanftes Gesetz« (siehe *Sezession* 55, S. 44–45) ihm zum Vorbild wird. Blatter fordert die Menschen auf, zu diesem »Sanften Gesetz« zurückzukehren, sich wieder einzugliedern in den natürlichen Lauf der Dinge. Stifters Leitbild des »Sanften Gesetzes« kann Vertrauen, Hoffnung, Identität und Mut vermitteln. »Wenn einer also Rückhalt und Zuversicht hat, dann kann er das Entscheidende leisten«, so Blatter. Und was ist das Entscheidende? »Das Leben bejahen, darauf geschworen er sich. Es war ein Beweggrund, es schuf die Voraussetzung, um sich zu wehren. Er sah darin eine Form von Widerstand.« ■

Schöne Literatur

Angela Rohr: *Lager*, Berlin: Aufbau 2015. 445 S., 22.95 €

Ein Roman ist dies von seiner Struktur her. Angela Rohrs *Lager* entbehrt jedoch der Fiktionalität. Eine Autobiographie liegt hier gleichwohl nicht vor, denn die Zeit zwischen Rohrs Verurteilung zu fünfjähriger Lagerhaft und die anschließende »Ewige Verbannung« bis zur Rehabilitierung 1957 umfaßt nicht mehr und nicht weniger als 16 Jahre eines Lebens, das 95 Jahre währen sollte. Was Angela Rohr hier, in relativer Chronologie geordnet, über ihre Zeit als inhaftierte Lagerärztin in Westsibirien schrieb, entzieht sich der Faßbarkeit. Faßbar ist: Angela Müllner wurde 1890 in Mähren geboren, besuchte die höhere Schule in Wien, verließ als Siebzehnjährige ihre Familie, wurde früh Mutter, studierte Medizin. Sie veröffentlichte erste literarische Versuche, hatte engen Kontakt zu Dada-Kreisen, befreundete sich mit Rilke, später mit Bertolt Brecht. Sie war oft (schwer) krank, ihrem dritten, deutlich jüngeren Mann Wilhelm Rohr folgte sie nach Moskau. Eine der Photographien, die dem Roman angehängt sind, zeigt Angela Rohr im Pelzmantel während einer Forschungsreise nach Sibirien: eine schöne dunkelhaarige Frau, ernster Ausdruck, Kinn erhoben. Den klaren, gleichsam unerschütterlichen Blick wird sie noch in ihren Altersporträts zeigen. Rohr spezialisierte sich nach psychoanalytischen Abstechern auf Hämatologie, nebenbei arbeitete sie für lange Jahre als Rußlandkorrespondentin für die *Frankfurter Zeitung*. Wie zahlreiche Exildeutsche wurde sie 1941 unter Spionagevorwurf verhaftet. *Lager* setzt 1942 ein. Es ist ein Bericht, der nicht nur formal ohne Ausrufezeichen auskommt, er ist vom Inneren her eine nüchterne, nie zynische Dokumentation des

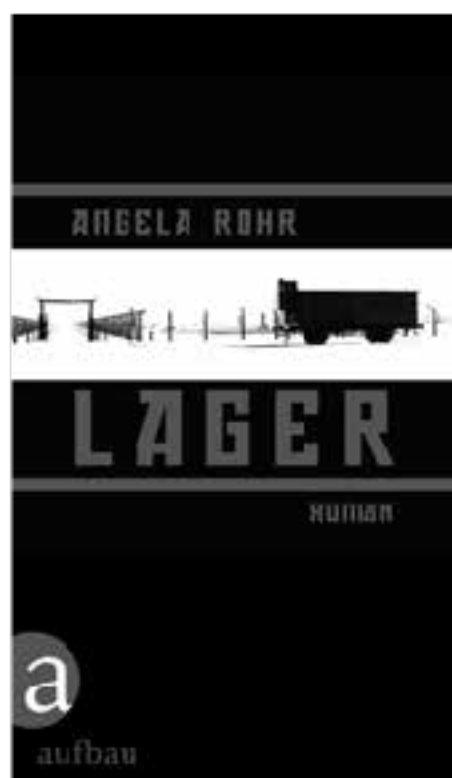
Grauens. Das also können Menschen Menschen antun – wenn erstere Rädchen im Getriebe einer Mordmaschinerie sind und letztere als Brennstoff für den Motor begriffen werden. Rohr hält sich weder mit lokalen Gegebenheiten auf – ein Satz reicht ihr hin zur Beschreibung einer Landschaft, zur Bewehrung eines Lagers – noch mit Erklärungs- und psychologischen Ergründungsversuchen. Sie schildert die Fahrnisse. Die Auswirkungen von Hunger in Kombination mit einer unmenschlichen Arbeitsnorm (erst bei Unterschreitung des halben »Normgewichts« gilt man als arbeitsunfähig), dazu katastrophale hygienische Zustände bestimmen ihr Wirken als Ärztin. Sie erzählt von Frauen, die gefrorene Kartoffeln aus dem Vorjahr ausgruben und den halbaufgetauten Brei aßen, von Häftlingen, die massenweise Kasein trinken, das zur Pappmachéherstellung gedacht war, von Kaugummi aus Steinkohleteer, von Männern, die unverdaute Maiskörner aus dem Klosett klaubten, von anderen, die süße Schierlingswurzeln am Flußufer ausgruben und daran erbärmlich verreckten – dies, obgleich sie diesen grausamen Tod selbst vielfach beobachten konnten. Rohr fand übrigens ein Mittel, Vergiftungen durch Wasserschierling zu kurieren. Hin und wieder muß Rohr für andere als ärztliche Tätigkeiten herhalten. Einmal fällt sie unter größter Anstrengung 28 Bäume um zu hören, daß 120 die Norm gewesen wären. Es fehlt nicht an absurden Tätigkeiten: das Formen von Papptieren gehört dazu. Wochenlang sitzt Rohr über fragilen Schwanenhälsen. Eine – privilegierte – Mitgefangene ist bestellt, mit der Gabel appetitliche Muster in die spärliche Gerstenbreiration zu drücken. Eine spätere

Aufgabe der Ärztin wird darin bestehen, wochenlang ausschließlich Fäzes (also: Stuhlgänge) zu begutachten. Ein anderes Mal ist Rohr beordert, aus Waggonladungen von (deutschen) Uniformmänteln Stücke zu reißen. Daraus werden Matratzen gefertigt; Bettlager voll verkrusteten Blutes. Über all die Jahre ist Rohrs

wichtigstes Arbeitsfeld, Arbeitsfähige von -unfähigen zu scheiden. Die Gulaginsassen haben normalerweise zwei Interessen: Stillung des Hungers, Entlastung von der Zwangsarbeit. Rohr beschreibt eine Vielzahl von Methoden, sich zu schädigen, ohne den (strafbe-

wehrten) Verdacht der Selbstverletzung auf sich zu ziehen: wie Männer (deren Achselbereich zu mager ist, um ein Thermometer halten zu können) im Wald auf ihr Bein urinieren, um sich Erfrierungen zuzuziehen; wie sich Frauen einen Faden erst durch die kariösen Zähne, dann durch die Brust ziehen, um bestimmte Krankheitssymptome hervorzurufen; wie Zucker als krankmachendes Inhalat hoch gehandelt wird; wie sich Gefangene Hülsenfrüchte in den After stopfen, um nach blutiger Prozedur einen Anusvorfall zu markieren; wie man mit Tintenminenstiften, unters Augenlid gebracht, Blindheit hervorrufen kann. Hohes Fieber wird erreicht, wenn man kurz einen Teil einer Rizinusbohne in einen Wundschlitz einführt – dumm, wenn das Bohnenstückchen subkutan verschwindet. Zahlreiche Frauen lassen sich »Kinder machen«; erstens, weil Schwangeren eine höhere Brotration zusteht, zweitens, weil das Gerücht geht, Mütter würden entlassen ... Nach der Lektüre denkt man nochmal anders über das vergangene Jahrhundert.

Ellen Kositzka



Homosexualität als soziales Konstrukt

Andreas Lombard: *Homosexualität gibt es nicht. Abschied von einem leeren Versprechen*, Waltrop/Leipzig: Manuscriptum, Edition Sonderwege 2015. 412 S., 22.80€

Der Umstand, daß hierzulande nicht mehr Homosexualität, sondern vielmehr Homophobie zum »sozialen Tod« führen kann, hat den Publizisten Andreas Lombard zu einer mutigen Widerrede bewogen. Als Provokation dürfte nicht wenigen Zeitgenossen schon der Titel dieses Großessays aufstoßen, mit dem der Verfasser es der homosexuell dominierten Gender-Ideologie, welche traditionelle Geschlechterrollen und Familienmodelle auf bloße »soziale Konstrukte« reduziert, scheinbar mit gleicher Münze heimzuzahlen sucht. Allerdings hat auch der US-amerikanische Historiker Robert Beachy seine jüngst erschienene Studie über die Anfänge des homosexuellen Szenewesens im Berlin des Fin de Siècle mit dem Untertitel »Die Erfindung der Homosexualität« versehen. Und zuvor hatte bereits Michel Foucault den modernen Typus des Homosexuellen als artifizielles »Produkt« eines Macht-Wissens-Dispositivs analysiert, welches unter dem Vorwand, unterdrückte Körper und verbotene Lüste zu befreien, letztlich nur eine gegenteilige, libertär-pornographische Totalerfassung der menschlichen Sexualität samt ihrer polymorphen Perversionen auf den Weg gebracht hat. Vor diesem Hintergrund erinnert Lombard daran, daß der Begriff der Sexualität ursprünglich auf die Weitergabe von Leben bezogen war, bevor er sich von diesem natürlichen Bedeutungskern abkoppelte, bis auch wissenschaftlich nur mehr von Sexualität und Fortpflanzung die Rede war. Allein dank dieser semantischen

Sterilisierung von »Sexualität« hat sich schließlich auch das Konzept einer gleichrangigen »Homosexualität« durchsetzen können, und freilich waren es insbesondere die Wortführer der »rosa« Schwulenbewegung, die von Anfang an die Vorzüge eines ebenso infertilen wie infantilen Lustprinzips bewarben, um gegen das lustfeindliche Realitätsprinzip der fruchtbaren »Brüter« eine anthropologische Revolte anzuzetteln.

Umso erklärungsbedürftiger ist die scheinbare Paradoxie, daß die von radikalen Queer-Fraktionen weiterhin als repressiv verfemten Institutionen Ehe und Familie mittlerweile zum höchsten Rechtsgut für Homosexuelle avancieren konnten, wobei sich noch heute nur eine kleine Minderheit für eine »eingetragene Lebenspartnerschaft« entscheidet. Diese Wende in der offiziellen Homosexuellenpolitik steht nach Lombard im Zusammenhang mit den Expansionsinteressen

eines milliarden-schweren reproduktionsmedizinischen Marktes, dem die Propagierung futuristischer Lebensmodelle bestens ins Werbekonzept paßt. Immerhin wird mit der »Ehe für alle« und der »Regenbogen-Familie« eine von hybridem menschlichem Machbarkeits-

wahn diktierte »Kunstfamilie« geschaffen, welche die traditionelle »Naturfamilie« als archaisch und anachronistisch erscheinen läßt und darum schon bald auch für progressive Heterosexuelle vorbildlich werden könnte. Nicht zuletzt mit dem ethisch bedenklichen Rechtsanspruch auf Wunschinder von Leihmüttern aus Samenbanken führen homosexuelle und biopolitische Interessensgruppen einvernehmlich einen massiven »Angriff auf das genealogische Prinzip« als solches.

Über die Sehnsucht vieler Homosexueller nach bürgerlicher Normalität spricht Lombard nirgends herablassend, doch

sieht er in der Simulation von Fertilität und Familialität durch künstliche Fortpflanzung und soziale Elternschaft immer auch eine narzißtische Kompensation jenes notorisch verleugneten Defizits der Homosexualität selbst, deren natürliche Folgenlosigkeit häufig mit manischer Getriebenheit und Bindungsabwehr einhergeht. An einem Fallbeispiel, dem Lebensschicksal eines Mannes, der nach einer traumatisch gescheiterten Beziehung zu einer Frau die Flucht in die homosexuelle Subkultur antritt, veranschaulicht Lombard, wie leicht exzessives Partyleben und Promiskuität in einen Teufelskreis von Sucht und Selbstzerstörung hineinführen können – aber auch: daß gerade die Erfahrung von Ausgebranntheit, Krankheit und Einsamkeit die Rückkehr in die heilsame Normalität einer personalisierten heterosexuellen Dauerbeziehung vorbereiten kann, deren kleines Glück mehr wert ist als die große Freiheit anonymer Darkrooms. Mit seiner Wahrnehmung, daß nach der Beseitigung politischer Diskriminierungen und seit der gezielten Förderung sexueller Diversitäten nur die innere Problematik der Homosexualität selbst ans grelle Tageslicht gekommen ist, dürfte Lombard, der soziologische Außen- und psychologische Innenansichten eindrucksvoll zu verblenden versteht, ebenso Anstoß erregen wie mit seinem Argwohn, daß die auftrumpfende Antidiskriminierungspropaganda der Homosexuellenlobby vor allem eine projektive Selbstentlastung darstellt. Nicht minder pathologisch erscheint ihm der Beifall der dekadenten Mehrheitsgesellschaft, welche offenbar der Utopie sexueller Freiheit als einer »letzten Fata Morgana in der Wüste kollektiver Erschlaffung und Lustlosigkeit« bedarf. – In seinem philosophischen Weitblick wie seinem literarischen Feinsinn ragt dieses Buch mit Bekenntnischarakter unter den Publikationen zur Sexualpolitik unserer Tage allemal heraus.

Siegfried Gerlich



Chamberlain revisited

Udo Bermbach: *Houston Stewart Chamberlain. Wagners Schwiegersohn – Hitlers Vordenker*, Stuttgart/Weimar: Metzler 2015. 640 S., 39.95 €

Als Verfasser und Herausgeber gewichtiger Standardwerke und Sammelbände zu Richard Wagner hat der Hamburger Politologe Udo Bermbach in den letzten Dekaden entscheidend dazu beigetragen, das Werk des Komponisten von den Altlasten der völkischen und nationalsozialistischen Wirkungsgeschichte zu befreien und dessen revolutionäres Kunstverständnis auch für liberale und linke Zeitgenossen zurückzuerobern. Daß Bermbach in seinem neuesten Werk, einer umfangreichen Biographie über Houston Stewart Chamberlain, den Versuch einer solchen Ehrenrettung unternimmt, stellt ein weit größeres Wagnis dar, denn niemand scheint mit seiner Person wie mit seinem Denken so exemplarisch für die Kontinuität von Wagner zu Hitler einzustehen wie dieser epochal wirkmächtige Großpublizist, der schon frühzeitig freundschaftliche Beziehungen zu Cosima Wagner pflegte, später dann deren Tochter Eva Wagner ehelichte und an seinem Lebensende im Wagnerianer Hitler den Retter Deutschlands zu erblicken glaubte. Doch wenn der gebürtige Engländer, der als Gesinnungsdeutscher gleichwohl nie die deutsche Staatsbürgerschaft annahm, nach dem durchschlagenden Erfolg seiner Wagner-Biographie auch zum intellektuell potentesten Wortführer des Bayreuther Kreises aufstieg, so wahrte er dabei stets seine geistige Unabhängigkeit, wie sie erstmals in seinem 1899 erschienenen Hauptwerk *Die Grundlagen des XX. Jahrhunderts* zum Vorschein kam, das in ganz Europa sowie den Vereinig-

ten Staaten rasch zum Bestseller wurde. Seinen größten weltanschaulichen Einfluß übte Chamberlain jedoch im Deutschland des zweiten Kaiserreiches aus – nicht nur auf adlige und bildungsbürgerliche Kreise, sondern auch auf den deutschen Kaiser selbst, der in ihm seinen Meisterdenker fand. Im übrigen bezeugen seine Bücher über Goethe und Kant, die seinerzeit die Bewunderung der Fachwelt erregten, daß sich dieser geistig vielseitige und weltoffene Denker keineswegs nur als völkischer und antisemitischer Meinungsbildner profilierte. Infolge seiner nationalsozialistischen Vereinnahmung ist in Vergessenheit geraten, daß Chamberlain noch als Verfechter eines »arischen Christentums« den Akzent auf das Hauptwort setzte und zumal in seinen letzten Schriften ei-

nem mystisch verinnerlichten und gnostisch entweltlichten Christentum auf der Spur war.

Als nicht genug zu lobender Vorzug dieser dichten und reichen Werkbiographie imponiert, daß der Autor nirgends in populärwissen-

schaftlichen Biographismus abgleitet, sondern seinen problematischen Helden als Denker ernst nimmt. Theoretisch ambitioniert und mit stupender Sachkenntnis folgt er bis ins Detail Chamberlains Gedankengängen und bietet dem Leser kompakte Rekonstruktionen von dessen großen wie kleinen Werken, nicht ohne diese in die Debatten ihrer Zeit einzubetten und obendrein mit der aktuellen Forschungslage abzugleichen. Gegen gängige Klischees zeichnet Bermbach so das Portrait eines naturwissenschaftlich wie kulturhistorisch hochgebildeten Privatgelehrten, der Zeit seines Lebens unermüdlich am Studieren war und auch in seinem eigenen Schaffen auf wissenschaftliche Genauigkeit größten Wert legte. Insofern nimmt er Chamberlain beim

Wort, wenn er sich selbst bei der Erörterung von dessen Rassenlehre nicht scheut, die Spreu vom Weizen zu trennen und deren wissenschaftlich belastbare Ansätze unter ihrer ideologischen Überformung freizulegen. Mit wohlwollender Ambivalenz entfaltet Bermbach ferner Chamberlains integrativen Begriff des Germanentums, welcher zwar dem des Judentums schroff entgegengesetzt war, dafür aber die Slawen und Kelten mitumfaßte, wodurch jener zumindest für den nordischen Mythos und die antislawistische Propaganda der Nationalsozialisten unbrauchbar wurde. Als ähnlich schillernd erweist sich sein Rassenbegriff, der sich nicht auf Blutmäßiges beschränkte, sondern immer auch Geistiges einbezog. Erklärtermaßen wollte Chamberlain damit den Juden, mit denen er stets respektvollen Umgang pflegte, die Möglichkeit einer Emanzipation von ihrem Judentum offenhalten, mochte dessen Rassencharakter ihm noch so verhaßt sein. Und was schließlich die »Ideen von 1914« betrifft, so suchte Chamberlain den britischen Imperialismus mit einer »deutschen Kulturmission« zu parieren, die sich in keiner politischen Zwangsherrschaft, sondern einer kulturellen Schirmherrschaft über Europa erfüllen sollte. Vor diesem Hintergrund hält Bermbach jenen berüchtigten Huldigungsbrief, den der alte Chamberlain an den jungen Hitler schrieb, für eine durchaus überbewertete Fehlleistung, denn der 1923 bereits schwer an Parkinson erkrankte Metapolitiker war schlicht nicht mehr in der Lage, sich von seinem Totenbett aus mit der nationalsozialistischen Realpolitik zu befassen.

Es nimmt nicht wunder, daß Bermbach sich bereits im Vorwort seines nicht eben politisch korrekt ausgefallenen Werkes durch die Erklärung abzusichern gesucht hat, er beabsichtige keineswegs eine Rehabilitierung Chamberlains, denn die Revision, welcher er



dessen Lebens- und Denkweg unterzogen hat, kommt einer solchen erstaunlich nahe.

Siegfried Gerlich

Wir und die anderen

Wolfgang Spindler: *Die Politische Theologie Carl Schmitts: Kontext – Interpretation – Kritik*, Hamburg: disserta 2015. 124 S., 44.99 €

Rüdiger Voigt: *Denken in Widersprüchen. Carl Schmitt wider den Zeitgeist*, Baden-Baden: Nomos 2015. 330 S., 59 €

Sammelbesprechungen über Carl-Schmitt-Interpretationen kommen selten ohne die toposartige Wendung »... und kein Ende« aus. Tatsächlich ist die Zahl der Titel uferlos – wenigstens, wenn man die weltweite Rezeption betrachtet. Der so vehement verehrte wie heftig verdamnte juristische Tausendsassa dürfte selbst so exzellente Gelehrte wie Martin Heidegger und Max Weber hinsichtlich der weltweiten Produktion von Sekundärliteratur übertreffen.

In einer solchen Situation steigt die Bedeutung von kurzen, prägnanten Einführungen und Überblicksdarstellungen. Eine von ihnen stammt von dem Ordensgeistlichen, Juristen und Sozialethiker Wolfgang Spindler. Gemäß seiner Herkunft nähert er sich vor allem dem »katholischen« Schmitt der 1920er Jahre. Von diesen Publikationen ragen die *Politische Theologie* (1922) und *Der Begriff des Politischen* (1928) heraus. Welche Relevanz der ersten der beiden Veröffentlichungen zukommt, wird daran deutlich, daß fast fünfzig Jahre, nachdem diese Abhandlung erschienen ist, eine neue Diskussion über das Thema der Strukturaffinitäten von Politik und Theologie stattfand. Der Fundamentaltheologe Johann B. Metz postulierte Ende der 1960er Jahre eine Entprivatisierung des Christentums aus linker Perspektive und griff daher den kontaminierten Begriff auf. Schmitt war in dieser Kontroverse omnipräsent. Mittels

seiner »Politischen Theologie II« mutierte er, obwohl bereits über 80 Jahre alt, vom Überwacher zum aktiven Teilnehmer. Spindler bemüht sich um eine verständliche Deutung. Er skizziert den soziologischen und juristischen Hintergrund der Souveränitätslehre, die in Schmitts bahnbrechender Monographie eine so herausragende Rolle spielt. In einem weiteren Abschnitt verdeutlicht er den Kontext der Schmittschen Frühschriften. Es schließen sich Kommentare über die wichtigsten Interpretationen der *Politischen Theologie* an. Summarisch sind die Namen Löwith, Beneyto, Böckenförde und Kondylis zu nennen. In der letzten Passage versucht er selbst, eine kurze Synthese vorzulegen, die die verschiedenen Sichtweisen dessen, was unter »Politische Theologie« zu verstehen sei, darlegt. Spindlers Überblick orientiert sich am Text und vermeidet moralisierende Bemerkungen über die Biographie Schmitts – eine Vorgehensweise, die angesichts der vergangenheitspolitischen Brisanz des Themas keinesfalls selbstverständlich ist. Ein wichtiges Buch mit einem Nachteil: Es wird überteuert angeboten.

Zu denjenigen Experten, die die Zahl der Forschungsarbeiten über den Plettenberger Rechtswissenschaftler in den letzten Jahren vermehrt haben, zählt der Münchner Emeritus Rüdiger Voigt. Nunmehr hat er seine Beiträge, die bereits anderweitig erschienen sind, in einem gesonderten Band herausgebracht. In der Tat war Schmitt nach 1945 ein Denker »wider den Zeitgeist«. Das erklärt seine dauerhafte Isolierung und zunehmende persönliche Vereinsamung, die auch durch die diversen »Gespräche in der Sicherheit des Schweigens« höchstens unterbrochen, aber keinesfalls beendet wurden. Voigts Studien sind in vier Abschnitte gegliedert: Nach der Einleitung sind drei Aufsätze

unter »Grundlagen« eingeteilt und jeweils zwei unter »Legalität versus Legitimität«, »Staat im Notstand« und »Nomos der Erde«. Die zum Teil sehr heterogenen Beiträge zur Schmitt-Exegese im Einzelnen zu würdigen, übersteigt die Möglichkeiten des Rezensenten. Hinzuweisen ist darauf, daß Voigt ei-

nige paradigmatische Topoi Schmitts, etwa die Freund-Feind-Distinktion, im Lichte gegenwärtiger Erfahrungen auslegt. Die so umstrittene Unterscheidung war im Kontext des Politischen immer aktuell und ist es nach wie vor. So wirkt

die Vereinnahmung sämtlicher Staaten der westlichen Welt als Freunde, wie man es in Deutschland häufig antrifft, mehr als lächerlich. Schon vor der NSA-Affäre hätte man wissen können, daß Menschen Freundesbände knüpfen können, nicht jedoch Staaten. Auf dieser Linie destruiert Voigt kosmopolitische Wunschvorstellungen, die von prominenter Warte aus auch der jüngst verstorbene Soziologe Ulrich Beck vertreten hat.

Nie ist Schmitts zwingender Konnex von Souveränität und unabdingbarer Grenzziehung – im Sinn von: wir und die anderen – aktueller und existenzieller gewesen als in der unmittelbaren Gegenwart. Vor unseren Augen spielt sich eine Destabilisierung staatlicher Institutionen allergrößten Ausmaßes ab, deren Hauptgrund in einem massenpathologisch-nivellierenden »Menschismus« (Peter Kuntze) auszumachen ist. »Salus humanitatis fiat, proprium populi pereat«, so lautet das Motto der derzeitigen europäischen Politik. Angesichts dieser Lage muß man es nicht bedauern, daß Feindschaft – in wohlbestimmter Hinsicht jedenfalls – aus dem Leben der Menschen nicht wegzudenken sei. Als Widerlager gegen einen zerstörerischen Humanitarismus erfüllt sie einen produktiven Zweck – zumindest in gewissen Grenzen.

Felix Dirsch



Neue Geopolitik

Herfried Münkler: *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin: Rowohlt 2015. 396 S., 24,95 €

Zu den wenigen lesenswerten Politikwissenschaftlern in Deutschland gehört zweifellos Herfried Münkler. Er vertritt die hierzulande kaum gepflegte »realistische« Variante seiner Wissenschaft, die jenseits aller demokratietheoretischen Wunschträume den Faktor Macht als Zentralmoment des Politischen ernstnimmt und deren gewaltsame Durchsetzung in Rechnung stellt. Das genügt einschlägigen Studenten, um den Professor an der Berliner Humboldt-Universität unter »Münkler-Watch« zu stellen.

Wie nicht zuletzt seine Stellungnahme zur Migrationspolitik der Kanzlerin zeigt, der er positive Seiten abgewinnt, ist Münkler indes kein Rechter. Den klassischen europäischen Nationalstaat hält er für überholt und das Bestreben zur Erhaltung räumlich begrenzter politischer Solidargemeinschaften auf ethnisch homogener Basis für ein Nischenprojekt.

Seine Überzeugung bringt er in dem hier zu rezensierenden Buch mit einer Variation der klassischen Formel Carl Schmitts zum Ausdruck: »Weltpolitischer Souverän ist, wer die globalen Kommunikationsräume beherrscht«. In der neuen Geopolitik im 21. Jahrhundert sei nicht mehr die festumrissene territoriale Herrschaft durch klassische Staaten, sondern die Beherrschung des *Fluiden*, der Ströme von Informationen, Waren, Kapital und Menschen entscheidend. In der Lage dazu würden auf Dauer drei bis fünf raumbeherrschende politische Gebilde sein. Wenn er unser Land in seinem ebenfalls 2015 erschienen Buch als *Macht in der Mitte* beschreibt,

dann um darin die »neuen Aufgaben Deutschlands in Europa« zu definieren, die letzteres als imperiumsähnliches Konstrukt in die Lage versetzen sollen, bei der Gestaltung der Neuen Weltordnung ein Wörtchen mitzureden.

Die »Kriegssplitter« resümieren in 14 miteinander verknüpften, aber nicht systematisch aufeinander aufbauenden Kapiteln die Erkenntnisse aus Münklers Publikationen der letzten 20 Jahre. Es handelt sich um den Zwischenstand einer laufenden Beobachtung, nicht um ein finales Fazit, was das Buch umso interessanter macht. In ihrer ganzen Fülle können Münklers Erkenntnisse an dieser Stelle nicht gewürdigt werden. Seine zentralen Aussagen zur Entwicklung des Krieges sind hier zu rekapitulieren. Münkler hatte bereits 2002 in seinem Buch über die *Neuen Kriege* die Tendenz zur Entstaatlichung von militärischer



Gewaltanwendung und zur asymmetrischen Kriegführung beschrieben. Nun hebt er die Probleme hervor, die durch den Aufstieg von Akteuren entstanden sind, deren Machtbasis nicht territoriale Herrschaft, sondern räumlich nicht fixierbare Netz-

werke bilden, wobei er unter letzteren nicht nur Terroristen und Hacker, sondern auch multinationale Firmen und NGOs versteht.

Solange Krieg ein Monopol von Territorialstaaten war, existierte eine gewisse Symmetrie gegenseitiger Verletzbarkeit und der Fähigkeit, den anderen zu verletzen. Gewaltanwendung konnte einem rationalen Kalkül von Kosten und Nutzen unterworfen und damit prinzipiell eingehegt werden. Gegenüber einem Akteur, der keinen materiellen »body politic« besitzt, ist aber eine symmetrische Vergeltung unmöglich. Schutz vor Angriffen auf die eigene Infrastruktur gewährt nur ein Informationsvorsprung und entspre-

chende Prävention, der Ausbau der staatlichen Spähdienste ist die konsequente Folge. Netzwerkbasierte Angreifer, die weniger auf Cyberwar, denn auf herkömmliche physische Gewalt setzen, um ihre Ziele zu erreichen, sehen sich heute einem technisch hochgerüsteten Militär gegenüber, das sie kaum mehr ernsthaft verwunden können und werden deshalb zunehmend weiche zivile Ziele wählen. Und zwar um so mehr, als sie im Westen auf postheroische Gesellschaften stoßen, die schon durch die Verbreitung von Gewaltbildern in Panik zu versetzen sind. Beweisen die jüngsten Ereignisse die Richtigkeit seiner Analyse, kann man über Münklers Lösungsvorschläge streiten. Seine Forderung, daß auch in postheroischen Gesellschaften ein gewisser »Restheroismus« zu pflegen sei, dürfte bei den Lesern dieser Zeitschrift auf Zustimmung stoßen, nicht aber der Ausbau der staatlichen Spähdienste und sein Lob des Drohnenkrieges. Münklers machtrationales Kalkül ist schwer zu widerlegen: die Drahtzieher der terroristischen Netzwerke können so unter beständigen Druck gesetzt werden und im Drohnenkrieg eigene, für eine postheroische Gesellschaft schwer zu ertragende Todesopfer und von der Gegenseite propagandistisch nutzbare »zivile« Kollateralschäden besser vermeiden werden als bei herkömmlichen Luftangriffen oder Kommandoaktionen.

Bei aller Einzelkritik: Münklers jüngste Publikation ist aufschlußreich, weil sie den Erscheinungen auf den machtpolitischen Grund geht. Auch für diejenigen, die seinen Lösungsempfehlungen skeptisch gegenüberstehen, enthalten sie eine Fülle von wertvollen Beobachtungen zur Entwicklung der neuen Geopolitik und des Kriegsgeschehens der letzten Jahrzehnte, die diese erst wirklich verständlich werden lassen. Wer Münkler nicht gelesen hat, sollte zu diesen Themen besser schweigen.

Dag Krienen

Deutschlands Freiheit

Karl Albrecht Schachtschneider: *Souveränität. Grundlegung einer freiheitlichen Souveränitätslehre. Ein Beitrag zum deutschen Staats- und Völkerrecht*, Berlin: Dunker & Humblot 2015. 597 S., 99.90 €

Der Staatsrechtslehrer Karl Albrecht Schachtschneider hat den großen Wurf einer Souveränitätslehre bürgerlicher Freiheit gewagt. Das Thema macht das Buch interessant, wie auch die Unbeirrbarkeit, mit der sein Autor seine Thesen seit Jahren – als Prozeßvertreter vor dem Bundesverfassungsgericht wie als Autor und Redner – vertritt. Schachtschneider steht einem »rechtskonservativen« Ordnungsdenken, das überlieferte Bestände als Selbstzweck erhalten will, fern; der rechtliche Ordnungsrahmen ist ihm immer nur Entfaltungsraum für die je individuelle Freiheit und die daraus erwachsende Freiheit aller Bürger: die Souveränität. Als Fürsprecher bürgerlicher Verantwortung wäre er eine wertvolle Stütze eines freiheitlichen Staates. Daß es diesen Staat, den Staat des Grundgesetzes, faktisch nicht gibt, Schachtschneider nicht müde wird, darauf hinzuweisen, und er von den tonangebenden intellektuellen Tempelwächtern und ihren tippenden Beißhunden eben deshalb zum konservativen Ultra ernannt wird, zieht den Sachverhalt ins Tragische. Wer der Meinung ist, daß die Begegnung mit der Politik auch den größten Optimisten immer wieder belehren wird, daß die Mächtigen sich die Berücksichtigung des Rechts leider je weniger leisten können, je mächtiger sie sind, mag ergänzen: ins Tragikomische. Vom Rechtspositivismus oder gar Dezisionismus distanziert der Rechtsidealist Schachtschneider sich klar: »das Recht [materialisiert] die Verfassung der Menschen, die Menschheit der Menschen [...] und [ist] nicht beliebig, positivistisch [...].« Man ist versucht zu fragen, was denn

nach Anlegung dieses Maßstabes überhaupt noch Recht sei; wie die täglichen Rechtshandlungen und die Unmengen legislatorischer Akte unserer Tage in Beziehung zu setzen, gar abzuleiten seien von legitimierten Rechtssätzen, die keine bloßen Recht-Setzungen sind; ob sowohl Hegel als auch Schmitt denn tatsächlich so sehr falsch lagen – von den deutschen Staatsrechtlern der vergangenen Jahrzehnte, die hier teils als ahnungslos im Dunkeln tappende Stümper porträtiert werden, ganz zu schweigen. Des Verfassers Kenntnis der Rechtsprechung des BVerfG und – offenbar – der gesamten staatsrechtlichen Literatur der vergangenen Jahrzehnte ist beeindruckend, ebenso wie seine Fähigkeit, immer wieder auf die eigenen Kernthesen zurückzuführen, was dem ansonsten nicht optimal gegliederten Buch (seine Thesen beginnt er erst ab S. 236 zu erläutern, alles Vorige läßt sich daher beim Lesen schwer einordnen) einen didaktischen Wert verleiht. Wer es gewohnt ist, juristische Literatur zu lesen, wird bemerken, daß der Band sich angenehm flüssig lesen läßt, stellenweise wegen der Schmähungen »falscher Auffassungen« und der Süffisanz mancher Schlußfolgerung sogar witzig ist, was man kaum einer staatsrechtlichen Abhandlung nachsagen kann. Allerdings enttäuscht die Häufigkeit, in der Rechtsansichten und die philosophische Positionierung das Argument ersetzen müssen; von varierten Meinungsäußerungen, und seien sie noch so fundiert, wird die juristisch-politische Funktionselite sich kaum beeindrucken lassen. Besonders hingewiesen sei auf die abschließenden fast 60 Seiten (»Souveränitätsverletzungen der Europäischen Union«), die sich als Sündenregister eines zunehmend diktatorischen Molochs vorzüglich auch für den politischen Kampf eignen dürften; so übersichtlich

und tiefgründig wird man das kaum anderswo geboten bekommen.

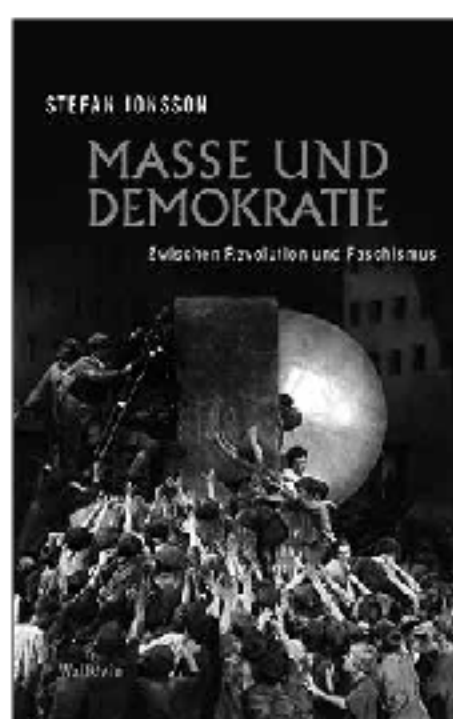
Konrad Gill

Masse als Akteur

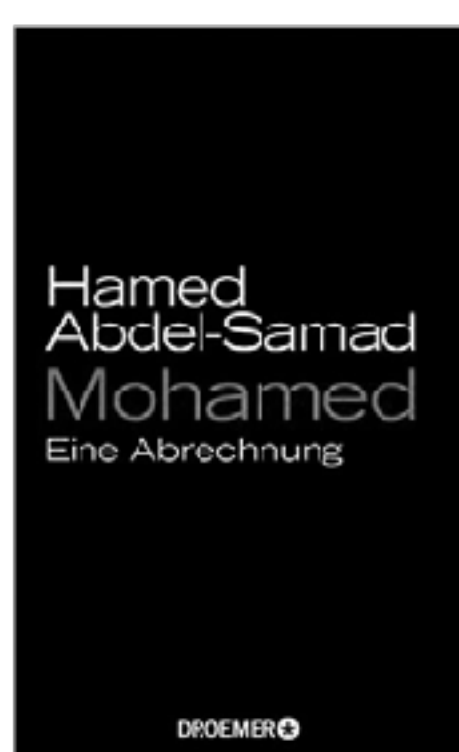
Stefan Jonsson: *Masse und Demokratie: Zwischen Revolution und Faschismus*, Göttingen: Wallstein 2015. 342 S., 29.90 €

Die Masse, das sind immer die anderen. Über die Masse redet man – zumal in konservativen Kreisen – gern naserümpfend. Doch es ist nicht bloß eine physikalische Einsicht, daß zwischen Masse einerseits und Energie andererseits ein innerer Zusammenhang besteht. Das gilt auch in politischer Hinsicht, man denke an Marx (die Masse als revolutionäres Potential) oder an soziologische Termini wie »gerichtete Masse«,

»Hetzmasse«, »Fluchtmasse« oder »Umkehrungsmasse«. Masse ist stets eine sehr reale Kategorie und dabei keineswegs nur kulturkritisch negativ zu deuten, sondern als positive Größe, mit der arbeiten muß, wer politische Einflußnahme erlangen will. Umso erstaunlicher, daß die letzten großen Auseinandersetzungen mit dem Phänomen »Masse« sich mit Namen wie Le Bon, Freud, Canetti, Ortega y Gasset, Kraauer und Broch verbinden und größtenteils Generationen zurückliegen. Seither hat man – vor allem in Kunst, Philosophie und Literatur – über die eingehende Betrachtung der Einsamkeiten des Individuums das Gespür für die Macht der Masse selbst verloren – man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Die Masse als wesentlichen politischen Akteur wiederzuentdecken (nicht bloß im Sinne einer ökonomisch relevanten Konsumentenmasse) wäre also eine wichtige Aufgabe. Stefan Jonssons Verdienst ist es, hierzu wichtige vorbereitende Arbeiten unternommen zu haben. Nach *A Brief Hi-*



story of the Masses: Three Revolutions (2008) liegt jetzt mit *Masse und Demokratie: Zwischen Revolution und Faschismus* eine begrifflich-historische Aufarbeitung zum Thema vor, fokussiert auf die 20er und 30er Jahre in Deutschland und Österreich. Jonsson, Professor am Institut für Migrations- und Sozialforschung an der Universität Linköping, erforscht das Spannungsfeld der Masse zwischen Bedrohung und Faszination, trägt also sowohl der kritischen Bewertung des Phänomens Masse als auch der Anerkennung ihres Bewegungspotenzials Rechnung. Berücksichtigt werden kultur- und geisteswissenschaftliche, ästhetische und politische Perspektiven. Dies geschieht überaus gründlich, was sich auch daran erkennen läßt, daß ihm der von Edmund Schultz und Ernst Jünger 1933 herausgegebene Band *Die veränderte Welt – Eine Bilderfi-*



Lutz Meyer

Mohamed

Hamed Abdel-Samad: *Mohamed. Eine Abrechnung*, München: Droemer 2015. 240 S., 19.99 €

Die Schlachten um den Islam werden vor dem Hintergrund des riesigen Schubs an illegaler Migration im Jahre 2015 zukünftig heftiger werden. Zu den profiliertesten Islam-Opponenten gehört der aus Ägypten stammende Publizist Hamed Abdel-Samad. Er schafft es, Kritik in wissenschaftlich fundierter wie auch gut lesbarer Weise vorzutragen. Abdel-Samad wählt im Rahmen sei-

ner Abrechnung mit Mohamed ein mittleres Vorgehen: Einerseits weist er jene in die Schranken, die den Begründer des Islam als fiktive Gestalt betrachten. Besonders der Zunftaußen-seiter Christoph Luxenberg ist mit seiner These bekannt geworden, »Mohamed«

(»Der Gepriesene«) sei ursprünglich ein syro-aramäisches Christus-Epitheton gewesen, also keine Person; andererseits lehnt Abdel-Samad gleichfalls die orthodoxe Interpretation ab, gemäß der der Erzengel Gabriel Mohamed den Koran aufs Gesicht gedrückt habe. Nachdem Abdel-Samad am Anfang durchaus einige Verdienste Mohameds erwähnt hat, vor allem den der Einigung einiger arabischer Stämme, die bald darauf zu einzigartigen Eroberungsfeldzügen aufbrechen, knüpft er an die üblichen kritischen Topoi über »den« Propheten an. Dazu zählt nicht zuletzt dessen Umgang mit Frauen – eine fast unendliche Geschichte. Das Verhältnis des Witwers zur Kind-Ehefrau Aisha wird ebenso geschildert wie das zur Frau seines Adoptivsohnes Zaid, Zeinab, die zur eigenen Gattin mutiert. Ebenso werden die Visionen Mohameds erörtert und die Rätsel des Korans. Am Ende der Schrift offenbart der Sohn eines Imams und frühere überzeugte Isla-

mist den tieferen Sinn seiner Untersuchung: Er möchte nach dem Vorbild *Charlie Hebdo* zu einer zeitgemäßen Rezeption von Koran-Texten anregen, also quasi den existenziellen Ernst wegnehmen, der in Gefahr ist, zu Gewalttaten zu führen. Manche Vergleichen muten etwas weit hergeholt an, sei es der zwischen den Getreuen des Propheten und der Mafia oder sei es der zwischen der nationalsozialistischen Shoa und Mohameds Vernichtungswerk an den jüdischen Stämmen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß sich der Verfasser zu oft als Psychologe betätigt, was angesichts der geringen Überlieferungsbestände weiterhin spekulativ ist. Trotz einiger Einwände gehören die Publikationen Abdel-Samads, der sich trotz des üblichen Gesinnungsdrucks nicht scheut, bei AfD-Veranstaltungen aufzutreten, zu den wichtigen Veröffentlichungen aus der üppig sprießenden islamkritischen Literatur.

Felix Dirsch

Jeanne d'Arc wäre heute Transgender

Frank Gerbert: *Die Kriege der Viktoria Savs. Von der Frontsoldatin zu Hitlers Gehilfin*, Wien: Kremayr & Scheriau. 190 S., 22 €

Vor knapp hundert Jahren hatte der Name Viktoria Savs einige Prominenz. Da kämpfte die Sechzehnjährige an der k.u.k.-Front gegen Italien. In der (auch überregionalen) Presse wurde sie als »Heldenmädchen« bejubelt. Zu jener archetypischen wie andererseits außergewöhnlichen Heroinnen-Kategorie gehörte in den Jahren 1914–18 eine Handvoll stürmischer Weibsbilder. Frank Gerbert stellt dar, wie diese patriotischen Kämpferinnen von der eigenen Seite als Redivivae einer Heiligen Johanna gefeiert wurden, während die Gegner sie als Flintenweiber, als lächerliche oder hinterhältige Kombattantinnen brandmarkten. Den Lebensweg der Savs, geboren 1890, hat Gerbert unter Hinzuziehung entlegenster

Quellen nachvollzogen – eine Akribie, die in jeder Hinsicht erschöpfend ist. Ein rigides Zusammendampfen auf die Hälfte des Umfangs hätte das Resultat gehoben.

Die Savs kam in Bad Reichenhall zu Welt, später zieht der Vater mit seinen Töchtern (die Mutter ist wohl dem Alkohol verfallen, man lebt getrennt, später wird Viktorias Vater eine sehr viel jüngere Frau nehmen) nach Arch/Arco in Südtirol. Nachdem Viktoria (eigentlich mit c geschrieben; Gerberts Vermutung: V. wollte es »deutscher« und »härter«) bereits 1914 dem Papa in den Krieg hinterherziehen will und aufgrund ihres Alters abgewiesen wird, darf sie dann noch vor ihrem sechzehnten Geburtstag dienen: als Schanzerin, Tragtierführerin, Offiziersdienerin im Ingenieurskorps. Diese ersten der achtzehn schmalen Kapitel lesen sich gut. Mangels Selbstzeugnissen der Savs schöpft Gerbert vor allem aus dem (erkanntermaßen panegyrischen) NS-Schriftgut. Ein interessantes Muster zieht sich über Jahrzehnte durch die Heldenmädchen-Rezeption: Während die Tapfere mit Orden behängt und von der Presse umjubelt wird, reagieren die männlichen Mitkämpfer mürrisch: Mit solcher Lobhudelei sollten wohl dem »Volk Märchen aufgebunden« werden! »Während wir an der Front schweren Dienst leisteten«, habe die Viktoria doch nur gedient und serviert. Wie auch immer: Nach zwei Jahren an der Tiroler Front wird die Savs verwundet, sie verliert einen Fuß. Als Invalidin ohne Invalidenrente, ja ohne Staatszugehörigkeit (der Sozialdemokrat Karl Renner soll auf ihr Gesuch mitteilen haben lassen, dies sei nicht »im Interesse des österreichischen Volkes«) lebt sie einige Jahre in Wien. Erst 1933, dem Jahr ihres Eintritts in die NSDAP lassen sich wieder sichere Spuren ihres Lebens finden, sie lebt abwech-

selnd in Innsbruck, Schwerin, Baiersbrunn, Berlin und Salzburg. Im zweiten Weltkrieg arbeitet die unverheiratet Gebliebene (von ihrer noch lebenden Halbschwester als »när-risch und aggressiv« beschrieben) als Wehrmachtsangestellte in Belgrad, zum Kriegsende agiert sie als Blockwart in Salzburg. 1979, so schrieb eine Zeitung, hat die Savs »die Welt, von der sie keine gute Meinung hatte, für immer verlassen,« es gab eine Art Staatsbegräbnis. Da Leben und Wirken des Heldenmädchens nicht mehr als eine winzige Anekdote der Weltgeschichte hergeben, bläht ihr Biograph erstens ihre Geschichte als »Hitlers Gehilfin« auf, zweitens nimmt er Viktorias Unterwäsche unter die Lupe, um sie aus dem Fenster zu hängen – Dessous, die wohlgernekt imaginär sind. Die Nationalsozialisten haben der von ihrem eigenen Staat vernachlässigten Patriotin eine Fußprothese geschenkt, sie war Parteimitglied von niederrangiger Prominenz. Gerbert hat nun Photos entdeckt, wo die Savs den »Vergasern blöde zulächelt«. Bezüglich der betreffenden Ära dreht der Autor, als wäre das erforderlich, auf: Ein Zitat aus der NS-Presse wird als



»brauner Schleim« kenntlich gemacht, ein »Obernazi«, die bekannte »böartige Bestie«, tritt auf – überhaupt wollte der Biograph hinschmeißen, als ihm die Verstrickungen dieser »Komplizin der Mörder« klargeworden seien. Gerberts Sensibilität schwindet, wo es um die (gemutmaßte) Sexualität der Savs geht. Sie ist nicht etwa ein ungestümer Wildfang, der zur androgynen Frau mit überschießendem Elan heranwächst; nein, sie wird hier zum »Transgender-Menschen«, zum »coolen tomboy« und später zur alternden »butch« gemacht, die »ziemlich sicher lesbisch empfunden hat«. Ein eher unbedarftes Zwischenfazit des Autors trifft es ganz gut: Er könne der Bemerkung,

Viktoria habe »für ein Weib ungewöhnlichen Mut bewiesen, nur zustimmen. Heute würde man den Satz aber nicht so herablassend formulieren.«

Ellen Kositzka

Denken und Tun

Martin Sellner/Walter Spatz: *Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger.* (= *reihe kaplaken* 47), Schnellroda: Antaios 2015. 99 S., 8,50 €

Über das »Heideggersche Rauen« von Ge-stell, Ereignis und Seynsgeschick kann man die Augen verdrehen, ebenso wie man sich abgehoben darin suhlen kann. Daß es aber bei der Beschäftigung mit Heideggers Denken weder um intellektuelle Spielereien noch um einen esoterischen Rückzug aus der Welt und der Politik geht – das zu erweisen bemühen sich Martin Sellner und Walter Spatz, beide Aktivisten der Identitären Bewegung und veritable Heideggerianer, mit leidenschaftlicher Begeisterung. Ihr Gespräch, in dem sie sich daran machen, »die entscheidenden Fragen erneut, tiefer und mit politischen Folgen« zu stellen, ist nun unter dem Titel *Gelassen in den Widerstand* als *kaplaken* bei Antaios erschienen.

Worin besteht der Zusammenhang zwischen Denken und Tun? Wie kann man einerseits von Gelassenheit reden und andererseits auf der Straße Parolen anheizen? Was ist der verborgene Sinn der Katastrophe, die momentan über uns hereinbricht? Wie lassen sich Masseneinwanderung und Multikulti in der »Seinsgeschichte« verorten? Wie können wir innerhalb dieser Seinsgeschichte unsere Aufgabe finden – als Einzelne, als Bewegung, als Volk? Das Gespräch kreist, langsam vorwärtsschreitend nach Art des Meisters, um diese Fragen. Umfangreiche Abstecher – etwa zu Heideggers Verhältnis zum Nationalsozialismus – führen in weiten Bögen stets wieder auf den Weg zurück. Eine klare Struktur gibt es

nicht, kann es hier auch nicht geben, ebensowenig wie eindeutige Antworten oder konkrete Handlungsanweisungen. Das ist durchaus kein Mangel, sofern man bereit ist, dem Weg dieses Denkens zu folgen und sich mit Sellner und Spatz »an die Fersen des letzten deutschen Großdenkers« zu heften. Dieses waghalsige Unternehmen – es geht den Autoren schließlich nicht um Wissensvermittlung, sondern um den »Sprung in das Denken selbst« – wird dadurch erleichtert, daß Heideggers Terminologie nicht im Übermaß verwendet und ansonsten (nach Kräften) erklärt wird. Viele der zunächst verschroben wirkenden Begriffe erhalten dadurch beinahe Schlagwortgewalt. Außerdem sind immer wieder Zusammenfassungen des bisher Gedachten in den Gesprächsverlauf eingeflochten, sodaß die Gefahr, sich im »wilden Land der Seinsfrage« zu verlieren, umgangen wird. Das Bändchen ist nicht nur für Heideggerianer ein Gewinn und Denkerlebnis, sondern auch für alle, die es werden wollen, ein fesselnder Einstieg in die Faszination dieser Materie.

Ofelia Expósito

Linker Kitsch

Bettina Gruber, Rolf Parr (Hrsg.): *Linker Kitsch. Bekenntnisse – Ikonen – Gesamtkunstwerke*, Paderborn: Wilhelm Fink 2015. 198 S., 29,90 €

»Kitsch« ist ein schwer eingrenzbarer Gummibegriff. Er bezeichnet einerseits eine ins allzu lieblich-harmonische abgleitende Ästhetik des Schönen, andererseits auch die Überreizung der Ästhetik des Erhabenen, die sich zu lächerlichen pathetischen Gesten steigern kann. Er ist zudem das Produkt eines kulturellen Gegensatzes. Was dem einen eine Ikone, ein Bekenntnis, ein Zeichen seiner Zuneigung zu einem höheren Ganzen ist, erscheint dem anderen fremd. Von den Anbetungsobjekten des Ersten belustigt oder ange-

widert, belegt der Zweite jene mit dem Begriff »Kitsch«. Da der bundesdeutsche Zeitgeist seit Jahrzehnten links gepolt ist, widmete sich die »Kitsch«-Forschung folgerichtig vorrangig jenen Ritualen und Devotionalien, über die sich der aufgeklärte Linksintellektuelle zu echauffieren pflegt. Die Spannweite reicht vom Ölbild des röhrenden Hirsches als Sinnbild des »deutschen Spießers« bis zur NS-Kunst. Den Blick auf die andere Seite richtet nun ein Sammelband mit Beiträgen

einer an der TU Dresden veranstalteten Tagung zum Thema »Linker Kitsch«. Erhellend führt das Herausgeberpaar in die linke Gefühlswelt ein. Der Wunsch nach einem »posthistorischen Heilszustand«, mindestens aber einer »weltumspannenden Gleichheit« sei die Grundlage »nahezu aller linker Politik-Entwürfe«. Da diese »Gleichheit« nicht abschließend realisiert werden könne, böte sich für Linke permanent Gelegenheit für »pathetische Gesten des An- und Einklagens, die dann auch ein reiches Kitschpotential bereithalten«. Zum »Klage- und Forderungspathos« geselle sich »die Dramatisierung der Revolution als universalhistorische Zeitenwende«. Die immer gleiche linke Großerzählung lasse sich mit der christlichen Passionsgeschichte vergleichen.

Zwei Beiträge stechen heraus. Die Literaturwissenschaftlerin Bettina Gruber arbeitet den Unterschied zwischen linkem und rechtem Denken heraus. Während man rechts den Druck der Moderne durch den Blick auf die Prämoderne zu kompensieren trachte, strebe man links danach, diesen Druck durch Überbietung zu besiegen, um den Sprung in etwas absolut Neues zu wagen. Diese Radikalinnovation verlangt starke Gefühle und vereinfachte Feindbilder, schließlich Zwangs- und Terrormaßnahmen, um die konservative Masse zur Abwendung vom historisch Vertrauten bewe-

gen zu können. Zudem müssen ständig neue Argumente gefunden werden, die den Nichteintritt des Heils erklären können. Gruber behandelt in diesem Zusammenhang exemplarisch Brechts Drama Die Maßnahme als eine »Variante von Intellektuellen-Kitsch«.

Der Medienwissenschaftler Klaus Kreimeier untersucht Bilder und Texte der Linken von der französischen Revolution bis zum spanischen Bürgerkrieg. Eine spezifische »Opferrhetorik linker Bewegungen«

haben nicht nur die Propaganda geprägt, sondern auch das Selbstbild vieler linker Strömungen. So führten Niederlagen nicht zu selbstkritischer Analyse, sondern wurden stattdessen mit der Dämonisierung des politischen Gegners und der Erschaffung von Opfermythen verarbeitet. Diese Tendenz erkennt Kreimeier schon in Kunstwerken von Jacques Louis David und Käthe Kollwitz.

Claus-M. Wolfschlag

Entwöhnung vom »süßen Gift«

Thor v. Waldstein: *Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion*. (= *reihe kaplaken* 46), Schnellroda: Antaios 2015. 68 S., 8 €

Die Theorie der Metapolitik geht auf den Kommunisten Antonio Gramsci zurück. Er postulierte, daß der Staat nicht allein durch den sichtbaren politischen Apparat der Ämter und Institutionen funktioniere, sondern ebenso auf einem »bürgerlichen Konsens« der Unterstützung durch die Massen ruhe. Jede Ideologie müsse daher erst den Boden für ihre legitimierte Machtausübung bereiten – ein Kulturkampf als Vorhutgefecht der politischen Auseinandersetzung. Die Renaissance Gramscis setzte mit dem rechten Gegenstück zu 1968 ein, der sich in Frankreich um den Denkkreis GRECE formierenden Nouvelle Droite. Ihr Ruf nach einer



»Kulturrevolution von rechts« war es, der Ende der 1970er Jahre den damaligen jungen Studenten Thor v. Waldstein von der Bedeutung des vöropolitischen Raumes überzeugte. Runde 35 Jahre und zwei Dokortitel später hat v. Waldstein seine Einsichten zum Thema nun in einem metapolitischen Brevier zusammengefaßt. Aus einem Redemanuskript ist hier ein instruktives Werk geworden, das nicht nur in den Bedeutungshorizont des Begriffs einführt, sondern ebenso eine Diagnose der heutigen Ausgangssituation in der Bundesrepublik vornimmt, ehe es mit einer Symptomatik der »parteilpolitischen Sackgasse« der Rechten in Deutschland sowie einer Aufstellung von Chancen und Grenzen der »Lufthoheit über die Köpfe« in medias res geht. Mit erfrischender Offenheit stellt und beantwortet der Autor die dringenden Fragen des politisch volatilen Jahres 2015: Welche Inhalte muß die Rechte wo und wie plazieren? In welchen Punkten gilt es, Träumereien und programmatische »alte Zöpfe« hinter sich zu lassen? Insbesondere den taktischen Möglichkeiten zur Brechung der linksliberalen Kulturhegemonie widmet v. Waldstein sich ausführlich – um das »süße Gift der Umerziehung« (Kubitschek) langsam auszuschleichen, ist längst keine Zeit mehr.

Nils Wegner

Mädchenwissenschaft

Martin Voigt: *Mädchen im Netz. Süß, sexy und immer online*, Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum 2015. 240 S., 14,99 €

Meine Herren, was für ein suchmaschinenoptimierter Titel! Tatsächlich aber hat sich Martin Voigt unter sprachwissenschaftlichen und soziologischen Gesichtspunkten mit der Kommunikation von Schulmädchen in Internet-Netzwerken beschäftigt. Daß der »virtuelle Pausenhof« alles andere als ein akademischer Nebenschauplatz ist, wird rasch deut-

lich. Heutige Schulmädchen (die Gruppe der Zwölf- bis 16-jährigen) sind ständig online, und zwar in den seltensten Fällen, um die Deklamation eines Gedichts einzuüben oder politische Kommentare abzurufen, sondern: um innerhalb einschlägiger elektronischer Netzwerke zu schwatzen, zu teilen, zu mögen. Einen hohen Stellenwert in der Kommunikation nimmt die überbordende Inszenierung der intimen Freundschaft zu einer je »allerbesten Freundin« ein. Voigt hat dieses Verhalten im Netz über viele Jahre (etwa seit 2003; Voigt selbst ist Jahrgang 1984) genau beobachtet. Er kennt die Standardphrasen (»luv ya; du bedeutest mir sooo viiiieel!!!«) und ihren modischen Wechsel. Er hat zighundert Kuller- augen- und Schmoll- schnütchenselfies gesehen, photogen frisierte Dekolletes, er kennt Tränenmotive, Armritzbildchen und das notorische Gleisbettmotiv: Mädchen, die sich auf Schienen photographieren, schinnante X-Beine machen und dazu eine tränenverzierte Botschaft (Muster: *nothing can tear us apart*) in den Äther schicken: gerichtet an die »AFFL«, die Allerbeste Freundin für's Leben. Voigt skizziert die (europaweit) standardisierte und an Pathos zunehmende Entwicklung der Schulmädchenkommunikation im Netz. 2003 war der Tonfall noch distanzierter und meist auf konkrete Fragen (Hausaufgaben etc.) bezogen. Ab etwa 2007 (da wurde die Onlinepräsenz der gesamten Klasse, etwa bei SchülerVZ virulent) wurde ein dualer »Wir«-Ton mit artikulierten Liebesbotschaften (»daß ich dich soo sehr lieb hab!!!) im Online-Sozialverhalten gängig. Zum Ende der Sommerferien 2010 hatte Facebook die Oberhand über andere Netzwerke gewonnen, und der Austausch von (kaum unterschwellig) sexuell inszenierten Photos nahm an Fahrt auf. Laut Voigt

ist es ein geradezu streng begrenztes Repertoire an Botschaften, das zur Veröffentlichung kommt. Je ausschließlicher ihre Gleichaltrigenorientierung sei, desto sicherer wollten die Mädchen gehen, daß ihre Performanz dem Geschmack der Bezugsgruppe entspräche. Der Darstellung der phänomenologischen Basis läßt Voigt eine Interpretation des Materials folgen. Der Autor faßt die narzisstisch anmutenden Selbstdarstellungen im Rahmen eines sexualisierten Schönheitsideals, die symbiotischen Mädchenfreundschaften nach standardisiertem Muster mit ihrer Gefühlskommunikation als »Schulmädchensyndrom« zusammen. Woher rührt's? Eine Ursache sei die allgemeine familiäre Erosion, eine weitere die zunehmende

außerhäusliche Ganztagsbetreuung; hinzu komme der notorische Distanzverlust zu den Medien. Einschlägige Serien wie »How I met your Mother« pflanzten sich in das Bewußtsein auch solcher Mädchen ein, die eine sichere El-

ternbindung und ein »gesundes Schamgefühl« hätten. Hinzu kämen bundesamtlich geförderte Aufklärungsschriften wie solche von Pro familia, die offen zum Ausprobieren sexueller Abenteuer »ohne Romantik« einluden. Voigts Arbeit ist harter Tobak. Als Feldstudie steht sie für sich. Daß der Verfasser als flankierende Literatur Autoren wie Gordon Neufeldt, Birgit Kelle, Christa Meves und Gabriele Kuby heranzieht, zeigt, mit welchen Wassern er gewaschen ist. Es sind jedenfalls keine verunklarenden. Was es mit einem 31jährigen Mann macht, der seit Jahren über sexualisierter Mädchenstilisierung sitzt - hoffentlich und vermutlich ausschließlich Gutes! Ende 2015 wurde Voigt für sein Wirken in punkto Mädchenkommunikation der Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten der Wochenzeitung *Junge Freiheit* verliehen.

Ellen Kositzka



Lesertreffen Umwelt & Aktiv

Der Gedanke, daß Umweltschutz und ökologisches Bewußtsein auch Heimatschutz bedeutet, hat sich aus nahezu sämtlichen grünen Zusammenhängen verabschiedet. Das vierteljährlich erscheinende Magazin *Umwelt & Aktiv* hingegen faßt Fragen nach Heimat und Identität als unabdingbar auf. Die konservative Zeitschrift lädt nun zu einem ersten Leser- und Autorentreffen nach Thüringen ein. Die zweitägige Veranstaltung wird am 9. und 10. April im Großraum Erfurt stattfinden (35 € ohne Übernachtung, vegane Verpflegung optional). Referenten sind unter anderen der österreichische Publizist Walter Marinovic, der einprozent-Macher Philip Stein, der widerspenstige Grüne Rolf Stolz und die Philosophin Angelika Willig. Weitere Informationen unter www.umweltundaktiv.de.

Vermaledete 40!

Mit guten Gründen ist man kein Progressist. Zuletzt etwa deshalb: Mit Jahresbeginn 2016 werden mehrere Vierzigjahresjubiläen vermeldet.

Erstens: Seit 1976 zog eine Institution mit dem gestrengen Namen Gebühreneinzugszentrale (GEZ) die Rundfunkgebühren ein – später, nach Aufkommen der Privatsender, selbst dort, wo definitiv und mit guten Gründen niemals »Öffentlich-Rechtliches« Programmgut angehört oder -gesehen wurde. Seit drei Jahren ist die alte Zentralanstalt dezidiert kundendienlich benannt – in »ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice«. Nun muß bekanntlich auch der zahlen, der weder Radio noch Mattscheibe sein eigen nennt.



Zweitens: Seit 1976 wurde von der jüdisch-christlichen Tradition gelassen, den Sonntag als ersten Tag der Woche zu bezeichnen. Die uralte abendländische Sitte, mit dem Sonntag (die Sonne war in diesen Breiten männlich konnotiert) die Woche beginnen zu lassen, war 1943 per DIN festgezurrt worden. Unter anderem durch den Rückzug der religiösen Bindung wurde 1976 der Montag (*dies lunae*, weiblich konnotiert) per Norm als Wochenanfang festgelegt. Nur wenige Länder (u. a. USA, Israel, Japan) halten noch heute am Sonntag als Beginn der Woche fest.

Drittens: Einführung der Angurtpflicht im Auto, zunächst nur auf den Vordersitzen und

erst ab 1984 bei Zuwiderhandlung strafbewehrt. Heute kaum ausdenkbar, daß der *Spiegel* seinerzeit ketzerisch mit »Gefesselt ans Auto« titelte! Auch hier war nebenbei die DDR Avantgarde. In freiheitsliebenden Ländern ist heute übrigens ein Plastikteil Usus, das in den Gurthalter gesteckt wird, um das paternalistische, laute und mittlerweile standardmäßige Geräusch zu unterbinden, das demjenigen in den Ohren klingt, der wagt, ein Streckchen oben ohne zu fahren.

Globale Kontrolle und Zensur

Das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe bietet noch bis 1. Mai beunruhigende Einblicke in die gegenwärtige Welt der Überwachung und Bevormundung. Die unheilvollen Entwicklungen der Gegenwart werden in einer hauptsächlich aus Raum- und Videoinstallationen bestehenden Ausstellung präsentiert.

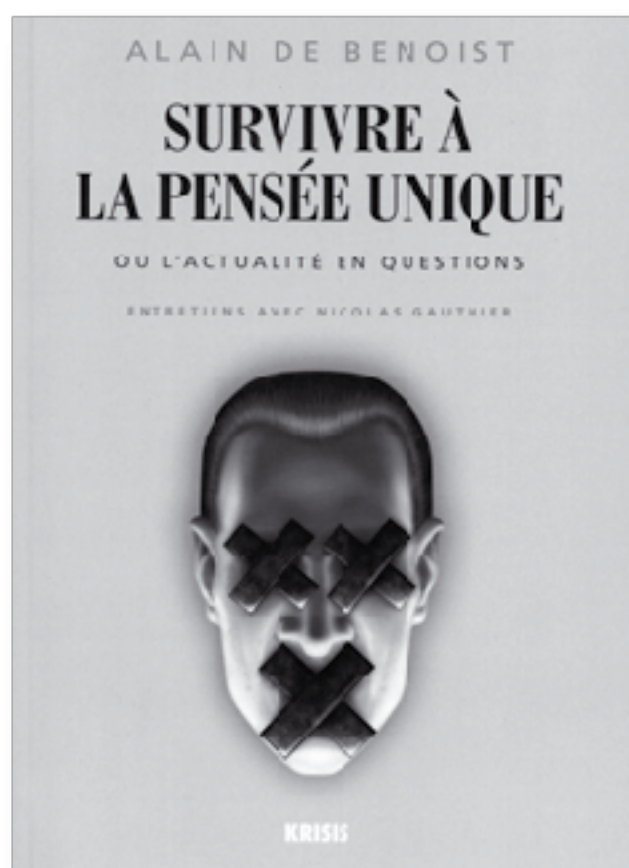
Abseits von mancher wohl unvermeidlichen Albernheit und Überspanntheit bietet sich dem Betrachter ein Gruselkabinett technischer Möglichkeiten, teils schon historisch geworden wie ein Telefon, das aufgrund seiner Verwendung im Rahmen der NSA-Affäre mit Gewißheit US-behördlich überwacht wird. Der Besucher ist aufgefordert, das Telefon anzurufen, um sicherzugehen, daß er in Zukunft auch überwacht wird. Nebenan darf ein Plakat mitgenommen werden, das die Silhouetten verschiedener Kampfdrohnenmodelle zeigt, nebst Hinweisen auf den effektiven Kampf Unbewaffneter gegen verschiedene Modelle sowie auf Versteck- und Tarntechniken – auf Deutsch und Paschtunisch. Der Betrachter bleibt im Unklaren, bis zuletzt: Kunst oder Guerilla?

ZKM, Global Control And Censorship, Informationen: zkm.de.

Benoist, unermüdlich

2015 war ein gewöhnliches Autorenjahr für Alain de Benoist, und das heißt im Fall des französischen Philosophen: er hat seiner Leserschaft gleich mehrere Publikationen dargeboten. Bei dem jüngsten Gesprächsband *Survivre à la pensée unique* (Paris 2015, 428 S., 24 €) zweifelt man, ob es nötig ist, eine weitere Befragung zu veröffentlichen, schließlich basiert seine überaus lesenswerte autobiographische Schrift *Mein Leben* (Berlin 2015) schon auf dem Frage-Antwort-Spiel. Es ist daher ein Werk, das trotz manch anregender Ausführung wohl ausschließlich Benoist-Sammler ansprechen dürfte. Anders verhält es sich mit *Au fil du temps* (Paris 2015, 502 S., 29 €). Seit 1975 führt die Zeitschrift *Éléments* die Rubrik »Éphémérides«. Auf einer Seite pro Ausgabe werden Daten der Geschichte

in Erinnerung gerufen: Die chronologisch strukturierte Buchausgabe aller über 40 Jahre hinweg gesammelten Lebensdaten, politischen Ereignissen und Zäsuren der Weltgeschichte sind eine kaum zu überschätzende Schatzkammer, die dank eines Registers bequem zu begehen ist.



Das Benoist-Jahr 2015 schloß die 42. Ausgabe der Buchzeitschrift *Krisis* (Paris 2015, 172 S., 24 €) ab. Wie für das Theorieorgan üblich, kommen in diesem Themenheft (»Sozialismus?«) neben Stammautoren auch Köpfe des linken Spektrums zu Wort. Die Bandbreite der bearbeiteten Sujets reicht von marxistischer Staatskritik und der nationalen Frage im Sozialismus bis hin zu Porträts unkonventioneller linker Theoretiker wie Henri de Man und Pierre-Joseph Proudhon. Quellentexte von Marx und Sombart sowie ein Gespräch mit Benoist über Sorel runden die lehrreiche Lektüre ab.

Da laß dich nieder

Diese Lektüre hinterläßt Ohrwürmer: Manfred Müller geht in diesem Büchlein (*Deutsche Lieder, neu betrachtet. Eckartschrift 221*, 144 S., reich bebildert, 9,80 €) drei Dutzenden altbekannter Volks- und Kunstlieder auf den Grund. Das gerät nebenher zu einer Tour d'Horizon durch die deutsche Kulturgeschichte. Wie sah es etwa mit den christlichen Weihnachtsliedern während der DDR- und der NS-Zeit aus? Warum hatte der Dresdner Kreuzchor »Die Gedanken sind frei« aus seinem Konzertprogramm genommen? Wann und inwiefern löste das »schwarzbraune« Mädel die (nun als kaltherzig) empfundene Blonde als besungenes Idol ab? Auf welchen Wegen gelangte das urbündische Lied »Wir sind des Geyers schwarzer Haufen« in der DDR zu hohen Ehren? Ein Buch zum Schmökern – und zum Singen. Hilfreicher als Noten (die hier fehlen) ist für Neusinger ohnehin der Blick auf die ein oder andere Darbietung im Netz. Bezug über antaios.de oder über die herausgebende Österreichische Landsmannschaft; www.oelm.at.

Tumult

Frank Böckelmanns und Horst Ebners kaum genug zu lobende konsensstörende Kioskgranate erscheint in diesem Winter mit einem Schwer-

punkt über »Die große Einwanderung«. Publizistische Schwergewichte wie Reinhard Jirgl, Rudolf Burger, Rolf Peter Sieferle und Ulrich Schacht setzen sich in teils nachdenklichen, teils zornigen Aufsätzen mit dem Umbau Deutschlands in eine desorientierte, von Diversität zerrissene und nur durch Konsumangebote noch gefügte Alptraumwelt auseinander. Wo Sieferle eine »multitribale Gesellschaft« herannahen sieht, hofft Schacht angesichts des versteckten Staatsstreiches auf einen Zusammenschluß der »rechtsstaatstreuen Kräfte« unter Berufung auf das grundgesetzliche Widerstandsrecht (sein Text wurde erschreckenderweise bereits vor sechs Jahren verfaßt und ist unverändert aktuell). Der früher im Namen der EU Korruption bekämpfende Wolfgang Hetzer fragt »Wer schützt das Deutsche Volk?« und Siegfried Gerlich untersucht, inwieweit es Rassismus geben könne, wo es doch offiziell keine Rassen gebe: »Für die historische Schuld der rassenpolitischen ›Aufnordung‹ Deutschlands soll nunmehr durch dessen planmäßige ›Absüdung‹ Sühne geleistet werden«.

Auch außerhalb des Schwerpunktes bietet das Heft manche Perle – Peter Trawnys beklagenswerte Blamage beim Versuch, Gerlichs Heideggers *Schwarze Hefte* verteidigenden Aufsatz aus der vorigen Ausgabe zu widerlegen, gehört sicherlich nicht dazu. Hervorgehoben seien dagegen Ulrich Fröschles Hinweis auf das sezessionistisch-widerständige Potential von Ernst Jüngers *Der Waldgang*, Petra Gehrings sauber begründete Ablehnung aktueller Tendenzen hin zur »Sterbehilfe« sowie ein Kurzessay »Über die



Legitimität einer Bevorzugung des Eigenen« aus der Feder von Lothar Fritze. Weitere Beiträge stammen unter anderem von Felix Dirsch, Andreas Raithel und Sophie Dannenberg, die *Sezession*-Lesern vermutlich keine Unbekannten sind, sowie von Hans Magnus Enzensberger, dessen Gedicht »System« über den Firnis der Funktionstüchtigkeit unserer Herrschaftsordnung kratzt: siehe da, er blättert ab.

Heftbestellung: www.tumult-magazine.net; die Zeitschrift wird aber auch von vielen Bahnhofsbuchhandlungen geführt. ■

Unsere Identität ist objektiv die der Deutschen als Deutsche. Man kann darüber nachdenken, was dies Deutsche für den Deutschen ist. Von Tacitus über Walther von der Vogelweide und Machiavelli bis Arnold Gehlen ist da manches über das deutsche Wesen zusammengetragen. Jedenfalls sind – unabhängig ob sie dies ihr mögliches Wesen kennen oder nicht, ob sie es lieben oder hassen, ob sie es hinausposaunen oder schamhaft verschweigen – die Deutschen objektiv identifiziert durch ihre Geschichte in all ihren Dimensionen und durch ihre Lage in der Konstellation der politischen Mächte.

(aus: Bernard Willms,
Identität und Widerstand)